

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18088

Anserte kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Blayvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Laufend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Verlag** in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • **Inseraten-Abteilung** Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Das Stadtverordnetenkollegium in Leipzig bewilligte in seiner gestrigen Sitzung 500 000 Mk. Veteranenbeihilfe aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums Wilhelms II. Weiter wurde die Schaffung einer städtischen Bühnhalle beschlossen.

Im Reichstage erklärte der Staatssekretär Delbrück, daß die Sozialpolitik zurzeit „auf einem Ruhepunkt angelangt“ sei, und feierte dann das Wüten der Streikjustiz im Ruhrrevier.

Die Petitionskommission des Reichstags überwies der Reichsregierung einen Antrag auf Erchtigung eines Reichsbeirungsamtes zur Berücksichtigung.

Bei einer gestern in Paris vorgenommenen Probeabstimmung der Republikaner zur Präsidentschaftswahl erlangte der Klerikminister Pams einen Vorsprung vor dem Ministerpräsidenten Poincaré.

Im englischen Unterhaus begann die dritte Lesung der Sorereule-Vorlage.

Die Botschafter der Mächte haben sich über die der Worte zu überreichende Kollektion geeinigt.

Ein neues Werk des Marxismus

Leipzig, 16. Januar.

I.

Während die bürgerlichen Parteien und ihre Wortführer schon lange auf jede theoretische Erkenntnis ihrer eignen Gesellschaftsordnung verzichtet haben und im blöden Empirismus von Tag zu Tag leben, ist es die Sozialdemokratie, die allein die kapitalistische Erwerbsgesellschaft wissenschaftlich zu erforschen sich bemüht und in der marxistischen Theorie den Ariadnefaden durch das schier unentwirrbare Labyrinth der heutigen Gesellschaftsordnung in der Hand hat. Nicht etwa, daß es auf bürgerlicher Seite an sozialen Studien von teilweise unbefruchteten Werten fehlte. Im Gegenteil! Der Blüher sind Legion, die sich mit der Durchforschung einzelner Erscheinungen unres Gesellschaftslebens befassen, und daß auf diesem Gebiete eher zu viel als zu wenig geleistet wird, das haben bürgerliche Gelehrte, wie beispielsweise Karl Lamprécht in seinem vielbändigen Werke über deutsche Geschichte, mit vernehmlichem Stöhnen selber eingestanden. Gerade wenn es galt, Ordnung in das Chaos der Einzelthaten zu bringen, erwies sich dieser Berg sozialwissenschaftlicher Literatur als ein fast unüber-schreitbares Gebirge, das jede Aussicht und damit jede Orientierung unmöglich machte. Was dieses schier unabsehbare Büchermeer, trotz wertvoller Einzelleistungen, im

ganzen genommen so unfruchtbar macht, das ist die Unfähigkeit der bürgerlichen Gelehrten zum Generalisieren, d. h. aus der Fülle der Thaten die Gesetze der sozialen Bewegung abzuleiten und erst so das Wesen der bestehenden Gesellschaft zu erkennen und es in jener Einzelthaten von neuem nachzuweisen. Sie halten die Fäden in der Hand, es fehlt ihnen nur das geistige Band.

Dieser Mangel an Erkenntnis liegt nun nicht etwa an der geistigen Beschränktheit der bürgerlichen Gelehrten. Das wäre eine sehr kurzfristige Auffassung. Er liegt vielmehr an ihrer sozialen Beschränktheit. Sie sind Vertreter der herrschenden Klassen, stehen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, über die hinaus es nichts für sie gibt, und an deren unerschütterlicher Dauer zu zweifeln ihnen nicht in den Sinn kommt. Sie erblicken in der kapitalistischen Gesellschaft nicht eine historisch gewordene und gerade deshalb auch notwendig wieder vorübergehende Erscheinung, sondern die Grundlage ihrer Klassenherrschaft, an der zu rütteln Frevl und Verbrechen ist. So verhalten sie sich ihr gegenüber nicht kritisch, sondern lediglich apologetisch. Bei jeder ernsthaften Kritik an der bestehenden Ordnung kommen ihre Klasseninteressen ins Spiel, und deshalb konnte schon Friedrich Engels vor nunmehr fast 30 Jahren schreiben: Soziale Theoretiker gibt es nur noch auf Seiten der Revolution.

In der Tat ist der wissenschaftliche Sozialismus nur deshalb imstande gewesen, die sozialen Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft zu entdecken, weil er eben „die Revolution“ war, das heißt, weil er als Vertreter des Proletariats am Bestande der bestehenden Gesellschaft kein Interesse hatte. Erst dadurch gewann er die wissenschaftliche Objektivität und den großen historischen Blick, der nötig ist, um die uns umgebende Erscheinungswelt des Kapitalismus mit seinen ungeahnten Wunderwerken und seinen gigantischen Lebenskräften, die allem Trotz zu bieten schmeinen, als eine bloße Episode zu betrachten, noch dazu als eine in weltgeschichtlichem Sinne außerordentlich kurze, wenn auch sehr wichtige Episode, die schon bei der Geburt den Todeskeim in sich trug und nur Bedeutung hat als Vorbote zu etwas Größerem und Höherem: zum Sozialismus.

Diese Leistung positiv vollbracht zu haben, ist bekanntlich das Werk von Karl Marx. Nun gibt es freilich einzelne, die da sagen, das Werk von Marx müsse schon deswegen veraltet sein, weil es schon vor fünfzig Jahren geleistet worden sei. Inzwischen sei der Kapitalismus so außerordentlich entwickelt, habe derartig neue Erscheinungen gezeitigt, daß diesen Neuererscheinungen unmöglich eine Theorie gerecht werden könne, bei deren Aufstellung diese noch völlig unbekannt gewesen seien. Und es sei ein Beweis für die Unfruchtbarkeit des gesamten Marxismus, das er über Marx hinaus nichts geleistet habe, obwohl inzwischen das Wirtschaftsleben von neuen Erscheinungen strohe, die nach neuen Erklärungen dringend verlangten.

Von dieser Argumentation ist nur so viel wahr, daß die kapitalistische Welt in den fünfzig Jahren, als Marx seine Theorie schriftlich niederlegte, noch nicht so entwickelt war, wie heute, fünfzig Jahre später. Daß aber diese fünfzig Jahre irgendwelche Erscheinungen gezeitigt hätten, die im Widerspruch mit dem Marxismus stünden, hat zwar seinerzeit der theoretische Revisionismus behauptet, aber niemals bewiesen. Er ist im Gegenteil an dem Versuche, diesen Nachweis zu führen, vor zehn Jahren wissenschaftlich zugrunde gegangen und ruht heute in den Katafomben der Vergangenheit. Soweit die Neuererscheinungen des Wirtschaftslebens wirklich neue Probleme darstellten, sind sie gelöst worden auf Grundlage der marxistischen Theorie. Wir erinnern hier nur an das durch das Erwachen der geschichtslosen Nationen in Osterrreich und im Orient seit 1848 total veränderte Problem, das die Nationalitätenfrage der Sozialdemokratie stellt, und auf das in dem trefflichen Werke unseres österreichischen Genossen Otto Bauer auf Grundlage des Marxismus eine Fülle neuen Lichtes geworfen worden ist. Aber auch die neueste Phase der kapitalistischen Entwicklung, der Imperialismus, hat Erscheinungen geschaffen, deren theoretisch-wissenschaftliche Bewältigung nur vom Boden der marxistischen Theorie aus möglich war. Rudolf Hilferdings „Finanzkapital“, das ebenfalls wie das Buch Bauers seinerzeit in der Leipziger Volkszeitung ausführlich gewürdigt worden ist, stellt die erste Leistung auf diesem Gebiete dar, das auch insofern bemerkenswert bleibt, als es zur Erklärung der imperialistischen Erscheinungen zum erstenmal in deutscher Sprache auf den 2. Band des Kapital zurückgreift.

Dies tut auch, freilich in viel tieferer Weise, das soeben erschienene Buch von Rosa Luxemburg: „Die Akkumulation des Kapitals.“ In ihrem Vorwort bemerkt die Verfasserin:

„Als ich im Januar dieses Jahres nach der Reichstagswahl wieder einmal daran ging, die Popularisation der Marx'schen Lehren wenigstens im Grundriß zum Abschluß zu bringen, bin ich auf eine unerwartete Schwierigkeit gestoßen. Es wollte mir nicht gelingen, den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion in ihren konkreten Beziehungen sowie ihre objektive geschichtliche Schranke mit genügender Klarheit darzustellen. Bei näherem Zusehen kam ich zu der Ansicht, daß hier nicht bloß eine Frage der Darstellung, sondern auch ein Problem vorliegt, das theoretisch mit dem Inhalt des 2. Bandes des Marx'schen Kapital in Verbindung steht und zugleich in die Praxis der heutigen imperialistischen Politik wie deren ökonomische Wurzeln eingreift.“

Es handelt sich hier also um den Versuch, den notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus und die Unvermeidbarkeit des Sozialismus theoretisch-wissenschaftlich nachzuweisen. In weiteren Artikeln wollen wir sehen, wie die Verfasserin ihre Aufgabe bewältigt.

* Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin 1913, Verlag des Vorwärts, 448 Seiten. Preis 6 Mk.

Feuilleton.

Gertraud Sonnweber.

Roman von Rudolf Greinz.

8] [Nachdruck verboten.]

Drittes Kapitel.

Gertraud Sonnweber lag nun schon seit Stunden in der dumpfen, engen Kammer einsam und verlassen auf ihrem Krankenlager. Im Hause hatten sie alle Hände voll zu tun. Heute mehr als sonst. Denn einmal war großer Markt im Dorf und daher der Zulauf zu den verschiedenen Gasthäusern ein weit stärkerer als gewöhnlich. Und dann kamen zum G'ratlerwirt heute viel mehr Gäste als an andern Markttagen. Schon aus Neugierde.

Selbst solche kamen, die für gewöhnlich hochgehobenen Hauptes an dem Hause vorübergegangen waren. Heute machten sie jedoch Halt vor dem Gasthause, ließen ihre Blechherbe vor der Tür voran und riefen laut ins Haus hinein um ein Glas Schnaps oder ein Viertel Roten.

Vor dem Haus blähten die Schafe, mächten die Kühe. Dazu ein Gemisch von schimpfenden und schreulenden Stimmen. Ein Schelten, Fluchen und Rennen, ein Loden und Suchen nach den Tieren.

Beinahe einem zweiten Jahremarkt sah heute der Platz vor dem G'ratlerwirtschause gleich. Grunzende Schweine folgten nur widerstrebend dem lockenden Ruf ihrer Besitzer. „Ich's-ich's-ich's-ich's-ich's!“ Und dazwischen das Läuten der Ruhglocken, hell und tief, in jeder Tonart.

Die Wirtin lief geschäftig und Krebsrot im Hause herum. Die Rosl und die Thersl und ihre jüngste Schwester Bural konnten kaum zu Atem kommen. Soviel hatten sie mit Bedienen zu tun. So regte war heute der Geschäftsverkehr beim G'ratler. Der Wirt ließ ab und zu und versuchte helfend einzugreifen. Aber trotz seines guten Willens machte

er alles so ungeschickt, daß ihm sein Weib mit groben Worten befohl, lieber aus dem Weg zu gehen. Er sei ja doch für nichts.

Dabei war Alois Sonnweber ausnahmsweise noch gar nicht betrunken. Der Schreden mit der Gertraud in der heutigen Nacht hatte ihn nüchtern gemacht und ihm auch die Luft genommen, sich weiter zu betrinken. Wohl mußte er den Gästen ab und zu Bescheid tun, ihnen zutrinken. Aber das schmeckte ihm gar nicht einmal.

So stand er denn inmitten seiner Gäste und erzählte. Erzählte aufgeregt mit schreiender Stimme und singendem Tonfall von der Gertraud und den Vorgängen in der vergangenen Nacht. Denn deshalb waren sie ja hauptsächlich gekommen die vielen Gäste.

Sie wollten es von den Sonnweberischen selber hören, wie der Struher Vold die Gertraud erstochen hatte. Womöglich wollten sie auch noch die Gertraud selber sehen. Die ältesten Leute im Dorf konnten sich nicht erinnern, daß einmal jemand in Steinberg erstochen worden wäre. Um so größer war daher die allgemeine Aufregung über den ungeheuerlichen Vorfall.

Drinnen in der Kammer lag Gertraud Sonnweber still und bleich und teilnahmslos. Niemand im Haus schien sich weiter um sie zu bekümmern. Der Doktor war gleich in aller Gottesfröhe wieder dagewesen und hatte die größte Ruhe und Schornung für die Kranke aufgetragen. Dann hatte die Wirtin ihre jüngste Tochter ausgeschiedt, damit sie das Gragg Moidele hole.

Das war ein altes, verhäugtes Weibele, schon gut in den Sechzigern und zu wenig sonst mehr nützlich als zum Krankenpflegen. So dachten wenigstens die Bauern. Ueberall, wo ein Krankes lag, durfte das Gragg Moidele nicht fehlen. Und das Gragg Moidele war auch gekommen und hatte sich in der dumpfen Kammer der Gertraud Sonnweber heimlich eingerichtet.

Sie hatte sich einen Stuhl in einen dunklen Winkel der Kammer gestellt, darauf Platz genommen, den Rosenkranz

aus ihrer Rocktasche gezogen und hatte dann still für sich ein Ave Maria um das andre gebetet.

Nicht einmal den alten, schäbigen Hut aus schwarzem Stroh, ohne den sie nie zu sehen war, hatte sie vom Kopf genommen. Ruhig und unbeweglich saß sie da. Nur ab und zu schaute sie forschend hinüber zu der Kranken, ob diese etwas von ihr wünsche. Gertraud Sonnweber lag jedoch da mit festgeschlossenen Augen, und ihr Atem ging schnell und in schmerzvollen, unregelmäßigen Zügen.

„Wird's nimmer lang machen, die Haut...“ murmelte das Gragg Moidele mitteilbig vor sich hin, um sodann gleich wieder eifrig weiter zu beten. Der Lärm im Haus und das wüste Schreien der Marktleute vor dem fest geschlossenen Kammerfenster kümmerte die Alte nun ebensowenig wie das Befinden der Todkranken.

So war es schon früher Nachmittag geworden, als sich das Gragg Moidele leise aus der Kammer schlich, um im Hause Umschau zu halten, ob nicht was Eßbares für sie aufzutreiben wäre. In dem großen Durcheinander hatte man nicht nur auf die Gertraud, sondern auch auf die leiblichen Bedürfnisse ihrer Wärterin vergessen.

Die Kammer, in die man Gertraud Sonnweber gebettet hatte, war eng und schmal. Die Wände lach, weiß getüncht und ohne Schmuck. Kein Bild, kein Kreuz. Nur auf dem Tisch, der knapp neben der einfachen Bettlade stand, hatte man in der letzten Nacht rasch ein großes Kreuzifix und zwei Kerzen in hellglänzenden Glasleuchtern aufgestellt. Das war der einzige Schmuck der Kammer, in der sonst nichts als ein großer, mit hellen Blumen bemalter Schrank und ein paar alte Holzstühle standen.

Einige Zeit war die Kranke nun schon allein dagelegen. Ihr bleiches Gesicht war spitz und eingefallen, und der sonst frischrote, üppige Mund blaß und schmal. Die dunklen Zöpfe fielen halb aufgelöst über das rotgewürfelte schwere Federbett. Schlaf und matt hing eine ihrer braunen, kleinen Hände über dem Bettrand, während die andre schmerzhast gekrümmt unter der Brust lag.

(Fortsetzung folgt.)

China ein Jahr nach der Revolution. In diesen unsern geistigen Leitartikel hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Am Schluss der 2. Spalte wird davon gesprochen, daß die Bevölkerung Chinas fünfundsiebzigmal größer sei als die Deutschlands. Es muß natürlich heißen: fünf- bis sechs mal größer, wie auch schon aus der auf der ersten Spalte des Artikels enthaltenen Angabe hervorgeht, daß die Bevölkerung Chinas rund 400 Millionen stark ist.

Die Balkankrisis.

Die schwebende Note der Mächte.

Die Note der Mächte hängt noch immer in der Schwebe, und nach den wiederholten Verzögerungen ist es nicht verwunderlich, daß die Meldung, sie werde nun heute der Türkei überreicht werden, nur mit Vorbehalt aufgenommen wird.

Die Römische Zeitung brachte am 15. Januar folgende offizielle Berliner Meldung:

Heute findet in London eine neue Sitzung der Vorkonferenz statt. In ihr soll über die von Deutschland und anderen Mächten beschriebenen Milderungen und über den Wortlaut der gesamten Note beraten werden. Sollte man in der heutigen Sitzung über diese Punkte zur Einigung gelangen, so dürften sich der Festlegung des endgültigen Textes der Gesamtnote wohl keine weiteren Schwierigkeiten entgegenstellen.

An einer Flottenkundgebung vor Konstantinopel würde sich der Dreierbund nicht beteiligen. Bei der Gesamtnote sei es Deutschlands Gedanke, sie so zu fassen, daß auch, wenn die Pforte ablehnt, den Mächten eine Handhabe für weitere Verhandlungen bleibt.

Die deutsche Regierung will also nötigenfalls weitere Verhandlungen, aber keine Gewaltmaßnahmen.

Die Aussichten der Friedenskonferenz.

London, 15. Januar. Die Versammlung der Delegierten des Balkanbundes hat beschlossen, die Antwort der Pforte auf die Note der Mächte abzuwarten, bevor sie einen neuen Schritt unternehmen.

Die Delegierten des Balkanbundes haben also den gestern beschriebenen Beschluß, der Pforte mit der Note der Mächte ein Ultimatum überreichen zu lassen, beibehalten. Nicht recht klar ist, welche Bedeutung der Schritt der Balkanbundesdelegierten hat, der in folgender Meldung mitgeteilt wird:

London, 15. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die leitenden Bevollmächtigten der Balkanstaaten als Ergebnis ihrer gestrigen Sitzung in offiziellen Kreisen mitgeteilt, daß die Missionen der Balkanstaaten die Konferenz als mißlungen betrachten, da die türkische Mission während der letzten Woche keinen einzigen neuen Vorschlag gemacht habe.

Die türkischen Delegierten haben den Befehl erhalten, abzuwarten:

Konstantinopel, 16. Januar. Die türkischen Bevollmächtigten haben die Weisung erhalten, London bis zur Ueberreichung der Note der Großmächte und der darauf bezüglichen Entscheidung der Pforte nicht zu verlassen.

Unruhige Lage in Konstantinopel.

Konstantinopel, 14. Januar. Wie verlautet, wurde unter den türkischen Truppen, die in der bei dem asiatischen Vorort Skutari gelegenen Kaserne Sellimieh garnisonieren, eine meuterische Bewegung ebricht. Die Truppen sollen ihre sofortige Entsendung auf den Kriegsschauplatz und die Uebernahme der Feindseligkeiten verlangt haben. Der Sultan entsandte seinen ersten Adjutanten, der den Truppen die Griffe des Sultans überbrachte und ihnen zugleich versicherte, daß ihre Ergebenheit in der Krise, die das Land gegenwärtig durchmacht, den Sultan tief rühre. Der Vorstoß des Sultans, welche tiefen Eindruck auf die Truppen machte, gelang es, sie zu beschwichtigen. Einem Gerücht zufolge wurden einige Mädelstörer verhaftet.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung dauern fort. Die Dejembergelöhner sind den Beamten noch nicht ausgezahlt worden.

Konstantinopel, 15. Januar. Die neue Revolution ist im Anzuge. Auf die Polizeiberichte, daß die Jungtürken gestern nachmittags eine Demonstration vor der Pforte planten, wurden die dortigen Wachen durch Infanterie bedeutend verstärkt. Starke Patrouillen sowie viele Geheimpolizisten durchstreiften Stambul.

Adrianopel.

Konstantinopel, 15. Januar. Das Kriegsministerium veröffentlicht ein Telegramm des Kommandanten von Adrianopel vom 13. Januar, welches besagt: Die Familien aller Offiziere sind am Leben, das Gehalt wird bezahlt und Lebensmittelrationen werden verteilt.

Diese amtliche Meldung erfährt durch glaubwürdige Privatnachrichten Bestätigung. Es mangelt danach in der belagerten Stadt noch für längere Zeit nicht an Lebensmitteln.

Serben und Albanen.

Belgrad, 15. Januar. Blättermeldungen zufolge findet in den von den Serben besetzten Teilen Albaniens zurzeit ein blutiger Kleinkrieg statt.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaften als politische Vereine.

Durch Verfügung des Polizeipräsidenten zu Magdeburg war der erste Bevollmächtigte der dortigen Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes, Genosse Brandes, aufgefordert worden, die Satzungen und ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder der Behörde einzureichen, da die Verwaltungsstelle ein selbständiger Verein sei, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecke. Diese Annahme des Polizeipräsidenten foßt Brandes durch Beschwerde an den Regierungspräsidenten an. Die Beschwerde wurde vom Regierungspräsidenten unter folgender Begründung abgelehnt:

Die Beschwerde vom 3. Oktober dieses Jahres gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten vom 19. September 1912 III A 118 wird als unbegründet zurückgewiesen. Die in der Verfügung angegebene Gründe, nach denen die Verwaltungsstelle Magdeburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes als politische Verein anzusehen, sind zutreffend.

Die hiesige Verwaltungsstelle mit ihren Mitgliedern ist als selbständiger Verein anzusprechen, da sie nach dem Statut neben der Verwaltung der Angelegenheiten des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur selbständigen Vereinsbetätigung durch ihren Vorstand berufen ist.

Daß die Vereinsleitung eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, kann nach den in den Versammlungen und Veröffentlichungen erwähnten Gegenständen nicht zweifelhaft sein; Aufforderungen zur Agitation für eine politische Partei, zum Halten eines Parteiblattes, zur Wahl von Abgeordneten einer poli-

tischen Partei, zur Gewinnung der Jugend für eine bestimmte politische Partei, wie sie in den Verhandlungen und Veröffentlichungen des Vereins zutage getreten sind, sind unzweifelhaft Betätigungen auf politischem Gebiet, die den Verein zu einem politischen machen. Infolgedessen ist das Verlangen der hiesigen königlichen Polizeiverwaltung gerechtfertigt.

Brandes hat jetzt die Entscheidung des Oberpräsidenten anrufen.

Im Oktober 1912 wurde von der Verwaltungsstelle Erfurt des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen, in der Reichstagsabgeordneter Brandes (Magdeburg) einen Vortrag über das Thema: Terrorismuslegenden der Unternehmer, hielt. Obgleich die Versammlung einen rein gewerkschaftlichen Charakter trug, erschien doch ein Polizeiwachmeister in Zivil, um sich zu überzeugen, ob nichts „Politisches“ vorliege. Nach einigen Tagen erhielt der Bevollmächtigte, Wilhelm Berkling, eine polizeiliche Vorladung. Im Verlauf eines Verhörs, das Berkling über sich ergehen lassen mußte, wurde ihm mitgeteilt, daß ein Verfahren wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes gegen ihn eingeleitet werden solle, weil er als Veranstalter der Versammlung zugelassen habe, daß politische Angelegenheiten erörtert worden seien, ohne daß die öffentliche Bekanntmachung mit der Ueberschrift: Öffentliche politische Versammlung, sowie mit Namen und Adresse des Veranstalters versehen gewesen sei. Nach der Meinung des überwachenden Polizeiwachmeisters sei die Versammlung dem Inhalt des Vortrags nach als politisch anzusehen. Berkling wies darauf hin, daß wohl kein Versammlungsteilnehmer die Auffassung des Polizeiwachmeisters teilen werde, denn der Redner habe nur gewerkschaftliche Fragen erörtert.

Doch damit war die Sorge der Erfurter Polizei, es könne vielleicht dieser oder jener Metallarbeiter in der Versammlung mit der bösen Politik in Verührung gekommen sein, bei weitem nicht beschwichtigt, denn sie überwies die Sache der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung. Nach Verlauf von etwa zwei Monaten erhielt Berkling einen amtsrichterlichen Strafbefehl von 5 Mk., wegen Uebertretung der §§ 5 und 8 des Vereinsgesetzes. Berkling wird dagegen selbstverständlich Einspruch erheben.

So wird von den Behörden das bei Beratung des Vereinsgesetzes im Reichstage gegebene Versprechen der Regierung beachtet, daß das Gesetz frei von Schikanen gehandhabt werden soll.

Leipzig und Umgebung.

Achtung, Holzarbeiter! Die Bausticherei von Traugott Franke, Plagwitz, Jahnstraße 35, ist wegen Differenzen gesperrt.
Deutscher Holzarbeiterverband, Filiale Leipzig.

Deutsches Reich.

Das Einstellen von Lehrlingen im Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Der große 18wöchige Streik- und Aussperungskampf im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe vom September 1911 bis Ende Januar 1912, bei dem in 40 Städten Deutschlands 4548 Lithographen- und Steindruckergesellen beteiligt waren, wurde schließlich durch lange Verhandlungen zum Abschluß gebracht. In diesen Verhandlungen wurden zwischen dem Gesellenverband und dem Arbeitgeberverband deutscher Steindruckereibesitzer sowie dem Leipziger Arbeitslosenverband Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeschlossen. Eine Reihe minder wichtiger Angelegenheiten wurden durch besondere Beschlüsse für spätere Beratungen zurückgestellt. Die betreffen 1. den Antrag der Gesellen, in der Antozrom-, Photozrom- und Lichtdruckpostkartenbranche keine Lithographenlehrlinge zuzulassen, weil solche in diesen Branchen nichts lernen; einwiger Bedarf an Arbeitskräften in diesen Branchen könne genügt aus der fortwährenden großen Zahl der Arbeitslosen gefunden werden. 2. Regelung der Arbeitsmutterfrage, wozu die Gesellen beantragten, daß die Schiffs- und Lehrlinge von ihren selbstfertigen Arbeiten einige gute Abbrüche erhalten sollten. 3. Den Arbeitbarkeiten sollte auf Antrag der Gesellen ein fester Wochenlohn entsprechend der Leistung garantiert werden. 4. Gemeinsame Ausarbeitung eines Merkblattes für die Einstellung und Ausbildung von Lehrlingen in lithographischen Anstalten und Steindruckereien.

Zur Erledigung dieser zurückgestellten Punkte fanden dann die notwendigen Erhebungen und sonstigen Vorarbeiten statt, und schließlich konnten nun auch die endgültigen Verhandlungen der Parteien in Berlin stattfinden, an denen Vertreter aus allen Teilen Deutschlands teilnahmen. Ueber die ersten drei Punkte konnte keine Einigung erzielt werden; das einzige positive Ergebnis dieser Verhandlungen ist die Vereinbarung über das gemeinschaftlich herauszugebende Merkblatt, betreffend die Einstellung und Ausbildung von Lehrlingen. Von beiden Parteien waren hierzu für die Verhandlungen Entwürfe angebracht worden; die Beratungen endeten schließlich mit einem Kompromiß. Der erste Abschnitt dieses Merkblattes, das als kleine absteifige Broschüre an die Interessenten abgegeben wird und jetzt erschienen ist, behandelt die Technik der Lithographie und des Steindrucks. Im zweiten Abschnitt wird die Entwicklung des Gewerbes von der Zeit, in der der Lithograph noch sein eigener Drucker war, bis zur heutigen differenzierten Arbeitsteilung in kurzen Zügen behandelt. Der dritte Abschnitt behandelt die Vorbedingungen für die Erlernung des Berufes, und im letzten Abschnitt des Merkblattes werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Ausgelernten kurz wiedergegeben, wie sie in den im Januar 1912 abgeschlossenen Vereinbarungen betreffend Lohn- und Arbeitsbedingungen im deutschen Lithographie- und Steindruckgewerbe festgelegt sind.

Für die Vorbedingungen zur Erlernung des Lithographie- und Steindruckgewerbes sind jetzt zwischen dem Gesellenverband Leipziger Steindruckereibesitzer, der Kommission der Leipziger Arbeitslosenverbandes und dem Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe folgende Vereinbarungen getroffen worden: 1. Der einzustellende Lehrling soll auf seine geistige und körperliche Befähigung durch den Prinzipal oder seinen Stellvertreter geprüft und von einem Arzt untersucht werden. Die Kosten der ärztlichen Untersuchung trägt der Prinzipal. Besondere Sorgfalt ist dabei auf die Untersuchung der Augen zu verwenden, wobei sowohl die Sehkraft als auch die Fähigkeit, Farben richtig zu sehen, geprüft werden muß. Bei der Untersuchung ist dem Arzt das Merkblatt vorzulegen, damit er die körperlichen Eigenschaften, die der Beruf erfordert, daraus entnehmen kann. 2. Für den Nachschub der geistigen Befähigung dienen die Schulzeugnisse der letzten Jahre, wobei auch auf das sittliche Betragen zu sehen ist. Für Lithographielehrlinge ist in erster Linie eine besondere zeichnerische Befähigung erforderlich. 3. Als Lehrlinge, die Steindrucker werden wollen, sind nur solche von normaler Körperbeschaffenheit geeignet. 4. Die Verzeit für Lithographen und Steindrucker beträgt in der Regel vier Jahre. Bei Lithographenlehrlingen ist eine dreijährige Verzeit dann zulässig, wenn der Betreffende bei Eintritt in die Lehre älter als 16 Jahre ist und eine höhere zeichnerische Ausbildung genossen hat.

Nach der Bergarbeiterbewegung im Saarrevier.

Die Erregung der Saarbergleute über das christliche Komödientpiel zeigt sich am deutlichsten in den Versammlungen, die jetzt nach der Bewegung im Saarrevier abgehalten werden. Alle Versamm-

lungen, die der päpstlich geduldeten Streikbrechergewerkschaft abhielt, arrieten in Madauer Versammlungen aus; einige wurden sogar politisch aufgelöst, während die Versammlungen, die der alte Verband abhielt, glänzend verliefen und gut besucht waren. Selbst in rein katholischen Bergmannsdörfern fanden überfüllte Versammlungen des alten Verbands statt und alle Versuche einzelner Ganastler, die Leute gegen die „Sozialdemokraten“ aufzuheben, waren erfolglos. Wenn in den christlichen Versammlungen die Redner von Erfolgen der Bewegung sprachen oder die Notwendigkeit des Waffenstillstands erklären wollten, erhob sich allgemeine Heiterkeit. Der alte Verband hat nach der Bewegung über 30 Versammlungen abgehalten, die, obgleich die Saarpolizei die Vergleite vor dem Besuch warnte und trotzdem mehrere Geistliche von der Kanzel herunter den Besuch ausdrücklich verboten hatten, reiflich besucht waren.

Jetzt kommt man auch hinter verschiedene Schlüsse der christlichen Führer. Ein christlicher Konferenzdelegierter wollte in einer Versammlung den Streikabbruchbeschlüssen damit rechtfertigen, daß er erklärte, man hätte doch mit 6000 Organisierten keinen erfolgreichen Streik unternehmen können. Noch nach dem 15. Dezember teilte die Zentrumspreffe mit, daß mehr als 35 000 Saarbergleute sich durch Unterschrift mit dem Vorhaben des Gewerkschaftsverbandes erklärt hätten und daß sich jeden Tag Hunderte, ja Tausende zur Neuaufnahme meldeten, so daß, wenn die Zentrumspreffe die Wahrheit geschrieben hätte, am Monatschluß mindestens 40 000 Mann hinter dem Gewerkschaftsverband stehen müßten. Was ist nun die Wahrheit bei diesen unterschiedlichen Angaben?

Die Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen im Holzgewerbe.

Nach der Meldung Berliner Blätter wurden gestern nach längerer Pause die Tarifverhandlungen zwischen den Kommissionen der Arbeiter und der Unternehmer im Holzgewerbe wieder aufgenommen. Die Unternehmer wollen den Vertretern der Arbeiter bestimmte Vorschläge über die Regelung von Arbeitszeit und Lohnhöhe vorlegen.

Schneideraussperkung in Delmenhorst. Weil die Schneider in Delmenhorst (Oldenburg) zu dem am 1. April ablaufenden Tarifvertrag neue Forderungen stellten, sind sie am Sonnabend, 11. Januar, ausgesperrt worden. Das Vorgehen der Unternehmer erweist sich als eklatanter Tarifbruch.

Ausland.

Aus dem Lande des „sozialen Friedens“. Von dem am Streik der Bergleute in Waikoi (Neu-Seeland) Beteiligten müssen schon jetzt 66 ein Jahr Gefängnis jeder ablassen, die sich weigerten, Bürgschaften für ihr ferneres „Wohlverhalten“ zu geben. Der Streik, der inzwischen verloren ging, richtete sich auch gegen das staatliche obligatorische Schiedsgericht gewesen. Da sich der neugegründete Gewerkschaftsbund für Neu-Seeland entschieden gegen den Fortbestand der jetzt schon fast 20 Jahre in Kraft befindlichen Gesetze bett, die gewerblichen Streitigkeiten erklärte, dürfte es in diesem „Lande des sozialen Friedens“ bald weitere heftige Arbeiterkämpfe geben.

Der Musikerverband in Victoria beschloß, die Aufnahmeprüfung für neue Mitglieder beizubehalten, die Mitglieder ausländischer Gewerkschaften aber anzuerkennen, wenn sie nicht länger wie einen Monat im Lande bleiben. Andernfalls müssen auch diese sich der Prüfung unterziehen und übertreten.

Eine Konferenz der Verbände der Seeleute, Schiffer, Schiffsfelzer, Aufseher usw. beschloß die Gründung eines Transportarbeiterverbandes für ganz Australien.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Ueber den Uebertritt der Schmiede in den Metallarbeiterverband laufen Nachrichten um, nach denen ein großer Teil der Schmiede nicht übergetreten sei. Wie jetzt durch eine Umfrage festgestellt wurde, sind von den im 3. Quartal 1912 im Schmiedeverband gezählten 10 000 Mitgliedern 14 876 in den Metallarbeiterverband übergetreten. Die wirkliche Zahl der Uebergetretenen wird aber noch etwas größer sein, denn an einzelnen Orten, wo der Schmiedeverband keine Verwaltungsstellen hat, sind ebenfalls Mitglieder übergetreten. In andere freie Gewerkschaften traten 154 ein, in gegnerische (Christlich-Sozialistische, christliche, Wesenthalische und syndikalistische Verbände) 20 Mitglieder. Es verblieben also 1044 Mitglieder, über deren Organisationsverhältnisse nichts festgestellt werden konnte. Man kann also mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß rund 15 000 Mitglieder des Schmiedeverbandes bis Anfang Dezember den Uebertritt zum Metallarbeiterverband vollzogen haben. Die Organisation der Schmiede ist also durch die Verschmelzung nicht geschwächt worden.

Erster Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbands.

Zweiter Verhandlungstag.

k. Jena, 14. Januar.

In der heutigen

Abend Sitzung

ging zunächst Behrend-Hamburg in seinem Schlusswort ausführlich auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen ein. Die den Statuten eingeordneten Rechte beruhen auf den für die Angliederung aufgestellten Bedingungen. Der Verbandstag sei jetzt berufen, diese Rechte abzugrenzen, wie er sie für angebracht hält.

Kassierer Kober-Hamburg erklärt, daß er zu den Beschlüssen des Vorstandes fest und freis zu ihrer Verwirklichung beigetragen habe.

Redakteur Winzig-Hamburg: Der Antrag auf Schaffung einer sachtechnischen Beilage ist in der Debatte nur vom Antragsteller verteidigt worden, er wird darum abgelehnt sein. — Nach der heißen Aussprache über die Streitigkeiten zwischen Vorstand und Ausschuss bzw. Bauvorsitzenden wird man der Meinung sein können, daß ich eigentlich der sei, der mit seinen Vorträgen über eine neue Orientierung unserer Lohnpolitik den Streit verursacht habe. Was war nun der Inhalt dieser Vorträge? Im ersten Vortrag, Oktober 1911, behandelte ich die Gegenstände zwischen Zimmerer- und Grundstein bzw. meinem Buch Der große Kampf. Man blötte meinen Standpunkt. Dann untersuchte ich, ob für und die Notwendigkeit gegeben sei, einen Extravergleich auszusprechen. Ich verneinte diese Notwendigkeit und die Konferenz billigte diese Ansichten. Nur zwei Kollegen, darunter Silberstein, waren anderer Ansicht. Daneben besprach ich ganz aphoristisch die Möglichkeiten für das Jahr 1913. Dabei stellte ich in den Vordergrund, daß wir uns bemühen sollten, die starken Unterschiede im Lohn zwischen den Großstädten und den kleineren und mittleren Orten zu vermindern, weil hierin eine Ursache des ungeheuren Andrangs der Arbeitskräfte nach den Großstädten liegt. Diesen Gedanken erörterte ich in der Konferenz im Februar 1912 näher und erzog die Bedingungen, die für eine solche Lohnpolitik gegeben seien. Der Gedanke fand gegen mein Erwarten keine Gegenliebe bei den Bauvorsitzenden. Ich habe dann den Gedanken zum Teil fallen lassen, zum Teil ist er in den Richtlinien ausgedrückt, die die allgemeine Zustimmung gefunden haben. Schon auf einer Konferenz im Juni 1912 war keine Rede mehr davon. Und trotzdem sollen diese Vorträge die Schuld an dem Streit tragen! Das ist natürlich nicht wahr! Die Quelle des Streits kennen Sie jetzt. Glauben Sie, daß meine Vorträge so verberbtlich gewesen sind, daß sie diesen Streit entfesseln konnten, so helfen Sie mich gehen, ich liebe nicht an meinem Amt und ich gebe dann mit dem Bewußtsein, daß weder der Ausschuss, noch die Bauvorsitzenden meine Arbeit auslöschen können.

Ausschussvorsitzender Daehne-Berlin betonte, das frühere Verhältnis des Ausschusses zu dem Vorstandsvorsitzenden sei nicht, wie Paepflow ausführte, von dem heutigen Verhältnis nur durch den

Yohannessen verhältnislichen Verkehr zwischen Vömelburg und dem Aus-
schuß unterschieden. Seit jeher habe zwischen Ausschuß und Ver-
bandsvorstand eine innigere Arbeitsgemeinschaft bestanden. Als
der Ausschuß feinerer verlangte, über die Befragung des Vor-
sitzenden die Meinung der Gausleiter zu hören, habe er nicht
die Absicht gehabt, irgendwelche Differenzen mit dem Vorstand
heranzuführen. Der Ausschuß könne deshalb als Urheber des Miß-
verständnisses nicht angesehen werden. Auseinander seien die beiden
Körperschaften erst bei der Ausarbeitung der Vorlagen an den
Verbandskongress gekommen, wobei der Ausschuß nicht gehört worden
sei. Bei der Niederschrift des Berichts habe es dem Ausschuß voll-
kommen ferngelegen, dem Vorstand irgendwie zu irren. Der
Ausschuß wolle aber seine Ansicht über die Forderung des Ver-
hältnisses zwischen ihm und dem Vorstand zur Sprache bringen.
Rebner hofft, daß die Kommission ein klares Bild über die Diffe-
renzen bringe.

Bei der Abstimmung wurde ein Antrag, der die alten Rechte
der Ehrenmitglieder aufrechterhalten will, dem Vorstand über-
wiesen. Der Antrag Frankfurt a. M., eine sachliche Beilage
herauszugeben, wurde abgelehnt, ein Antrag, der einen festlichen
Redaktionsklub verlangt, dem Vorstand überwiesen. Dem Ras-
sester wurde Entlastung erteilt, die Abstimmung über die Decharge-
erteilung für den gesamten Vorstand wurde ausgesetzt, bis die Kom-
mission Bericht erstattet hat.

Die Tagesordnung wird etwas umgestellt. Morgen soll die
Statutenberatung vorgenommen werden.

Der Verbandstag vertagte sich dann.

Aus dem Stadtverordnetenrat.

(Sitzung vom 15. Januar.)

Vom Zentralverband der Handlungsgehilfen ist eine Eingabe
eingegangen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Die Ein-
gabe verlangt, daß an den drei Sonntagen vor Ostern, an den
vier Sonntagen vor Michaelis und an den Ausnahmesonntagen vor
Weihnachten die Verkaufszeit eingeschränkt wird. Stadtverordneter
Bammes macht die Eingabe zur Kenntnis. Eine Eingabe des
Leipziger Arbeitervereins verlangt vom Rat unter anderem, daß
dem zu errichtenden Wohnungsbau ein Wohnungsnachweis an-
gefordert werde. Diese Eingabe macht Stadtverordneter Dr. Jund
zur Kenntnis.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Stadtverordneter
Genosse Lehmann, die Veteranenunterstützung in öffentlicher
Sitzung zu verhandeln. Wir halten es für notwendig, diese Vor-
lage in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, damit die Veteranen
sehen, wie arg sie vom Reich, das sie eigentlich unterstützen mußte,
vernachlässigt werden.

Die Vorlage ist aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums
Wilhelm II. eingebracht. Wenn aus diesem Anlaß
500 000 Mk. aus Gemeindegeldern verausgabt werden sollen, dann
ist das doch kein Pappenstiel, darum muß über diese Dinge in
öffentlicher Verhandlung gesprochen werden. Wenn der Rat
beabsichtigt, daß er mit der Vorlage im Sinne der gesamten Bürger-
schaft handelt, so mußte er doch wissen, daß meine Partei für
König und Kaiserjubiläum nichts bewilligt. Diese sozialdemo-
kratische Auffassung wird von einem großen Teil der Bürger-
schaft geteilt. Wenn Sie (nach rechts) diese Vorlage nicht in öffentlicher
Sitzung behandeln, beweisen Sie damit nur, daß die Vorlage das
Blick der Öffentlichkeit zu scheuen hat. (Widerspruch bei den
Bürgerlichen.)

Bürgermeister Roth: Nachdem Stadtverordneter Lehmann
den wesentlichen Teil der Vorlage bekanntgegeben hat, haben wir
keinen Anlaß, sie in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln.

Bürgermeister Tobias: Wir wollten nur, daß andere Städte
nicht erfahren, welche Summe wir zu diesem Zwecke aufwenden,
daher haben wir die Vorlage auf die Tagesordnung der nicht-
öffentlichen Sitzung gesetzt. Nachdem aber die Summe genannt
worden ist, fällt jeder Grund, die Vorlage in nichtöffentlicher
Sitzung zu verhandeln.

Darauf wurde einstimmig beschlossen, die Vorlage in öffent-
licher Sitzung zu verhandeln.

Es erfolgte die Wahl zu dem gemischten Schulausschuß. Ge-
wählt wurden die Stadtverordneten Bammes, Veyer, Dr. Frickhage,
Pflaume, Püschel, Dr. Reclam, aus der Bürgerliste: Oberlehrer Professor Poike, Postleutnant
Pösch, Direktor Prof. Dr. Friedrich Roth, Geh. Sanitäts-
rat Dr. med. Taube, Gärtnerbesitzer Albert Wagner.

Als Baiführer werden gewählt: Kaufmann Hans Cietner,
Rohlfstraße 6a, für den 6. Bezirk, Polizeiamtsaktuar Max
Gülben, Oswaldstraße 26, für den 52. Bezirk. Als Ersatzmänner:
Freiseur Albert Buchheim, Mariengasse 1, für den 52. Bezirk,
Bezirkssteuersekretär Max Schulte, Neustädter Straße 18,
für den 62. Bezirk, Handelskammer Friedrich Kamp, Ruffen-
straße 22, für den 117. Bezirk, Schuhmachermüller Felix Kunzsch,
Nikolaistraße 18, für den 8. Bezirk, Lehrer Max Lippmann,
Talstraße 17, für den 44. Bezirk.

Zugestimmt wurde der Umwandlung der Stelle des Rüstos am
Vulcanum der bildenden Künste in die eines Direktoratsassistenten
in Gruppe A Klasse 8 der Gehaltsordnung sowie Verzicht auf den
Beitrag des Kunstvereins zu den Gehältern des Direktors und des
Rüstos. Von der Perabsetzung der Preise im Operntheater
wurde Kenntnis genommen.

In der Diskussion über diesen Punkt wandte sich Stadtverordneter
Dr. Struve gegen verschiedene Anordnungen der Theaterintendant.

Stadtverordneter (Soz.): Das große Defizit bei unseren Theatern
dürfte von langer Seite größer geworden sein, als es sein
wird. Wenn über schlechten Theaterbesuch geklagt wird, so muß
doch auch gesagt werden, daß heute nicht mehr so viel Freiwilliges
verföhrt werden. Die Intendant ist den Besuchern entgegen-
gekomen, und es steht auch in Zukunft eine Hebung des Theater-
besuchs zu erwarten.

Bürgermeister Roth versichert, die Theaterintendant sei be-
müht, dem Publikum entgegenzukommen.

Ueber die Errichtung von vier öffentlichen Volksbibliotheken
(städtischen Bücherhallen) referiert Stadtverordneter (Soz.). Die
Vorlage verlangt die Bewilligung von 50 145 Mk. Berechnungsgeld
zur Errichtung der ersten Bücherhalle im Grundstück Grenzstr. Nr. 8
aus Betriebsvermögen und von 22 950 Mk. Berechnungsgeld für
den Betrieb derselben im Jahre 1913 einschließlich des Gehalts
für die zu begründende Stelle eines Leiters der städtischen Bücher-
hallen in Gruppe A VII oder in Gruppe C I mit 4200 Mk. Anfangs-
gehalt.

Die Ausschüsse beantragen: Beim Zugang zwei Treppen weg-
fallen zu lassen und zu diesem Zwecke die Haussumme um 500 Mk.
zu erhöhen, auch den Rat um Beitritt zu ersuchen.

Stadtverordneter (Soz.): Mit der ziemlich umfangreichen Vorlage
will sich auch Leipzig den Volksbildungsbestrebungen anschließen.
Der Rat hat ein Gutachten von dem Leiter der städtischen
Bibliothek in Dresden eingeholt. Der Rat hat für eine Bibliothek
8000 Bände in Aussicht genommen. Der Sachverständige hat diesen
Umfang als viel zu niedrig bezeichnet. Ebenso seien die Kosten
vom Rat viel zu niedrig angesetzt worden. In den Ausschüssen
wurden zwei Anträge gestellt. Der eine verlangte, daß den
Bibliotheken ein literarischer Beirat zur Seite gestellt werde.
Dieser Beirat soll aber nicht Vormund der Bibliothekare sein.
Er besteht in einer Anzahl Städte und hat sich überall bewährt.
Der andere Antrag verlangte, daß neben den Bibliothekaren auch
eine Bibliothekarin angestellt werde.

Zur Diskussion bemerkt Stadtverordneter (Soz.): Die in Leipzig
bestehenden öffentlichen Bibliotheken sind durchaus veraltet, die
schlechte Unterhaltungsliteratur ist dort vertreten. Sollen die
Volksbibliotheken dem Volke Bildungsmittel sein, dann gehört
dazu nicht nur gute belletrische Literatur, sondern auch die
populär-wissenschaftliche Literatur muß vertreten sein.

Wenn sich der Rat auf die Merkpunkte stützt, dann empfehle
ich folgende Stellen zur besonderen Beachtung: „Die Volks-

bibliotheken und Volkshochschulen werden sehr oft in entprechend
kritischer Weise verwaltet. Die Leute werden durch Ausleihen
zum gedankenlosen Schmätern geradezu erzogen. In jährlichen
Kritiken wird dann mit der Zahl der ausgeliehenen Bücher geprahlt,
und diese Verdummung und Verabberung des Volkes
als Fortschritt der Bildung hingestellt.“ In anderer Stelle
legt die Volksbibliothek in ihrer Beschaffenheit Zeugnisse aus,
so wird sie — darin sind Ihre Freunde fast alle einig — die
Auswahl unparteiisch treffen, um jeden Leser das Vertrauen zu
geben, daß er nicht nach bestimmten Parteirichtungen erzogen
werden soll.“

Es kann doch auch vorkommen, daß die Bibliothekare etwas
einseitig literarisch ausgebildet sind, daher wäre ein solcher Beirat
durchaus notwendig. Es ist eigentlich nicht zu verstehen, warum
man sich mit solcher Festigkeit dagegen wehrt. Leipzig hat lange
genug gewartet, bis es auf diesem Gebiete etwas tat, da ist es
doppelte Pflicht, daß die günstigen Erfahrungen, die anderwärts
gemacht worden sind, angewendet werden. Der Beirat stellt den
Antrag einen Beirat aus sieben Personen, zwei Mitglieder des
Rates, zwei Stadtverordneten und drei Mitgliedern der Bürger-
schaft, zu wählen.

Stadtverordneter Dr. Jund: Leipzig ist in öffentlichen Biblio-
theken reichlich und nicht nur Amerika gegenüber, wo in die
Stadt Cleveland von der Größe Leipzigs in einem Jahre 950 000 Mk.
für Bibliotheken ausgegeben werden. Selbst in den kleineren
deutschen Städten wird für Bibliotheken mehr getan. Wir können
an einen Leiter der Bibliothek große Ansprüche machen, daher bin
ich gegen einen solchen Beirat, denn viele Köpfe verderben den Drei.

Bürgermeister Roth: Wenn der Antrag Seger angenommen
wird, kann nicht, wenn man mehr bedauern soll, den Leiter der
Bibliothek oder den Beirat. Ein beratendes Unternehmen, wie die
Bibliotheken, muß geleitet werden von einem tüchtigen Mann. Der
Leiter könne sich doch nicht mit dem Beirat streiten, welche Bücher
angekauft werden sollen. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag Seger wurde gegen die Stimmen der sozialdemo-
kratischen Fraktion abgelehnt. Darauf wurde die Vorlage ange-
nommen.

Der Änderung von § 1 Absatz 2 der Satzungen des Bau-
vereins zur Beschaffung preiswerter Wohnungen wurde zugestimmt,
ebenso der baupolizeilichen Feststellung der Grundlinien der Bor-
naischen Straße zwischen Blasbas- und Siebenerstraße. Der Ver-
kauf der Bauparzelle Nr. 1 (vom Block IV) an der Guttrich- und
Springerstraße von 880 Quadratmeter Flächeninhalt für 38 000 Mk.
= 82,40 Mk. für einen Quadratmeter wurde genehmigt. Darauf
wurden einige Abrechnungen richtigesprochen.

Zu der Vorlage über die Wiederherstellung des Herrenhauses
im Rittergute R. König mit einem Kostenaufwand von 8440 Mk.,
sowie Einstellung von 2000 Mk. für eine Einriedigung usw. für
den Fall, daß das Herrenhaus vom 1. April 1914 besonders
vermietet werden müßte, beantragte der Lesbauausschuß: Die Vorlage
zurzeit abzulehnen und eine neue Vorlage zu erwarten, wenn die
Neuverpachtung des Rittergutes entschieden ist.

Einem Abkommen mit der Preussischen Eisenbahnverwaltung
über Verlassung eines begehren Kanals unter dem öffentlichen
Vorplatz an der Westseite des Hauptbahnhofes wird zugestimmt.
Der Erwerb des Vorgartenlandes des Grundstücks Teichgasse
Straße 48 von etwa 80 Quadratmeter Flächeninhalt um den Preis
von 10 Mk. für 1 Quadratmeter und Bewilligung der Kosten von
350 Mk. für Pflasterung wird genehmigt.

Als letzter Punkt wurde die auf Antrag des Genossen Lehmann
auf die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung gestellte Vorlage
über die Veteranenunterstützung behandelt. Die Vorlage verlangt
aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums Wilhelms II. für
die deutschen Teilnehmer an den Feldzügen der Jahre 1864, 1866
und 1870/71 und deren Hinterbliebenen 500 000 Mk. in der Weise
zur Verfügung zu stellen, daß ihnen alljährlich, beginnend mit dem
Jahre 1913, außer den von der Stadt bereits bisher gewährten
50 000 Mk. noch weitere 50 000 Mk. aus dem Guthaben der Stadt-
kasse bei der Sparkasse gewährt werden.

Der Referent, Bürgermeister Tobias: 500 000 Mk. klingt
viel, aber die Summe verteilt sich über zehn Jahre. Die Unter-
stützung sollen nur die Veteranen erhalten, die unter 1500 Mk. Ein-
kommen haben. Von den bisher unterstützten Veteranen hatten
544 ein Einkommen von unter 900 Mk. und 140 noch weniger als
800 Mk. Es ist ganz schön, so sagen, das Reich müsse die Veteranen
unterstützen, aber das ist doch nur eine Doktrin, mit der den
Leuten nicht geholfen wird. Wenn das Reich nichts tut, müssen
wir helfen.

Stadtverordneter (Soz.): Die Veteranen müssen nach der Vorlage
fröhlich sein, daß Wilhelm II. 25jähriges Regierungsjubiläum hat,
sonst würden sie überhaupt nichts bekommen. Der Hinweis, daß
das Reich nichts tut, ist von Ihrer Seite deplaciert, weil die Herren,
die hier gegenwärtig sind, ihre Parteifreunde im Reichstage nicht dahin
beeinflussen, daß das Reich seine Aufgaben den Veteranen gegen-
über erfüllt. Die Sozialdemokratie war es, die im Reichstage
den Antrag stellte, daß die Veteranen ausreichend unter-
stützt werden. Bei einem Militäretat von einundhalb Milliarden
müßte es doch möglich sein, daß für die Veteranen auch etwas
abgegeben bliebe. Wir wenden uns nicht gegen die Veteranenunter-
stützung, aber wir wenden uns dagegen, daß die Mittel der
Gemeinden, die nicht dazu vorhanden sind, für diesen Zweck ver-
wendet werden. Wir wenden uns dagegen, daß die Aufgaben des
Reiches auf die Gemeinden abgewälzt werden. Wenn die Gemeinden
die Veteranen mangelhaft unterstützen, dann werden sie vom
Reich überhaupt keine Unterstützung erhalten. Wenn man einmal
die Veteranen fragen wollte, wie sie über die Dankbarkeit des
Reiches denken, da würden Sie eine schöne Antwort bekommen.
Wir sind wie früher gegen diese Veteranenunterstützung nicht, weil
wir die Veteranen nicht unterstützen wollen, sondern weil wir nicht
die Aufgaben, die das Reich zu erfüllen hat, der Gemeinde auf-
erlegen wollen.

Bürgermeister Roth: Ich weiß nicht, ob sich mein Vorredner
eine besondere Wirkung auf den Reichstag verprägt. Ich glaube
nicht, daß sich das Reich dadurch beeinflussen läßt. Es läßt doch
nichts, wenn auf das Reich geschimpft wird, die Hauptsache ist, daß
die Veteranen etwas bekommen.

Stadtverordneter (Soz.): Was jetzt wurde auch von den Ver-
tretern des Bürgeriums anerkannt, daß das Reich die Aufgabe
habe, die Veteranen zu unterstützen. Jetzt ist das schon anders
geworden, man bezeichnet diese Ansicht als eine Doktrin. Wenn
der Bürgermeister die Frage aufwirft, ob die Reichsregierung an-
gehalten werden soll, die Veteranen zu unterstützen, so haben wir
bles mit einem fett zu unterstreichenden: Selbstverständlich, zu
beantworten. Im Reichstag hat man freilich schon oft aus-
gesprochen, daß die Gemeinden die Unterstühtungen zahlen müßten,
wenn das Reich keine Mittel habe. Es kommt doch auch darauf
an, in welcher Weise die Unterstühtung gewährt wird. Wir wollen,
daß die Veteranen einen Rechtsanspruch darauf haben. Aber
davon kann jetzt keine Rede sein, man gibt ihnen nur nach vor-
aufgegangener Zustimmungsgewähr.

Bürgermeister Roth ist befreit, daß die Unterstühtung erst nach
Genehmigung der Gemeinde gewährt werde.

Stadtverordneter (Soz.): Sonnehalb meint, es komme darauf an, den
Veteranen schnell zu helfen.

In der weiteren Debatte beteiligten sich Stadtverordneter
Klemm, Bürgermeister Roth und Bürgermeister Tobias.

Stadtverordneter (Soz.) weist auf den traurigen Zustand
hin, daß die Veteranen, trotz aller früherer Versprechungen, die
ihnen gemacht worden sind, so mangelhaft unterstützt werden, daß
sie mit zerfetzten Stiefeln herumlaufen müssen. Er bezeichnet
diesen Zustand als einen Skandal.

Stadtverordneter (Soz.) fragt an, ob die Unterstühtung auch dann
gezahlt werden soll, wenn vor Ablauf der zehn Jahre das Reich
die Unterstühtung selbst regelt.

Nachdem Genosse Seger noch einmal betont hatte, daß die
Unterstützung nur patriotische Tätigkeit im Armenpflegeberufe ist,
wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokratie an-
genommen.

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Wien, 16. Januar. In der Note der Mächte ist, Verant-
wortung zufolge, die bestimmte Forderung enthalten, Adrianopel
unter dem Vorbehalt territorialer Rechte bezüglich der Gräber
der Sultane und der Moscheen abzutreten. Sollte die Türkei
dieser Forderung nicht nachkommen, so broht die Note, der Pforte
jede weitere Hilfe zu entziehen. Die Pforte hätte, dies soll wohl
damit ganz besonders gesagt werden, auf jede weitere Hilfe Europas
in finanzieller Hinsicht nicht mehr zu rechnen.

Genève, 16. Januar. Die Firma A. Velen, über deren Sicher-
berwerb von der Arbeitervereinigungen die Sperre verhängt worden
war, kündigte heute sämtlichen Formern und Kernmachern mit
Ausnahme einiger Arbeiter.

Hagen i. Westf., 16. Januar. Bei der Neuwahl des Ober-
bürgermeisters, die gestern in geheimer Sitzung stattfand, wurden
43 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Oberbürgermeister Cuno 28,
der zweite Bürgermeister Wilde 19 und der dritte Bürgermeister
Wormann 1 Stimme. Oberbürgermeister Cuno ist demnach mit
3 Stimmen Mehrheit auf 12 Jahre zum Oberbürgermeister der
Stadt Hagen wiedergewählt.

Konstantinopel, 16. Januar. Die Vorkämpfer haben sich
über den endgültigen Verkauf der Kollektionsnote geeinigt.

Paris, 16. Januar. Ueber die gestrige Probeabstimmung für
die Präsidentenwahl werden zahlreiche Einzelheiten gemeldet, die
zeigen, daß der Wahlkampf um die Präsidentschaft der Republik
sich diesmal ganz besonders heftig gestalten dürfte. In der nach
dem ersten Wahlgang stattgehabten Versammlung der Kandidaten
kam es zu sehr scharfen Auseinandersetzungen. Mehrere Depu-
tierte, darunter der ehemalige Minister Laguerre, sprachen sich in
entschiedener Weise für die Kandidatur Pams aus und kritisierten
die Politik Poincarés überaus scharf. Die Anhänger Poincarés
erhoben gegen diese Angriffe heftig Einspruch und es entstand ein
stürmischer Wortwechsel, daß man einen Augenblick lang Tätlich-
keiten befürchtete. In der Gruppe der demokratischen Linken des
Senats forderte der ehemalige Ministerpräsident Combes seine
Partei auf, einmütig für die Kandidatur Pams zu stimmen. Er
fügte hinzu, daß die Republikaner unmöglich für Poincaré ein-
treten könnten, der nur in den Kabinetten der Rechten Minister-
portefeuilles angestrebt habe. Aufsehen erregte es, als der Senats-
präsident Dubost seinen Beizicht zugunsten der Kandidatur Pams
mit den Worten begründete, daß er hierdurch gegen die offizielle
Kandidatur protestieren wolle, deren Opfer er sei. Von mehreren
genährigten Wählern wird gemeldet, daß Dubost zu seinem Beizicht
von Clemenceau geradezu gezwungen worden sei. Das Ergebnis
des zweiten Wahlgangs wurde sowohl von den Freunden Poin-
carés wie von denen Pams mit großer Befriedigung aufgenommen.
Insbesondere ist man in parlamentarischen Kreisen vielfach der Ansicht,
daß die Aussichten Poincarés besser sind. Ein Senator und ehe-
maliger Minister erklärte einem Berichterstatter des Echo de Paris,
er glaube, daß Poincaré mit 440 Stimmen zum Präsidenten der
Republik gewählt werden dürfte. Clemenceau soll erklärt haben,
er sei bereit, seine persönliche Unterstützung gegen Delcassé zu
überwinden, falls dessen Name geeignet erscheinen sollte, unter den
Gruppen der Linken eine Einigung herbeizuführen.

London, 16. Januar. Die einige Zeitungen melden, haben die
Delegierten der verbündeten Balkanstaaten beschlossen, vorläufig
davon abzusehen, die geplante Note an die Pforte zu richten. Sie
finden, daß die Diplomaten der Mächte diesen Schritt einstimmig
und entschieden mißbilligen und nach einer Unterbrechung Danews
mit dem französischen Botschafter beschließen sie, abzuwarten, bis
die Note der Mächte in Konstantinopel überreicht worden sei.

London, 16. Januar. Die Times schreiben: Die Trie-
densverhandlungen sind immer noch inoperant, aber sie
waren in den letzten 48 Stunden dem Abbruch gefährlich nahe. Es
gibt Kriegsparteien in einigen Balkanstaaten ebenso wie in einigen
großen kontinentalen Staaten, die ihren Einfluß nicht ausüben,
um einen Krieg zu verhindern. — Ueber die geplante Note der Ver-
bündeten an die Pforte sagen die Times, Nichts wäre geeigneter
gewesen, die Aktion der Mächte zu vereiteln, als solch einen Versuch
zu unterstützen. Zu ihrer Ehre erkannten die Balkanstaaten ihren
Irrtum, bevor er unwiderruflich geworden war. Dieser kluge und
patriotische Entschluß der Delegierten, fahren die Times fort, diesen
Versuch nicht weiter zu verfolgen, den ihre eigene Überlegung und
das Urteil aller ihrer Freunde verdammen, läßt der Note der
Mächte freies Feld. Jetzt darf man hoffen, daß sie der Pforte ein
ehrenvolles Mittel an die Hand gibt, sich aus einer unhaltbaren
Lage herauszuziehen. Die Freunde der Türkei teilen den Wunsch,
den der deutsche Reichskanzler im Reichstag ausgesprochen hat, daß
sie nach dem Friedensschluß wieder nicht nur ein bedeutender wirt-
schaftlicher, sondern auch ein bedeutender politischer Faktor in der
Welt sein werde. Wenn die Türkei sich entschließen könnte, sich dem
Abwärtswenden zu beugen und auf die nominelle Souveränität über
Adrianopel zu verzichten, so wird der Frieden in erreichbarer Nähe
sein. Alle Mächte haben ihr einstimmig zu diesem Opfer geraten,
das ebenso im waren Interesse der Türkei, als auch im Interesse
Europas liegt.

Paris, 16. Januar. Das Kriegsgericht zu Nancy ver-
urteilte den Infanteristen Fleische, der mehrere seiner Kamer-
aden und seinen Korporal mißhandelte, mit dem Bajonett
bedroht und antimilitärische Propaganda getrieben hatte,
zu fünf Jahren Zwangsarbeit! Fleische gehörte
der in letzter Zeit wiederholt strafrechtlich verfolgten Ver-
einigung „Le sou du soldat“ an.

Wien, 15. Januar. Dem türkischen Kreuzer Medjidie gelang
es in der letzten Nacht, im Nebel unbemerkt die Linien der vor den
Dardanellen kreuzenden griechischen Torpedobootzerflörer zu durch-
brechen. Heute erschien der Kreuzer vor Smyrna und beschuß ohne
Resultat das Pulvermagazin und das Kohlenlager sowie das Elek-
trizitätswerk, das beschädigt wurde. Das Hafen- und Stadtlicht
insolange abends nicht beleuchtet werden. Auf den griechischen
Hilfskreuzer, der seit etwa acht Tagen im Hafen lag, um Repara-
turen am Steuerrohr vornehmen zu lassen, wurden vom Kreuzer
Medjidie 15 Schüsse abgegeben. Da der Kommandant der Wale-
donia befürchtete, daß die Beschädigung großen Schaden anrichten
würde, versenkte er das Schiff im Hafen von Smyrna, wo es am Kai
verankert lag, nachdem die Mannschaft ausgebootet worden war.
Diese besetzte die Pforte, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und ver-
stärkte die Wachmannschaft bei den Gefangenen. Der Medjidie ver-
ließ hierauf Smyrna und dampfte in der Richtung auf Kleinasien ab.
Bei der Beschädigung der Kohlenlager wurden ein Mann und eine
Frau getötet, die dort arbeiteten. Die übrige türkische Flotte hat
die Dardanellen nicht verlassen.

Paris, 16. Januar. Nach einer Meldung aus Cerbere ver-
haftete die Polizei in Saragossa einen „Anarchisten“, bei dem
120 000 Petasas gefunden wurden. Man glaubt, daß diese Summe
für die spanischen Revolutionäre bestimmt war. Die Behörden
verweigern jede Auskunft über diese Angelegenheit.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:
Der Mann Siebmann in Leipzig.
Berantwortlich für den literarischen Teil:
Friedrich Müller in Norddorf-Weitz.
Druck und Verlag: Privatverlag Buchdruckerei „Athena-Verlag“
Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Zentral-Verband der Maschinisten u. Feizer
 Weichschleife u. Arbeitsnachweise: Volkshaus, Zeitzer Str. 32
 Zahlstelle Leipzig
 Mitgliedschaft: Dienstag 8-12, Mittwoch 8-12, Donnerstag 8-12, Freitag 8-12, Samstag 8-12
Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr
General-Versammlung
 im Volkshaus, Gartenfaal.
 Tagesordnung:
 1. Jahresbericht und Kassenbericht.
 2. Neuwahl der Verwaltungskörperschaften.
 3. Gewerkschaftliches.
 Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen. [667]
 Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
 NB. In unserem am 8. Februar stattfindenden **Humor-Abend** in den **Westendhallen** sind Programme bei allen Bekassierern zu haben. D. V.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Puren im Volkshaus, Zeitzer Str. 32, 1. u. 2. Stockwerk, täglich von 9-10 Uhr vorm.
 Zahlstelle Leipzig
Delegierten- u. Jahresversammlungen der Branchen
 im Volkshaus, Zeitzer Straße 32.

Bau- und Möbeltischler Freitag, den 17. Januar, abends 7 Uhr: Delegierten-Versammlung.
Drechsler aller Branchen Freitag, den 17. Januar, abends 7 Uhr: Versammlung.
Stellmacher Freitag, den 17. Januar, abends 7 Uhr: Versammlung.
Musikarbeiter Montag, den 20. Januar, abends 7 Uhr: Branchen-Versammlung.
Maschinenarbeiter Dienstag, den 21. Januar, abends 7 Uhr: Branchen-Versammlung.
Zelluloidarbeiter Dienstag, den 21. Januar, abends 7 Uhr: Öffentliche Branchen-Versammlung im Restaurant Stadt Altenburg.
Modell- und Fabriktschler Sonnabend, den 25. Jan., abends 6 Uhr: Versammlung.
Kistenbauer Sonnabend, den 25. Januar, abends 6 Uhr: Versammlung.
Korbmacher Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Volkshaus. [664]

Deutscher Holzarbeiterverband Zahlstelle Leipzig
 Sonnabend, den 18. Januar, in den Sälen des VOLKSHAUSES, Zeitzer Strasse 32
Winterfest und Humorabend
 Vortrags-Ordnung: Humor und Satire
 Mitwirkende: Künstler-Quartett „BERLINER SPOTTVÖGEL“ bestehend aus den Herren: Kurt Radecke, Konzertpianist und Opernsänger (Bass), Paul Oppermann, Humorist und Satiriker Eugen Rossetty, Konzertsänger (Tenor), Max Römer, Humorist u. Rezitator. Gustav Schütze-Orchester unter persönlicher Leitung
 Nach dem Konzert GROSSER FESTBALL in beiden Sälen bis 2 Uhr. Im grossen Saal Doppel-Orchester. Im Gesellschaftssaal die „Finstertalbauernkapelle“ (Gebr. Lehnert)
 Beginn 7/8 Uhr. Vorverkauf 25 Pfg. — An der Kasse 30 Pfg.

Einwohner von Lössnig.
 Sonnabend, den 18. Januar, abends 9 Uhr
Öffentl. Einwohner-Versammlung
 im Gasthof zum Goldenen Stern.
 Tagesordnung: 1. Wichtige Aufgaben der Stadt Leipzig unter Berücksichtigung des Schutz- und Straßensystems in Lössnig. 2. Diskussion.
 Zu dieser Versammlung sind die Einwohner von Lössnig freundlichst eingeladen. Der Einberufer.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse d. Metallarbeiter L.-Ost.
 Sonnabend, den 18. Januar, abends 7/8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
 im kleinen Saale der Drei Mohren, L.-Anger.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Genossen **Mylau** über: Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis. 2. Kassenangelegenheiten.
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.
 Die Auszahlung des Krankengeldes findet an diesem Abend im obigen Lokal von 7/8-9 Uhr statt.

Arbeitersänger
 zum Vertrieb eines Taschen-
 textildruckbuchs für Arb.-Ges.-
 Vereine (8000 bereits im Ge-
 brauch) sofort gesucht von
Johann Schöber
 Dobritz-Dresden.
Der erste Arbeiter-Jugend-Kalender Jungvolk
 Almanach 1913
 für die arbeitende Jugend.
 Reichhaltiger belehrender u.
 unterhaltender Text.
 Viele gute Illustrationen.
 Herausgegeben von der Zen-
 tralstelle für die arbeitende
 Jugend Deutschlands.
 Gut ausgestattet 50 Pfg.
 Zu beziehen durch die Filialen und Aus-
 träger der Volkszeitung.
 Leipziger Buchdruckerei A. G.

Teppiche
 m.H. Webstuhl, sp. Salzgässch. 7. Hofl. Et.

Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umgegend
Abteilung für Fleischwaren.
 Zu der bevorstehenden **Bockbier-Saison** empfehlen wir ins-
 besondere den Herren Gastwirten unsere rühmlichst bekannten
Bockwürstchen.
 Der Vorstand.

Kranken- und Begräbniskasse für Schmelde und in der Metallbranche beschäft. Arbeiter von Leipzig und Umg.
 Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 Uhr
General-Versammlung
 im Saale des Sanssouci, Eisterstr. 12.
 Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden. 2. Kassenbericht, Bericht der Revisoren und Rechnungsprüfung der Kassenrechnung. 3. Festsetzung der Entschädigung für die Verwaltung. 4. Ergänzungswahl der Verwaltung. 5. Wahl der Revisoren. 6. Verschiedenes.
 Es ist Pflicht der Mitglieder, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, andernfalls tritt § 23 des Statuts in Kraft. [6397]
 Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Leipzig u. Umg.
Elche Volkshaus. Turnst.: Männerabtl. Dienst. u. Freitag, 1/9-10. Turnerinnenabtl. Mont. u. Donn. 1/9-10.
Elche Volkshaus. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 1/3 Uhr, **Generalversammlung** im Café Schumann (Hotel Arasch), großer Saal. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.
Eutritzsch. Turnst.: Dienstags u. Donnerstags v. 1/9-10 U. im Golbn. Helm. Kinder: Donnerst. v. 1/7-1/8 U.
Stötteritz Turnbund. Sonntag, den 19. Januar, nachm. Punkt 3 Uhr, **Generalversammlung** in der Restauration Hammer (Bränergarten). Um pünktliches u. vollständiges Erscheinen bitten. Der Vorstand.
Leutzsch. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 1/3 Uhr, **Generalversammlung** i. Vereinslokal. Erscheinen aller ist Pflicht. [637]

Böhmitz-Ehrenberg. Sonntag, 19. Januar, nachm. 2 Uhr, **Generalversammlung** im Restaurant Grüne Aue. Tagesordnung sehr wichtig. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.
Markranstädt. Sonnabend, den 25. Januar, abends 9 Uhr, **Generalversammlung.** T.O.: 1. Berichte. 2. Neuwahlen. 3. Anträge. Anschließend: **Mitglieder-Versammlung.** Der Vorstand.
 NB. Unser **Wadenball** findet am 27. Januar in der Guten Quelle statt. [638]

Turnverein Grosszschocher-Windorf
 Freitag, den 17. Januar, abends 7/8 Uhr
Generalversammlung.
 Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Vereinsangehörigen notwendig. Der Vorstand.
 NB. Das **Wintervergnügen** findet am 23. Februar statt.

Eilenburg
Schnellbesohl-Anstalt Inhaber: P. Neubert
 (Leinwand, halb- u. bill. Arbeit).
 Zigarren u. Zigaretten empf. **G. Raute.**
Josef Fitzek Beste u. streng reelle Bezugs-
 quelle für sämtliche
Herren-, Jünglings- u. Torgauer Str. 47. Kinder-Bekleidung.
Filzhüte und Pelzwaren empfiehlt
Gust. Friedrich, Leipziger Str. 3.
Inventur-Ausverkauf!
Gelegenheits- u. Geschenke Verlosungs-Artikel billig Kaufhaus Heilpern.
Burger Schuhwaren: Torgauer Str. 37. Gut u. billig.
Filzhüte und Pelzwaren. Mützen in großer Auswahl empfiehlt **Fr. Rössner, Breite Str. 1.**
Eilenburger Stadtbrauerei empfiehlt ihre **st. Biere.**

J. Meyerstein, Herren- u. Knabenkleidung
 Lieferant f. d. Konsumverein.
Torgauer Str. 37. Vorteilhaft Bezugsquelle für jeden Arbeiter.
F. Barthel Jr., Schneidernstr., Dorotheenstr. 15
 Anfertigung seiner Herrengarderober.
Adolf Weber Spezialhaus für moderne
Herren- u. Knabenbekleidung
 Rinkartstr., Ecke Nikolaipl. Berufskleid., Arbeit-Garder.
A. Gröbel, Leipziger Str. 25. Schuhwaren, Wäsche, Kleide.
Arno Hillig, Friseur, Leipziger Straße 50.
Filiale der Volkszeitung Steinstr. 1: Abholstelle
 Abonnementpreis bei Abholung 20 Pfg.
Sozialdemokr. Wahlverein
 Sonnabend, den 18. Januar, **Versammlung im Ivioll.** Tagesordnung: Bericht vom Vorkonvent.
Deutscher Dachdeckerverband Filiale Eilenburg.
 Sonnabend, 18. Januar, **Narren-Abend** im Gewerkschaftshaus Ivioll.

Arbeiter-Radsfahrer-Bund
 Solidarität
Zentral-Verein.
 Die für Freitag, den 17. Januar, angekündigte **Generalversammlung** ist verschoben und findet dieselbe **Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 1/3 Uhr,** im blauen Saale des **Schloß Lindenfels, Lindenau, Karl-Heine-Straße, statt.** — Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit aller Bundesmitglieder. [650*]
 Der Vorstand.

Zentralverband der Böttcher u. Böttcherhilfsarbeiter. Filiale Leipzig.
 Sonnabend, den 18. Januar 1913
 im Etablissement **Schlosskeller, Dresdner Str.**
Grosses Winter-Vergnügen
 verbunden mit humoristischen Vorträgen des beliebten **Bunten Theaters**
 und unter Mitwirkung der **Leipziger freien Musikervereinigung.**
 Einlass 7 Uhr. **Ball.** Anfang 8 Uhr.
Tombola zur gefälligen Benutzung.
 Es ladet ein [677] Das Festkomitee.

Leipziger Beerdigungs-Anstalt „Pietät“
 Teleph. 582 **Feuerbestattung** Teleph. 582
28 Matthäikirchhof 28
 Zweiggeschäfte: **Lind., Odermannstr. 10.** Tel. 17410.
L.-Gohlis, Eisenacher Str. 8.
L.-Volk., Konradstr. 41. Tel. 532

Familien-Nachrichten
 Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unfred Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers, des **Formmeisterers Robert Müller**
 sagen wir allen unsern innigen Dank. [642]
 Leipzig, den 15. Januar 1913.
Berta Müller geb. Böhme und Kinder.

Dank. Für die liebevollen wohlwunden Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau **Emma Lina Richter**
 sage ich allen Verwandten und Bekannten sowie Herrn Pastor Berger für die trostreichen Worte am Grabe meinen innigsten Dank. Ferner noch Dank allen denen, die ihr hilfreich zur Seite standen. Dies alles hat meinem Herzen wohlgetan.
 Schneefeld, Dimpfstraße 9.
 Der trauernde Gatte **Bernh. Richter.** [148]

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Leipzig.
 Am Montag verschied im Alter von 46 Jahren unser Mitglied, der Hausarbeiter **Adolf Bräuer.**
 Ehre seinem Andenken. [680]

Nach kurzem schwerem Felden verschied **Dienstag** abend unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Freundin, Frau **Wilhelmine verw. Bockhardt.**
 Schneefeld, Leipziger Straße 124.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Trauerfeier mit anschließender Einäscherung findet **Freitag, mittags 1/2 Uhr,** in der Kapelle des Südfriedhofes statt. Blumenpenden bitte bei Frau Weber, 1. Etage, abzugeben.

Politische Uebersicht.

Duellverbrechen und Bundesrat.

Dem Reichstag ist eine Uebersicht der vom Bundesrat gefassten Entschliessungen auf Beschlüsse des Reichstags zugegangen. Unter anderem wird darin dem Reichstage verkündet, daß die Vertretung der Regierungen auf seine Wünsche in bezug auf die Unterdrückung des Duellwesens pfeift.

Wie erinnerlich, hatte der Fall Auffehen erregt, daß ein katholischer Militärarzt, der es aus religiösen Motiven ablehnte, sich zu duellieren, Verfolgungen ausgesetzt war. Das Zentrum gebürdete sich darob entrüstet, und nach vielem Reden faßte schließlich der Reichstag einen Entschluß, der so zahl ausfiel wie nur möglich, weil eben das Zentrum sich wieder besonnen hatte und es nicht mit seinen Schnapsblödsinnern verderben wollte. In der Resolution des Reichstags wurde neben einigen nebensächlichen Dingen gewünscht, daß die Ablehnung eines Zweikampfs aus religiösen oder sittlichen Bedenken nicht zum Gegenstand eines ehrengerichtlichen Verfahrens gemacht werden dürfe. Eine zweite Resolution verlangt eine Aenderung des Militärstrafgesetzbuchs in dem Sinne, daß bei der Bestrafung für Zweikampf oder Herausforderung zum Zweikampf der Bestrafte aus dem Heere zu entlassen sei.

Darauf antwortet nun der Bundesrat, daß seiner Auffassung nach alles zum Besten bestellt sei; es werde zwar nach wie vor gemordet, aber ein wenig seltener als früher. Im übrigen wird der Reichstag mit folgenden Redensarten abgespeist:

Eine Beseitigung der Zweikämpfe kann nur durch Maßnahmen angekreht werden, die sich an die Angehörigen aller Stände wenden und geeignet sind, eine Wandlung der juristischen Anschauungen über die Wahrung der verletzten Ehre herrschenden Ansichten herbeizuführen. Die in Vorbereitung befindliche Revision des Militärstrafgesetzbuchs wird Gelegenheit zur Prüfung bieten, inwieweit durch die anderweitige strafrechtliche Behandlung der Verleibigungen den Zweikämpfen vorgebeugt werden kann.

Das ist nun, mit Respekt gesagt, blühender Unsinn. „Alle Stände“ sind überhaupt nicht von der Duellseuche befallen. Das arbeitende Volk hat so viel gesunden Verstand, daß es den Duellmord ebenso verdammt, wie jeden andern. Die Seuche besteht in Deutschland einzig und allein deshalb, weil im Offizierkorps der Duellzwang besteht, wogegen: der Zwang, denn wer sich weigert, zu knallen, wenn der „Ehrenrat“ es ihm empfiehlt, der ist geächtet. Die Bourgeoisie ähnt diese verbrecherische Sitte nach, wozu das Reserveoffizierwesen beiträgt. Wie in England die Duelle sofort aufhörten, seit sie im Heere unterdrückt wurden, so würden sie auch in Deutschland verschwinden. Das Gerede aber, daß das Strafgesetz geändert werden muß, daß Verleibigungen schwerer bestraft werden müssen, als bisher, ist gemeingefährlich, weil ganz Unbeteiligte schwer davon getroffen würden. Es würde auch nichts helfen, denn die meisten Duelle finden statt, infolge von Lappalien, bei denen der Strafrichter nur die Köpfe zuden kann.

Ueber die Hauptforderung der ersten Resolution geht der Bundesrat hinweg, indem er sie absichtlich mißversteht. Er erklärt, es gelte auch jetzt folgendes:

Religiöse Ueberzeugungen oder sittlich gerechtfertigte Bedenken gegen den Zweikampf sollen von den Ehrengerichteten und Vorgesetzten stets gewürdigt und sollen ebensowenig wie Streitigkeiten dienstlicher oder privatschäftlicher Natur zum Gegenstand eines ehrengerichtlichen Verfahrens gemacht werden. Derartige Verurtheile werden grundsätzlich zurückgewiesen.

Das ist einfach falsch, denn es ist erwiesen, daß Leuten, die erklärten, sie verwerfen das Duell aus religiösen und sittlichen Gründen, bedeutet wurde, sie könnten dann eben nicht Offiziere bleiben. Es handelt sich auch nicht um „sittlich gerechtfertigte Bedenken“, sondern einfach um die Tatsache, daß vernünftigen Menschen eben jedes Duell unsittlich und verbrecherisch erscheint. Zu der zweiten Resolution bemerkt der Bundesrat:

Die zweite Resolution fordert ein Ausnahmefesetz gegen die Angehörigen der bewaffneten Macht und eine nicht zu rechtfertigende Sonderbestrafung wegen eines Vergehens gegen die allgemeinen Strafgesetze, das auch von Angehörigen anderer Stände begangen wird. Die Dienstentlassung ist eine Ehrenstrafe, die außer dem Verlust der Dienststelle und der Uniform, auch den Verlust der Pensions- und Hinterbliebenenanprüche zur Folge hat. Eine solche Strafe gegen einen Offizier zu verhängen, der aus idealen Erwägungen sein Leben für den Schutz seiner angegriffenen Ehre einsetzt, wäre eine ganz ungerochtfertigte Härte, die sich mit den Grundgesetzen des bürgerlichen und des militärischen Strafrechts über die Verwirkung von Ehrenstrafen im Widerspruch befände.

Auch hier ein absichtliches Mißverstehen. Es soll eben das Duell mit einer entehrenden Strafe bedroht sein, es soll der Duellmörder empfindlich getroffen werden. Das war der Wille des Reichstags, den der Bundesrat absichtlich verkennt. Das Gerede von „idealen Gründen“ und „Einsetzen des Lebens für die Ehre“ ist einfach unsinnig. Wenn zwei Leutnants, die noch grün hinter den Ohren sind, sich wegen einer Dummheit schiefen, dann hat das mit „Idealen“ und mit „Ehre“ gar nichts zu tun. So ist es aber in den meisten Fällen. Das „Einsetzen des Lebens“ ist eine faule Redensart: auch der Raubmörder setzt sein Leben ein.

Der langen Rede kurzer Sinn ist also der, daß alles beim alten bleibt. Es ist ein neuer Akt grenzenloser Mißachtung des Reichstags durch die Regierung. Wie wird dieser sich nun verhalten? Das Zentrum hat große Worte gemacht, hat erklärt, den Duellzwang prinzipiell bekämpfen zu wollen, auf Grund seiner „christlich-katholischen Weltanschauung“. Es hätte allen Grund, die Regierung seine Macht fühlen zu lassen. Aber wir sind sicher, daß es auch jetzt wieder selbe kuscheln wird.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstag.

Parlamentsbrief.

Berlin, 15. Januar. Nachdem an den zwei ersten Tagen der Generaldebatte über die deutsche Sozialpolitik und viele andre innere Reichsangelegenheiten, für die das Reichsamt des Innern die zuständige Regierungsstelle ist, Redner aller Parteien zu Worte gekommen waren, sprach heute, am dritten Tage, Staatssekretär Delbrück, um Tempo und Art der deutschen Sozialpolitik gegen die scharfen und wirkungsvollen Angriffe der Genossen Fischer und Quard in

Schutz zu nehmen. Da ein Staatssekretär dabei nicht nur drauflos schwadronieren kann, wie etwa ein konservativer oder nationalliberaler Arbeiterfeind, sondern vielmehr versuchen muß, seinen Darlegungen den Anschein zu geben, als enthielten sie Argumente, so ist diese Beshühertolle eine verdammte laure Arbeit, für die Herr Delbrück unstrittig das nötige Geschick und die erforderliche Rednergabe zur Verfügung hat. Wenn trotzdem seine „Beweisführung“, daß die Anklagen der Sozialdemokraten unberechtigt seien, mager und wirkungslos war, so lag das nicht an Herrn Delbrück, sondern an den harten Tatsachen, gegen die auch seine Beredsamkeit und das riesige, von den Geheimräten zusammengetragene Material nicht aufzukommen vermögen. Das um so weniger, weil Herr Delbrück heute selbst das Geständnis machen mußte: „Die Sozialpolitik ist auf einem Ruhepunkt angelangt“. Da Stillstand Rückschritt bedeutet, besonders aber in der Sozialpolitik eines Landes, das eine so rapide industrielle Entwicklung aufzuweisen hat, wie Deutschland, bekräftigte das Geständnis die Anklagen der Sozialdemokratie. Und aus der heutigen Rede Delbrücks war deutlich zu entnehmen, daß die deutsche Sozialpolitik in nächster Zeit auf dem Ruhepunkt bleiben soll, wenigstens wird die Regierung ohne starken Zwang keinerlei Fortschritte einleiten. Die Regierung ist anderweitig stark beschäftigt, mit Rüstungsvorlagen, der Schaffung von Geldmitteln dazu; ferner mit der Erfüllung der immer drohender vorgetragenen Wünsche des Unternehmertums nach Anebelung der Arbeiterschaft. Welch böse Gesellen die Industriebarone und ihr Troß sind, davon weiß man in allen Reichstämmen allerlei Schmerzhaftes zu erzählen. Außerdem ist der ehemalige liberale Oberbürgermeister von Danzig recht gern bereit, dem Unternehmertum gefällig zu sein, nur liebt er nicht die brutale Offenheit des Ausbeutertums, sondern die stillere Methode des reaktionären Bürokratismus. Das bewies Herr Delbrück heute recht anschaulich, als er seine Stellung zum Koalitionsrecht und zu dem konservativen Antrage präziserte, der ein Verbot der Streikposten fordert. Die plumpe Brutalität, mit der gestern Graf Westarp ins Zeug ging, paßt dem glatten und geschmeidigen Delbrück nicht. Er weiß auch, daß der gesetzgeberische Versuch, ein solches Verbot herbeizuführen, zu recht scharfen Kämpfen innerhalb und außerhalb des Parlamentes führen würde. Darum erklärte er heute, ein Verbot der Streikposten sei ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der „Mißstände“, die bei Streiks entstehen. Herr Delbrück will durch eine systematische Aenderung des Strafgesetzbuchs, besonders der Bestimmungen über Nötigung, Drohung und Verleibigung, das von den Konservativen und Industriebaronen ersehnte Ziel erreichen. Eine solche, ausschließlich gegen die moderne Arbeiterbewegung gerichtete Verschärfung des Strafgesetzbuchs ist in Vorbereitung, verkündete heute der „Staatssekretär für Sozialpolitik“. Außerdem: Der § 153 der Gewerbeordnung ist gegen die Streikposten ausreichend, wenn die Richter ihn genügend scharf anwenden. Das haben, so betonte Herr Delbrück, die Vorgänge beim letzten Bergarbeiterstreik bewiesen, wo nicht weniger als 2000 Anklagen erhoben und etwa ebensovielen Verurteilungen erfolgt sind. Das Wüten der Justiz im Ruhrrevier wird somit als vorbildlich zur allgemeinen Nachahmung empfohlen. Der Wind wird in den Tempeln der Madame Justitia verstanden werden. Das ist die Methode der Bethmann-Hollweg'schen Regierung! Formell bleibt das Koalitionsrecht bestehen, in der Praxis aber werden die Unternehmer durch die ebenfalls von Herrn Delbrück im Dezember v. J. empfohlenen Privatverträge, ferner mit Unterstützung von Polizei, Staatsanwälten und Richtern schon danach trachten, daß die Ausübung möglichst unterbunden wird. Was nach dieser Aufmunterung der Justiz in Zukunft alles als Verleibigung und Bedrohung der Streikbrecher angesehen und dann mit harten Strafen belegt werden wird, ist nach den Erfahrungen im Ruhrrevier derweil nicht einmal zu ahnen. Durch den weißen Schrecken soll den deutschen Arbeitern die Möglichkeit verneht werden, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern!

Was Herr Delbrück zur Begründung dieser Methode sich leistete, stand auf dem Niveau der reichsverbändlerischen Agitationsheke. Die Sozialdemokratie und das Gebaren streifender Arbeiter, die angeblich weder die Gesetze noch die Freiheit anderer Personen achten, sollen ein schärferes Vorgehen verschuldet haben. Daß Herr Delbrück mit solchen Gemeinplätzen operierte, beweist, daß es ihm an Material fehlt, das von ihm empfohlene Vorgehen zu begründen. Er hat dem deutschen Ausbeutertum namens der Reichsregierung die Reverenz erwiesen — und darauf kam es ihm an. Und wenn die Herren Industriebarone auch ihre Diener in der Wilhelmstraße nicht laut loben werden, sind sie immerhin eingermahen mit ihnen zufrieden. Die Arbeiter müssen sich auf eine harte und opfervolle Kampfzeit einrichten!

Ueber die vom Genossen Fischer vorgestern enthaltene Abhängigkeit der Reichsregierung von Preußen, glitt Herr Delbrück mit einem nichtsagenden Satz hinweg. Er wagte aber nicht, das Abhängigkeitsverhältnis zu bekreiten.

Was der alte Kolporter v. Camp, der oberbairische Zentrums- und Innungsman Mann Jrl, der Antisemit Werner und andre Redner gleichen Kalibers heute lang und breit vorgetragen haben, sei mit Erwähnung ihrer Namen abgetan. Morgen wird Genosse Hoch Herrn Delbrück antworten.

Der Schweger Wahlschwindel.

Ein Herr Dr. Keller, Obmann der nationalliberalen Partei und Mitglied des Deutschen Wahlausschusses im Kreise Schweg, veröffentlicht in der Danziger Zeitung „im Namen vieler Mitglieder des Ausschusses“ eine Erklärung, worin er die Kenntnis des vom Vorwärts veröffentlichten und auch von uns wiedergegebenen vertraulichen Schreibens bestreitet. Dieses Schreiben, durch das die Fernhaltung der polnischen Wähler von der Wahlurne organisiert wurde, sei, sofern es überhaupt verfaßt wurde, ohne Wissen Dr. Kellers und seiner Freunde in Umlauf gesetzt worden, sie hätten auch niemals dazu ihre Zustimmung geben können. Hieran knüpft Herr Keller die Aufforderung, daß der Vorwärts den Beweis seiner Behauptung mit Namensnennung antreten soll. Wenn das nicht geschieht, müsse das Schriftstück für eine Fälschung angesehen werden, durch die der Vorwärts mißtrautet werde. Der Gewährsmann des Vorwärts bemerkt dazu mit Recht, daß es näher gelegen hätte, wenn Herr Dr. Keller seine Frage, anstatt sie an den Vorwärts zu richten, sich vom Deutschen Wahlausschuss in Schweg hätte beantworten lassen. Merkwürdig ist auch, daß der nationalliberale Wahlschwindel erst jetzt von dem Wahlausschuss abrukt, während es doch viel näher gelegen hätte, wenn dies schon geschehen wäre, als die im Januar d. J. im Interesse der deutschen Sache verübten haarsträubenden Wahlschwindel bekannt wurden. Was nun das vertrauliche Schreiben selbst betrifft, so sei dies bereits vor der Veröffentlichung durch den Vorwärts im polnischen Pieszen und dem in Danzig erscheinenden liberalen Westpreussischen Volksblatt abgedruckt worden. Das letztgenannte Blatt gab auch ein andres Zirkular des Deutschen Wahlausschusses bekannt, das folgenden Wortlaut hat:

Schweg, den 20. Dezember 1912.
Vieher deutscher Landmann!
Wir bitten bei dem Wahlschiff am Wahltag noch folgenden zu beachten:
Kein vorzogener polnischer Wähler darf wählen!
Jeder polnische Wähler, dessen Schreibweise (Vorname und Name) nicht auf das genaueste mit der Liste übereinstimmt, muß zurückgewiesen werden.
Jeder polnische Wähler, der nicht von mindestens zwei deutschen Mitgliedern des Wahlvorstandes gekannt wird, muß sich durch amtliche Papiere legitimieren.
Jeder in der Wählerliste fehlende deutsche Wähler ist legitimiert und darf wählen. Bei allen Beschlüssen und Entscheidungen des Wahlvorstandes ist stets für die deutsche Sache zu stimmen.
Nicht theoretische Gerechtigkeit, sondern der Sieg der deutschen Sache sei die Parole.

Ein andres derartiges Zirkular, das die Germania veröffentlicht hat, lautet:

Wie Sie wohl wissen, findet am 30. Dezember d. J. Reichstagswahl statt, da der Herr Landrat v. Dalem sein Mandat niedergelegt hat. Da uns Deutschen doch nun viel daran gelegen ist, daß unser deutscher Kandidat siegt, so muß ein jeder Deutsche seine Stimme abgeben. Da nun diesmal nach den alten Listen gewählt wird, können Sie an Ihrem jetzigen Wohnort nicht wählen: Sie können es aber so machen, wenn Sie hier Ihre Stimme abgeben wollen, daß Sie sich durch ein Abmeldeattest, welches Sie sich durch den dortigen Amtsvorsteher ausstellen lassen können, legitimieren. Das Abmeldeattest werde ich Ihnen dann hier ausstellen. Die Unkosten werden Ihnen voll ersetzt. Ich hoffe, daß Sie sich als deutscher Mann zeigen und sich unbedingt stellen werden. Der Gutsvorsteher.

Das Westpre. Volksbl. bleibt auch jetzt gegenüber der gegen den Vorwärts gerichteten Erklärung des Dr. Keller bei allen seinen Angaben und behauptet, daß noch andre vertrauliche Schriftstücke existieren. Im Schweger Kreisblatt ist ein Aufruf des Deutschen Wahlausschusses vom Schulrat Kiehn ergehen. Das Blatt fragt, warum dieser Herr nicht eine Aeußerung in der Angelegenheit für geboten erachtet? Diesem Wunsch, so bemerkt der Vorwärts, können wir und durchaus nachkommen. Da Herr Dr. Keller auf die Feststellung der Wahrheit so hohen Wert legt, wendet er sich vielleicht an diese ihm so sehr nahe Adresse!

Herr Sach-Jaworski, der polnische Kandidat, der von Rechts wegen am 12. Januar als Erwählter des Kreises Schweg hätte proklamiert werden müssen, hat übrigens leghin, nachdem diese Tatsache durch die Reichstagsverhandlung öffentlich festgestellt worden ist, an den Wahlkommissar die Mitteilung gerichtet, daß er die Wahl annehme und darum ersuche, die zuständige Stelle hiervon zu benachrichtigen. Man muß nun abwarten, welche Antwort der Wahlkommissar erteilen wird. Von sozialdemokratischer Seite ist in der Wahlprüfungskommission der Standpunkt vertreten worden, daß Herr v. Sach-Jaworski einfach als gewählter Abgeordneter einzuberufen sei. Die Mehrheit der Kommission war darüber geteilter Meinung, und so wurde über diese Frage eine einhellige Entscheidung nicht herbeigeführt. Zweifellos steht die Sache so: Herr v. Sach-Jaworski wurde am 12. Januar 1912 gewählt, die Auserwählung einer Stichwahl erfolgte zu Unrecht, genau so zu Unrecht ist dann aber auch die Nachwahl am 30. Dezember 1912 vorgenommen worden. Das Mandat steht unzweifelhaft dem Herrn v. Sach-Jaworski zu.

Die Errichtung eines Reichs-Einigungsamts beschäftigte die Petitionskommission des Reichstags am Mittwoch. Das Gewerbegericht der Danzigsabtei Bremen stellte den Antrag, als Reichs-Einigungsamt eine Behörde mit den Befugnissen eines ordentlichen Gerichts einzusetzen, das als ständige Vermittlungsstelle bei Streits und als höchste Tarifinstanz bei Tarifstreiks fungieren solle. Gegen diese Petition, die im wesentlichen dem von dem früheren Staatsminister von Verpeß vertretenen Standpunkt der neuzealandischen Gesetgebung entspricht, wenden sich die Arbeiterdeister des Gewerbegerichts Bremen. Sie weisen darauf hin, daß bei drohenden Konflikten der gute Wille bei den Beteiligten auch ohne ein Zwangs-Einigungsamt zum Ausgleich führen könne. Dieser aber sei in der Regel bei den Unternehmern nicht vorhanden. Eine Einigung durch gerichtlichen Zwang wäre die Folge derartiger gesetzgeberischer Maßregeln, die unter allen Umständen zu bekämpfen seien.

Von unsern Parteigenossen wurde beantragt, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Sie betonen, daß sie der Einrichtung von Einigungsämtern an sich sympathisch gegenüberstünden. Der Standpunkt, den die jetzige Regierung dem Koalitionsrecht gegenüber einnehme, ermuntere aber nicht dazu, dem Botum des Zentrums auf Berücksichtigung ohne Einschränkung beizutreten. Insbesondere sei darauf hinzuweisen, daß die gewerblichen Schiedsgerichte sich trotz ihrer Machtbefugnisse bis heute gegen den Widerstand der Unternehmer nicht durchsetzen konnten. Der Standpunkt des „Herrn im eigenen Hause“ ist solchen Einrichtungen eben nicht günstig. Zum mindesten müsse ausgesprochen werden, daß das Reichs-Einigungsamt wohl einen Verhandlungszwang, aber unter keinen Umständen einen Einigungszwang ausüben dürfe. — Nachdem der Antrag unser Genossen abgelehnt war, stimmten diese ebenfalls für die Ueberweisung zur Verklaffung, die dadurch einstimmig erfolgte.

Beiträge zur Kultur des preussischen Klassenstaates.

Die Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins bringt unter der Ueberschrift: Eine redende Anzeige folgende kurze Notiz: In der ersten Nummer des neuen Jahrgangs einer naturwissenschaftlichen Zeitschrift findet sich folgende Anzeige: Unentgeltliche Ueberlassung von Unterrichtsmaterial jeder Art erbittet herzlich eine einflussreiche, zweisprachige ländliche Volksschule in der Ostmark von zurzeit 105 Schülern. Freundliche Geber werden gebeten, die Gegenstände unter „Ostmark“ an die Typedition d. Bl. zu senden. —

Bemerkungen überflüssig! Uns scheint, so scharf das Inserat auch das Kulturreich im „Land der Schulen“ selbst kennzeichnet, ein Kommentar doch nicht ganz überflüssig. Wir begnügen uns aber statt langer Darlegungen mit der Uebergabe einer kurzen Feststellung, die sich in einem anderen Artikel derselben Korrespondenz findet. In einer Besprechung des preussischen Kulturbudgets für 1913/14 heißt es da: „Um die Ausdehnung der Zungenpflege auf das weibliche Geschlecht zu ermöglichen, ist der Fonds um eine (auf 2 1/2) Millionen Mark erhöht worden. Ihm gegenüber

nlumt sich der danebenstehende Posten „Förderung der Volkshilfsarbeiten“, der schon seit Jahren 100 000 Mark beträgt, recht dürftig aus. Man sollte doch nicht vergessen, daß gute Volkshilfsarbeiten zu den wirksamsten Mitteln einer dauernd erfolgreichen Jugendpflege gehören.“

Die Lehrervereins-Korrespondenz vergißt, daß sie mit wirklich guten Volkshilfsarbeiten nicht das erreichen läßt, worauf es bei der Klassenstaatlichen Jugendpflege allein ankommt: Die Verbesserung der Arbeiterjugend von den Anschauungen und Bestrebungen ihrer Klasse!

Polen-Interpellation im Reichstag. Die polnische Reichstagsfraktion hat beschlossen, eine Interpellation über die Enteignung des polnischen Grundbesitzes einzubringen. Als Redner sind die Abgg. Seyda und v. Morawski bestimmt.

Aus dem elsaß-lothringischen Landtage. In der Mittwochs-Sitzung der Zweiten Kammer des Landtags begründete Unterstaatssekretär Röhler nach einem Mißverständnis über die beiden letzten Etatsjahre den Etat für 1913. Bei dem Etat: Repräsentationskosten des Kaiserlichen Statthalters erklärte er im Namen der Regierung, daß die Regierung hier eine Abkürzung nicht für angäuglich halte. Auch solle der Dispositionsfonds des Kaiserlichen Statthalters, der im ordentlichen Etat auf 100 000 Mk. — gegen früher 120 000 Mk. — herabgesetzt wurde, in der jetzigen Verwaltungsform bestehen bleiben, weil er anerkanntermaßen gute Dienste geleistet habe. Der Abgeordnete Marx vom Zentrum erklärte, daß wegen der Repräsentationskosten für den Kaiserlichen Statthalter das Zentrum dabei beharre, daß diese mit 200 000 Mk. zu hoch seien und daß die Hälfte ausreichte sei. Abgeordneter Jung (Völklinger) schloß die Frage der Repräsentation wieder an und warf Freuden davor, daß es von krasser Selbstsucht getrieben, dem Lande eine unwürdige Behandlung zuteil werden lasse. Präsident Dr. Midlir rief ihn wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. Im weiteren Verlauf der Debatte nahm Jung seine Reue zurück. Genosse Juchas verlangte, daß die hohen Ueberhörschüsse aus den elsaß-lothringischen Eisenbahnen auch dem Lande mehr zugute kommen sollten. Bei dem Etat des Statthalters wünschte seine Partei gleichfalls eine Herabsetzung des Titels auf 100 000 Mk. Den Gesamtetat würden die Sozialdemokraten ablehnen.

Golde Harmonie. Die Leute um Fuhrmann und Friedberg erlassen in ihrem Organ, der Nationalliberalen Reichstagskorrespondenz, eine pomphafte Erklärung. Darin betonen sie im Hinblick auf die bevorstehende Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, sie würden „Angehörigen anderer politischer Parteien, nützlich sein, wenn sie sich von den Nationalliberalen trennen, irgendwelchen Einfluß auf ihre Entschlüsse nicht gewähren; sie werden in den bevorstehenden Verhandlungen ihre Bestrebungen lediglich in Gemeinschaft mit ihren übrigen Parteifreunden zu setzen wissen. Hierbei wird für sie ausschließlich das Interesse der nationalliberalen Partei, wie es in ihrem Programm und in ihren nationalen Traditionen festgelegt ist, maßgebend bleiben.“

Gut gefällt, Fove! Interessant wäre uns, zu erfahren, was denn die Herren Fuhrmann und Genossen eigentlich unter den „liberalen Traditionen“ ihrer Partei verstehen.

Deutscher Karneval. Im Hessenlande ist man bereits mitten im Karneval. Der freisinnige Abgeordnete Grünewald nämlich zu dem bekannten Karneval, den er mit dem sozusagen ebenfalls liberalen Abgeordneten Winkler hat, in der Presse mitteilen, er habe bisher von Winkler noch keine Dankschreiben erhalten, werde aber eine solche annehmen. Gleichzeitig teilt Grünewald mit, er habe gegen alle nationalliberalen Blätter, die die Winklersche Erklärung mit dem Vorwurf der Feindschaft brachten, Klagen erhoben.

Warum Herr Grünewald nicht auch gleich noch die Redakteure der nationalliberalen Blätter vor seine Schießpistole fordert, ist nicht recht einzusehen. Im übrigen aber ist die Affäre der beiden wackeren Volkskämpfer, von denen sich keiner vor der Schießpistole des andern fürcht, ein ganz amüsanter Beitrag zum Karnevalstreben, der zur Hebung der Stimmung sicher beitragen wird.

Kleine politische Nachrichten. Der schwedische Reichstag ist am 13. Januar zusammengetreten. — Die Einwanderungsbehörde der Vereinigten Staaten hat die Ausweisung des Expräsidenten Galters verfügt. — Die Budgetkommission des preussischen Reichstages bewilligte am Mittwoch den Nachtragetat, der 60,9 Millionen Mark für den Ausbau der Eisenbahnen und zur Erhöhung des Unterstützungsfonds für die Beamten und Staatsbediensteten enthält. — Nach den kaiserlichen Nachrichten ist dem preussischen Staatsminister ein Antrag auf Entlassung weiterer acht polnischer Ritterkrieger gegangen. — Der im österreichischen Reichsrat eingebrachte Gesetzesentwurf über eine Besteuerung der Zündhölzchen sieht einen Satz von zwei Hellern für je 80 Stück Zündhölzchen vor.

Frankreich.

Eine Probeabstimmung für die Präsidentschaftswahl. Paris, 13. Januar. Die Vollversammlung der Republikaner trat heute nachmittag im Palais du Luxembourg zusammen, um den Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik zu bestimmen. 748 Parlamentarier hatten Einladungen erhalten. Bei der Abstimmung stellten von 632 abgegebenen Stimmen 180 auf Poincaré, 174 auf den Ackerbauminister Pams, 107 auf den Senatpräsidenten Dubouche, 83 auf den Kammerpräsidenten Deschanel und 52 auf Ribot. Ferner erhielten Jean Dupuy 22, Delcassé 7, Nordaude 4 und Clemenceau, Pichon und Delarochette jeweils eine Stimme. Es wurde darauf zum zweiten Wahlgang geschritten.

Bei der zweiten Abstimmung erhielten Pams 283, Poincaré 372, Ribot 25, Deschanel 22, Dubouche 8, Dupuy 7 und Delcassé 5 Stimmen. Da kein Kandidat die absolute Mehrheit erlangt hatte, wird heute eine dritte Abstimmung stattfinden. Während der Abstimmung wurden unter den Parlamentariern anonyme Schmähchriften gegen Poincaré und Pams verbreitet, die allgemeine Entrüstung erregten.

Die Sozialisten waren zu dieser Versammlung eingeladen, hatten aber das Erscheinen abgelehnt.

Kandidatenerklärungen.

Paris, 13. Januar. Senatpräsident Dubouche erklärte, zu Gunsten des Ackerbauministers Pams auf die Kandidatur zur Präsidentschaft verzichten zu wollen. Kammerpräsident Deschanel hat bedingungslos verzichtet. Senator Ribot kandidiert nicht für den zweiten Wahlgang, behält sich jedoch die Freiheit seiner Entschlüsse vor. Ministerpräsident Poincaré erklärte in einem Interview, er werde auf alle Fälle für die Präsidentschaft kandidieren.

Großbritannien.

Die dritte Lesung der Home Rule Bill.

London, 13. Januar. Am Unterhaus begann heute vor dem letzten Vorschlag die dritte Lesung der Home Rule Bill. Als erster Redner trat Asquith auf und beantragte die Ablehnung der Bill, an der er Kritik übte. Er betonte, daß die Fassung der Liberalen in der Ulster betreffenden Frage nicht aufrechterhalten werden könne. Es würde etwas geschehen, das öffentliche Meinung in England aufwiegen und dem Volke Unruhe machen würde, worüber sich Ulster in Wirklichkeit beklagt. Der Tag der Erleuchtung müsse kommen, aber er müsse rechtzeitig kommen. Falls dies vergessen werden sollte, was Gott verhüten möge, so würden die wirklichen Mörder diejenige sein, die niemals den Mut hatten, dem Ulster-Problem gegenüberzutreten.

Premierminister Asquith erwiderte: Der springende Punkt der Situation ist der, daß wir, falls die Bill nicht angenommen wird, uns noch der Forderung der großen Mehrheit des irischen Volkes gegenübersehen würden. Die Unionisten in Irland sollten davon geschont werden, daß ihnen Unrecht geschieht oder daß sie Unrecht begehen müssen, aber die Verwirklichung der Forderung Ulsters wäre verhängnisvoll für ein demokratisches Regierungssystem. Asquith erinnerte dann Asquith daran, daß seine Voraussetzungen betreffend die Folgen der Gewährung der Selbstverwaltung an Irland sich als falsch erwiesen hätten, und fuhr fort: Wenn man ein großes Reich aufbaut, ist es immer notwendig, etwas zu wagen. Aber das Risiko, das wir uns genommen haben, ist durch die in der Folge gemachten Erfahrungen immer gerechtfertigt worden. Wir haben unsere Löhne darin gefunden, daß die Loyalität und die Anhänglichkeit der Glieder des Reichs stärker geworden ist. Wir hoffen und vertrauen, daß dies auch wieder geschehen wird. Die Home Rule Bill ist darauf berechnet, dem Streit zwischen zwei Völkern ein Ende zu machen und sie zu einer fruchtbareren und dauernderen Gemeinschaft zu verbinden.

China.

Die russische Presse.

Peking, 14. Januar. Im Auswärtigen Amt wurden heute zwei russische Noten überreicht. Die erste Note weist darauf hin, daß Russland mit dem Zahlungsausschub bei den chinesischen Verbindlichkeiten aus dem Boxeraufstand nicht einverstanden sei, und stellt die Frage, wie China eine sofortige Zahlung des russischen Anteils zu bewerkstelligen gedenke. Die zweite Note erklärt, daß der große Umlauf von Papiergeld im Gebiet von Kuidschia, dem kein Gegenwert in Silber gegenüberstehe, den russischen Kaufleuten große Verluste bereite wegen der Entwertung der Noten um ein Viertel des Nennwertes. Die Note fragt, wie China diesem Zustande abhelfen will. Das fragliche Papiergeld stammt noch aus der Zeit der Mandchurenregierung. Man glaubt, daß die russischen Vorstellungen den Zweck haben, China die Notwendigkeit eines sofortigen Abschusses der Sechsmarknotenleihe deutlich zu machen.

Petersburg, 14. Januar. Die offiziell bekanntgegebenen, hat der Kaiser den Beschluß des Ministerrats bestätigt, den russisch-chinesischen Handelsvertrag vom Jahre 1881 auf weitere zehn Jahre zu verlängern und die demselben beigefügten Bestimmungen, betreffend den zollfreien Handel auf russischem Gebiet innerhalb eines Rayons von 30 Werst längs der russisch-chinesischen Grenze, außer Kraft zu setzen.

Nord-Amerika.

Die mexikanische Revolution und die Union.

Washington, 13. Januar. Der amerikanische Kreuzer Dewey hat Befehl erhalten, von San Diego nach Acapulco (Mexiko) in See zu gehen, wo die Lage für verzweifelt gilt und die Fremden in Gefahr sein sollen.

Neuorleans, 13. Januar. Aus Mexiko wird gemeldet, daß die mexikanischen Rebellen durch Freunde in der Hauptstadt Präsident Mador um Frieden gebeten haben. Sie verlangen Amnestie, sowie verschiedene Veränderungen in den hohen Regierungsstellen zugunsten ihrer Parteilager.

Sächsische Angelegenheiten.

„Wenn's nur losginge!“

Der Reichsverbandsgeneral v. Liebert raffelt gar gern mit dem Säbel gegen die Friedensbuschelei der Reichsregierung. In einer Versammlung in Delitzsch erleichterte dieser Gemütsmenschen, wie unsere Leser wissen, sein kriegslusternes Herz durch den Ausruf: „Was spielen denn 100 000 Mann bei 87 Millionen Einwohnern für eine Rolle!“ In ähnlich kriegsheterischem Sinne sprach v. Liebert kürzlich in Colditz. Auch diesen Dienstag hat v. Liebert auf dem Reichstages des antisemitischen Vereins deutscher Studenten in Berlin eine kriegsheterische Rede gehalten. Generalfeldmarschall v. d. Goltz, der hier v. Liebert als Redner folgte, tat noch ein übriges, indem er seine Rede nach einem Hinweis auf die Kriegsbereitschaft Deutschlands in den Stoßsätzen zusammenfaßte: „Wenn's nur losginge!“

Wenn ein französischer General eine ähnliche Rede gehalten hätte wie hier der Generalfeldmarschall v. d. Goltz und wie sie der Reichsverbandsgeneral v. Liebert zur Erleichterung seiner überschäumenden Kriegsbegier so etwa alle acht Tage einmal vom Stapel läßt, dann möchten wir sehen, in welches Hallo die gesamte nationalliberale Presse des Deutschen Reiches ausbrechen würde über den trivialen Friedensstörer. Unsere Liebert und Genossen aber können ihre den Frieden gefährdenden Tiraden loslassen, ohne zur Ordnung gerufen zu werden. Es wäre sehr notwendig, daß der Kriegsminister diese Generale anwies, in ihren Äußerungen sich eine größere Reserve aufzuerlegen. Das ist doppelt notwendig in einer Zeit, in der es ohnedies an Zündstoff nicht mangelt.

Der General v. d. Goltz ist übrigens der Gründer und Vorsitzende des Jungdeutscherbundes, der schon die Jugend mit dem verrohenen Kriegsgelüste anzufallen sucht. Zu verwundern ist es bei dieser Erziehung zur Rohheit nicht, wenn dann allerlei Ungehörigkeiten mit dem Schießharnisch getrieben wird und sich am Ende auch solche Tragödien abspielen wie kürzlich in Plauen, wo ein Mitglied des Jungdeutscherbundes einen Angehörigen der Arbeiterjugendorganisation ermordet und beraubt hat, um in seiner Organisation begangene Unterschlagungen zu verdecken.

Um des Reichsverbandlers v. Liebert Mandat.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages befahte sich mit der Wahl des Reichsverbandlers Generalfeldmarschall a. D. v. Liebert im 14. Wahlkreis Borna-Pagan. Liebert siegte in der Stichwahl bekanntlich mit 13 081 Stimmen gegen 13 058 Stimmen, die auf den Genossen Nyffsel-Leipzig entfallen waren. Gegen diese Wahl sind zwei Proteste und drei Gegenproteste beim Reichstag eingegangen. Die Prüfung war äußerst zeitraubend; sie füllte eine Sitzung vollständig aus. Zunächst einmal wurde beschlossen, Beweis darüber zu erheben, ob eine Anzahl namentlich bezeichneter Wähler, die nach Ausweis der Wählerlisten gewählt haben, keine deutschen Reichsangehörigen sind. In mehr als 30 Fällen sind die Nachträge in den Wählerlisten beanstandet worden. Ueber jeden einzelnen Fall wurde beschloffen, Auskunft darüber einzuholen, wann die betreffenden Wähler in den betreffenden Orten zugezogen sind. In allen Fällen, in denen der Zugang nach dem 22. Dezember 1911 erfolgte, war die Eintragung unbeschäftigt. Die Stimmen dieser Wähler werden dem Gewählten abgezogen. Die Kommission beschloß einstimmig, die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl auszulegen und Beweiserhebungen vorzunehmen. Der Reichsverbandler hat noch eine Mehrheit von neun

Stimmen, die ihm durch die Beweiserhebungen bestimmt verloren gehen werden. Herr v. Liebert gewinnt noch eine Gegenstimme, steigt dann aber um so bestimmter.

Gegen die Tierquälerei auf den Schlachthöfen.

Die Leipziger Volkszeitung hatte in ihrer Nr. 200 vom 14. November 1912 berichtet, daß die Petitionskommission der Zweiten Kammer des Landtages nach Halle gereist sei, um sich im dortigen Schlachthausdarüber zu orientieren, ob das Schlachten eine Tierquälerei sei oder nicht. Die Frage wurde nach der Beobachtung dahin zusammengefaßt, daß dem Anschein nach die Schlachtart des Schächters eine Tierquälerei sei, daß diese Frage aber endgültig von der Wissenschaft zu entscheiden sei. Im allgemeinen sprach sich aber der Bericht gegen die Zulassung einer besonderen Schlachtart aus zirkulären Gründen und für die reichsgesetzliche Regelung der Schlacht- und damit auch der Schächtfrage aus. Dieser Bericht ist auch in die hiesige Presse übergegangen und dadurch zur Kenntnis des Verlags von Melchior Kasper Schmid in München gekommen, der darauf Veranlassung nahm, und ein kürzlich von ihm herausgegebenes Schriftchen mit dem Titelchen „Der Mensch und die Tierquälerei“ hat den Schlachthofdirektor Klein in Leipzig zum Verfasser und betitelt sich: „Aus öffentlichen und privaten Schlachthöfen in Deutschland“. Der Text wird durch eine Anzahl von Abbildungen erläutert. Das 150 Seiten starke Buch bietet so wichtiges Material zur Schlachtfrage im allgemeinen und zur Schächtfrage im besonderen, daß wir es für angebracht halten, etwas ausführlicher darauf einzugehen.

In der Einleitung gibt der Verfasser einen kurzen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Schlachtmethoden. Schon im grauen Vorzelt näherten sich die Menschen von dem Fleische zuerst wilder und dann gezähmter Tiere. Die gezähmten Tiere ließen sich nicht ohne Widerstand die Vernichtung des Lebens gefallen. Was lag beim Fehlen der Kenntnis des Gehirns und der durch Erschütterung oder Verletzung zu erreichenden Bewusstlosigkeit näher, als das Schlachten zu fesseln? Will der Tötung eines Tieres war der Begriff des Opfers eng verknüpft. Die Erfahrung lehrt nun, daß die Menschen die übernommenen Kulturlandhandlungen am zähesten beibehalten. So war es auch bei den morgenländischen Völkern. Die Uebernahme der Fesselung der Schlachttiere vor der Tötung in die religiösen Vorschriften, wie sie heute noch die Juden haben, wird dadurch erklärlich. Die ältesten Germanenvölker aber haben bereits an ihre Schlachttiere aus Zweckmäßigkeitsgründen ohne Fesselung nicht zuzuschlagen. In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts setzte die Tierquälereibewegung ein mit der Forderung, dem Tiere den einmal notwendigen Tod so schnell und schmerzlos wie möglich zu bereiten. Der Beantwortung der Frage, wie dies zu erreichen sei, dient die Kleinfische Schrift. Und dabei zeigt es sich, daß im Grunde nicht nur das Schlachten, sondern die ganze Schlachtereit heutzutage mit einer Menge von Tierquälereien verbunden ist.

Schon das zweite Kapitel des Buches, das über die Beförderung der Schlachttiere zu den Schlachtkästen handelt, ist eine ununterbrochene Schilderung von Grausamkeiten, auf das wir aber, um nicht allzulange zu werden, hier nicht weiter eingehen wollen. In dem nächsten Kapitel wird das Schlachtoverfahren und die dazu verwendeten Apparate geschildert. Bei den heutigen Schlachtkästen werden einmal solche unterschieden, wobei der Blutentziehung die Betäubung vorangeht, und dann solche, wobei das Tier bei Bewußtsein abgetöten wird. Von den ersten ist die älteste und außerhalb der Schlachthöfe bei allen Tiergattungen noch am meisten geübte der freie Strichschlag. Zu seiner Ausführung wird das Großvieh mit Strid oder Kette an einem im Boden eingelassenen Ringe mit dem Kopfe niedergebunden. Ein Gehilfe faßt dann den Kopf mit einer Hand unter dem Unterkiefer, mit der anderen am gegenüberliegenden Horze und hebt ihn so in eine wagrechte Lage, worauf der Schlag mit einem Hammer erfolgt. Dem Strichschlage, in seiner Wirkung gleichgestellten ist der Weichschlag, der meistens bei Küdern und Schafen mittels Reule ausgeführt wird. Die Unschmerzlichkeit bei dem freien Schlage und die dadurch herbeigeführten Mißstände haben zur Herstellung der verschiedensten Apparate geführt, die diesen Mängeln begegnen sollen. Auch hier würde es zu weit führen, wenn wir näher auf alle diese angeführten Apparate eingehen wollten. Wir wollen nur bemerken, daß viele von den aufgefundenen Apparaten als unzuverlässig wieder verschwunden und nur sogenannte Kugelschlagapparate in verschiedener Form übriggeblieben sind, die eine plötzliche Betäubung des Schlachtwiehes und deshalb schmerzlose Tötung herbeiführen. Doch auch bei diesen Apparaten ist Bedingung die sorgfältigste Zustandhaltung und geübte Bedienung, sonst kommen Fehlschläge vor, besonders bei schmerzigen Bullen, die auch mehr oder weniger mit Tierquälerei verbunden sind. In den Schlachtkästen, wo das Tier ohne vorherige Betäubung abgetöten wird, gehört das Schächten.

Bei der Begutachtung der verschiedenen Schlachtkästen kommt Klein zur unbedingten Verwerfung des freien Strichschlages. Bei dem Strichschlage gibt es sehr häufig Fehlschläge. „Ich habe“ schreibt der Verfasser, „in Schlachthöfen von guten Schlachtern in zahlreichen Fällen Fehlschläge, und zwar bei einem und demselben Tiere hier und da sechs bis acht gesehen... Ein Bullen sollte von einem körperlich dazu nicht entwickelten Gehilfen mittels Kropfheil betäubt werden. Das Tier erhielt von dem Gehilfen sieben Schläge, ohne daß es gefallen wäre. Dann kam auf das suchbare Gebrüll des Tieres der kräftigere Metzger herbei; aber auch der mußte unter äußerster Kraftanstrengung fünf weitere Schläge ausführen, bis das Tier endlich zusammenbrach. Der mir später zur Untersuchung vorgelegte Kopf sah graulich aus.“ Das ist nur eins von den vielen angeführten Beispielen, die da zeigen, welche Tierquälerei vielfach mit dem freien Strichschlage verbunden ist. Unter solchen Umständen wird einem allerdings die Beantwortung der Frage schwer, ob die unbetäubten oder die in dieser Weise (durch verfehlte Strichschläge) halb- oder dreiviertelbetäubten Tiere durch die Blutentziehung einer größeren Tierquälerei ausgesetzt sind. Und wenn eine Anzahl von Kollegen das Schächten aufgegeben hat, so ist die Erklärung dafür wohl in solchen Vorkommnissen zu suchen.“ Zu den Schlachtkästen, bei denen ohne vorherige Betäubung oder Erschütterung des Gehirns, also ohne vorherige Betäubung, die Blutentziehung stattfindet, gehört auch der freie Weichschlag. Wir wollen uns hier damit begnügen, daß Klein diese Schlachtkästen als eine Grausamkeit sondergleichen bezeichnet und deshalb ebenfalls glatt verwirft. Der Weichschlag ist auch vielfach durch Verordnungen verboten. Das am meisten geübte Verfahren, bei dem der Blutentziehung keine Betäubung vorangeht, ist das Schächten. In jeder Schlachtkästen, bei der der Blutentziehung nicht die Betäubung vorangeht, mit Schmerzempfindung für das Schlachttier, ganz abgesehen von Tierquälereien, verbunden ist, so verwirrt Klein — wie auch der allergrößte Teil der Schlachthofdirektoren — das Schächten.

Ein Parteiveteran ist in Mühltrösch in dem 71 Jahre alten Genossen Ernst Dasse gestorben. Der Verstorbenen war in der Partei seit deren Begründung eifriges und tätiges Mitglied. Mit Fülle fand er seinerzeit in verpöhlischem Verkehr. Seine damaligen Aufzeichnungen: Erinnerungen an Passau, sollen demnächst veröffentlicht werden. Unter dem Sozialistengesetz hatte Dasse manche Tragfahrungen zu bestehen; u. a. wurde er wegen Verbreitung sozialistischer Schriften gefesselt nach dem Amtsgericht transportiert. Einige Jahre war er auch in Amerika. Nach Deutschland zurückgekehrt, stellte er sich sofort wieder in die Reihen der Kämpfer. Er war der Vertreter der Genossen Mühltrösch bei jeder Aktion.

Dresden. Ein eigenartiges staatliches Bauwerk wird sich in nächster Zeit in der Neustadt erheben: das neue Hauptstaatsarchiv. Gleichzeitig wird eine Zentralheizungs-

Anlage für das Amtsgericht, die Bauhalle und das Hauptstaatsarchiv errichtet. Der Entwurf für das neue Hauptstaatsarchivgebäude ist auf Grund von Beschreibungen einzelner großer neuer Bibliotheks- und Archivgebäude in anderen deutschen Staaten und im Einvernehmen mit der Verwaltung unseres Hauptstaatsarchivs aufgestellt worden. Für die Aufbewahrung der Akten sind Räume für die der Akten und Urkunden eiserne Schränke vorgesehen. Einen ungefähren Begriff von dem Umfang des neuen Hauptstaatsarchivs erhält man, wenn man sich vor Augen hält, daß das Archiv in seinen gegenwärtigen Räumen im Albertinum 55 000 Aktenbände enthält, im neuen Magazin aber bis zum zehnten Stockwerk 88 000 Bände eingerichtet werden können. Im ganzen lassen sich in dem neuen Magazingebäude 111 000 Bände einrichten. Nach dem Umzug des Hauptstaatsarchivs in sein neues Heim wird das Albertinum der Zulpulversammlung vollständig zur Verfügung stehen. Diese Sammlung ist räumlich so beschränkt, daß nicht nur viele ihrer Schätze nicht voll zur Geltung kommen können, sondern daß auch eine ganze Reihe von Skulpturen magaziniert werden mußten.

Wahlen. In der zweiten Stadtverordnetenversammlung machte der Wahlprüfungsausschuß für die verschiedenen Klassen die Vorschläge für die einzelnen Mitglieder in „nur“ 4 oder 5 Ausschüsse vorgeschlagen. Für die wichtigen Ausschüsse sind auch einige neue Mitglieder vorgeschlagen worden, aber natürlich keine Sozialdemokraten. Diesen gegenüber wurde geltend gemacht, daß sie mit den Arbeiten des Kollegiums noch nicht vertraut seien. Natürlich hieß auch Herr G. Luther diese Ansicht gut. Als unsere Genossen eine Vertretung im Schulprüfungsausschuß verlangten, antwortete ihnen der Vorsitzende des Kollegiums, Stadtrat Quandt — der selbst in sechs Ausschüsse gewählt wurde —, daß ein Sozialdemokrat überhaupt nicht in den Ausschuß der evangelischen Schulgemeinde als Vertreter gehöre. Und schließlich drohte der gute Mann unseren Genossen noch mit dem Hinweis auf alle Kommissionen, wenn sie zu viel Ansprüche erheben. Man kann sich denken, daß unsere Genossen die Antwort nicht schuldig blieben. Bemerkenswert ist übrigens, daß man sogar die Vertreter des entschiedeneren Fortschritts vom Schulprüfungsausschuß ferngehalten hat — wegen ihres Abhängigkeitsverhältnisses zur Lehrerschaft. Der eine ist nämlich Buchhändler und der andere soll Syndikus der Lehrerschaft sein, was jedoch nicht zutrifft. Neuhäusliche Auseinandersetzungen wie bei der Besetzung des Schulprüfungsausschusses gab es auch bei Besetzung anderer Ausschüsse, so bei dem Theaterprüfungsausschuß. Natürlich beschloß die reaktionäre Mehrheit überall nach den Vorschlägen des Wahlprüfungsausschusses.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Carlsberg bei Völs wurde der Tagelöhner Dentschel mit seiner Familie, bestehend aus der Ehefrau und sechs Kindern, von den Nachbarn in bewußtlosem Zustande in seiner Wohnung aufgefunden. Zwei Kinder im Alter von zwei und vier Jahren waren bereits tot. Dagegen gelang es, die übrigen Personen ins Leben zurückzurufen. Die Untersuchung des Falles ist eingeleitet. Man vermutet Vergiftung. — Die 22 Jahre alte Tochter Olga des Gutbesizers Koch in Schullwitz bei Plön war die Braut des Sohnes Krone des Wirtschaftsdirektors Karisch in Schönfeld. Am 8. Januar machte die Braut in der elterlichen Wohnung ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Man fand vor einem Kessel, da ein Anlaß zu der unglückseligen Tat nicht vorlag. Als der Bräutigam das läche Ende seiner Braut erfuhr, beging auch er Selbstmord durch Erhängen. — Beim Zerbrechen eines Stüdes Eisen auf dem Ambosse sprang dem Schmiedemeister Pöpsch in Obercunnersdorf der losgeladene Teil in das rechte Auge, so daß der Augapfel sich spaltete. In einer Dresdner Klinik mußte das Auge herausgenommen werden. — In Salsbrühe bei Freiberg vermißt man einen fünfjährigen Knaben, der wahrscheinlich beim Spielen in der Dunkelheit in die Röhre gefahren und ertrunken ist. — In Chemnitz wurde ein bei der Firma Meinel beschäftigter Arbeiter auf dem Südbahnhof beim Abblenden von Brettern durch einen Windstoß vom Wagen geschleudert und von nachfolgenden Brettern erschlagen. — Auf dem Grundstücke der Firma Leonhardt Söhne in Croßen bei Jwitzau, wo Ausgrabungen ausgeführt werden, wurde der 21jährige Arbeiter Emil Müller durch nachströmendes Erdreich in einem vier Meter tiefen Schacht verschüttet. Er konnte nur als Leiche geborgen werden. — Unter dem Verdachte, ihre 15 Jahre alte Tochter verheiratet zu haben, wurde in Passendorf in die Frau Jakob verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis Frauen eingeliefert. — In Selsau ist B. in der Weidenwärdler Post bei Manieren von einem Wagen gefallen, wobei er überfahren und schwer verletzt wurde. Er fand Aufnahme im Stadtkrankenhaus zu Plauen. — In Schwarzenberg geriet ein mit Köchern beladener Wagen auf einer abschüssigen Straßenabzweigung ins Rutschen. Die Pferde konnten den Wagen nicht erhalten, so daß das Gefährt gegen ein Wohnhaus anprallte. Der Anprall war so heftig, daß die Leiche in der Wohnstube fuhr, auch die Pferde standen mit den Köchern in der Wohnstube. Der das Gefährt leitende Kutscher war ein großes Stild mit geschleift worden und hatte am Kopfe und der Brust schwere Verletzungen erlitten.

Aus den Nachbargebieten.

Klagen eines Staatsanwalts über „bessere“ Diebe. Vor dem Schöffengericht in Halle a. S. stand die Ehefrau des Oberbahnmeisters und Vorstehers der kgl. Telegraphenanstalt, Schröder, unter Anklage des Diebstahls. Der Staatsanwalt meinte, es komme leider Gottes sehr oft vor, daß Leute in hoher sozialer Stellung sich an fremdem Eigentum vergreifen. Erst kürzlich sei ein höherer Beamter wegen Diebstahls bestraft worden, jetzt stehe die Angeklagte unter der Beschuldigung und nächstens müsse wieder eine höhere Beamtin vor Gericht erscheinen.

Frau Schröder, die vier kostbare Brillantringe an den Fingern trug, hatte in einem Café einen Brillantring weggenommen. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß in derselben Sitzung ein Arbeiter, der 37 Mk. unterschlagen habe, zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden ist. Da dürften 10 Tage für die Angeklagte nicht zu viel sein. Das Gericht verurteilte sie zu fünf Tagen und will sie eventuell der Vergnügung empfehlen. Das Gericht hat die „bessere“ Diebin also milder eingeschätzt als der Staatsanwalt.

Ein Juhl aus dem Gefängnisleben.

Vor dem Schöffengericht zu Schleiz hatte sich ein Unbestechlicher aus der Umgebung mit seiner besseren Hälfte — der Name dieses menschenfreundlichen Paares wird in der bürgerlichen Presse verschwiegen — wegen Verletzung und gemeinlicher gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Die edlen Seelen hatten, als die beiden Dienstmädchen am Tage nach einem Tanzvergnügen nicht beim ersten Mahnruf aufstanden, deren Kammer mit einer Madehade aufgedrückt und die Mädchen dann mit Tothschlägen bedroht. Die Mädchen behaupteten in der Verhandlung, der rohe Gutbesitzer habe sie festgehalten und die noch rohere Gutbesitzerin habe sie mit der Peitsche geschlagen. Ein Verteidiger verfuhrte das edle Paar dadurch reinzuwaschen, daß er umfangreiche Beweisanträge stellte, um die beiden misshandelten Mädchen unglaubwürdig zu machen. Wie schwer der Fall lag, geht schon daraus hervor, daß das Gericht diese Beweisanträge ablehnte und die Angeklagten der Verletzung und der Körperverletzung schuldig erklärte. Sie kamen trotzdem mit je zehn Mark Geldstrafe weg. Eine sehr gelinde Strafe! Derartige Behandlung des Gefängnis trägt aber jedenfalls nicht dazu bei, dem Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande zu begegnen.

Wittorf. Der in der Greppiner Fabrik für Anilinverwertung beschäftigte Arbeiter Spott und Maguhn war in einer Fabrikanlage damit beschäftigt, den Fahrstuhl instand zu setzen. Während er noch auf dem Kopf des Fahrstuhls saß, gab er die Anweisung, ihn in Bewegung zu setzen. In dem gleichen Augenblick wurde er auch schon an die Decke gequert und konnte nur als unfürmige Masse herabgenommen werden. Er hinterläßt eine Witwe und sechs unmündige Kinder.

Meuselwitz. Auf dem Braunkohlenwerk Vereinigsdorf wurde das vollständige Skelett eines Mammut freigelegt. Es hat ungeheure Dimensionen. Ein Backenzahn wiegt 7 Pfund, ein Stoßzahn ist 3 Meter lang. Man hofft, das Skelett vollständig rekonstruieren zu können.

Aus S. Weimar. Wie die großherzogliche Regierung in einem Geleitwort zum Hauptvoranschlag der Staatseinnahmen und -ausgaben im Großherzogtum für die Finanzperiode 1914/15 anführt, hat sich die Steuerkraft des Landes durch die Hochkonjunktur der letzten zwei Jahre in ungeahnter Weise gehoben. So sei es möglich gewesen, die steuerlichen Einnahmen auf Grund der Veranlagungsergebnisse für das Jahr 1912 um mehr als 1 1/2 Millionen Mark höher als für die gegenwärtige Finanzperiode zu veranschlagen. In diesem Mehrertrag ist die Einkommensteuer mit 1 020 000 Mk. und die Ergänzungsteuer mit über 217 000 Mk. beteiligt. Aber auch die übrigen Einnahmeweige lassen, abgesehen von den Forsten, die hauptsächlich wegen des großen Anfalls von Strohbläsern im Jahre 1911 und der dadurch nötig werdenden Mühlenerträge einen geringfügigen Anstieg aufweisen, durchweg höhere Erträge erwarten.

Der Sohn des Handelskammerpräsidenten und Landtagsabgeordneten P. F. Kämpfer in Weida, der bei der Bank für Thüringen in Weimar als Lehrling tätig ist, hat sich erschossen. Der Grund der Tat ist unbekannt. — In Weimar wurde die sechsköpfige Familie des Tischlermeisters Seiler bewußtlos in die Betten aufgehoben und nach dem Krankenhaus gebracht. Dort wurde Gasvergiftung festgestellt. Die angelegten Wiederbelebungsversuche hatten bis jetzt nur bei der Frau Erfolg, während es fraglich ist, ob der Mann und die vier Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren dem Leben erhalten bleiben werden. Die Untersuchung der näheren Umstände ergab, daß das Gas von außen in das Schlafzimmer eingedrungen war.

Dof. Die 13jährige Fabrikweberstochter Luise Karndel wollte Montag gegen Mittag das bereits fertige Mittagessen für die sechsköpfige Familie (die Eltern gehen in die Fabrik) auf dem Spirituskocher erwärmen. Der Spiritus erlosch jedoch gleich wieder. Ein achtjähriges Mädchen schüttete nach, wobei es den Spiritus verschüttete. Gleichzeitig geriet jedoch der Kocher wieder in Brand und die Flamme teilte sich der Pfanne mit. Das 13jährige Mädchen sprang hinzu und wollte die Flammen mit einem Handtuch erlösen. Im selben Augenblick explodierte die Pfanne und der brennende Inhalt ergoß sich über das Gesicht und die Kleider des 13jährigen Mädchens. Es suchte die Flammen mit den Händen zu erlösen, und als ihm das nicht gelang, ließ das Kind in eine Nachbarnwohnung, wo man ihm die Kleider vom Leibe riß. Das Mädchen erlitt schwere Brandwunden.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Schwer bestraffter Dieb. Vor der dritten Strafkammer hatte sich der 35 Jahre alte Schlosser Dito Pugo Zimmermann wegen schweren Mißfallsdiebstahls zu verantworten. Er soll sich am 15. Juni in die Wohnung des Gastwirts Enderlein in Großschön haben einschleichen lassen und aus dem Schreibsekretär 550 Mk. gestohlen haben. J. leugnet die Tat ab. Es ist ihm aber nicht gelungen, seinen Aufenthalt nachzuweisen und zudem sprechen eine Anzahl Anzeichen dafür, daß nur er der Dieb gewesen sein kann.

Sinzu kommt, daß er bereits mehrmals wegen Diebstahls, auch mit Zuchthaus, vorbestraft ist. Als er vor einem Jahre aus dem Zuchthaus entlassen worden war, trat er in Großschön und später in Hoff in Arbeit. Er wollte dann ein Mädchen heiraten und will sich bereits 130 Mk. gepart haben. Die Anklage glaubt indes, daß J. sich die Mittel zum Kauf der Möbelnstandung durch den Diebstahl verschaffen wollte. Nach zweitägiger Verhandlung hat sich das Gericht von der Schuld des Angeklagten überzeugt und es verurteilte ihn zu einer 3 1/2 jährigen Zuchthausstrafe, 6 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

Haferebstahl. Um seinem hungernden Pferde, für das er nicht genügend Futter zu kaufen imstande war, Nahrung zu verschaffen, fuhr der Handelsmann Max Richard Fuchs in Podelwitz mit seinem Schwager, dem Arbeiter Hermann Kurt Bernhardt, am 20. August abends auf das Feld des Gutbesizers B. und lud dort Haferegarben im Werte von etwa 50 Mk. auf. Ein Schmiedemeister überraschte die Diebe, worauf diese die Haferegarben wieder abwarfen und davonfuhren. Wegen Vergehens gegen das Forst- und Feldstrafgesetz wurde F. zu 3 Monaten und B. zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

Jungenschuh. Es gibt Rechtsanwälte, die im Interesse ihrer Klienten vor Gericht mit den Zeugen in rücksichtsloser Weise verfahren. Zu dieser Kategorie gehörte am 7. September auch der Rechtsanwalt Schiller, der in der Berufungsinstanz den Handelsmann Baute verteidigte, der zuvor vom Schöffengericht wegen Verleumdung eines Schuhmanns verurteilt worden war. Der Schuhmann hatte am 6. Mai wiederholt den Handelsmann darauf aufmerksam gemacht, daß er nicht scharf rechts sah. Während der Auseinandersetzungen war der Schuhmann beleidigt worden. Vor dem Landgericht wurden neben dem Schuhmann auch einige Entlastungszeugen vernommen, unter ihnen hauptsächlich ein gewisser K. In seinem Plädoyer hatte Rechtsanwalt Schiller nun die sämtlichen Zeugen in ihrer Glaubwürdigkeit auf die gleiche Stufe gestellt. Hierdurch aber übte sich der Schuhmann verlegt, da der Zeuge K. ein notorischer Landstreicher und Bettler sei, der vielfach wegen Landstreichens, Bettelns und Töblichkeit sowie wegen Diebstahls und Hausfriedensbruchs bestraft sei und zu den Stamngästen eines obstruieren Anstalts am Tüschweg zähle. Der der Verleumdung angeklagte Rechtsanwalt Schiller setzte auseinander, wie nach seiner Ansicht Leute mit Volksschulbildung sich Erinnerungsbilder konstruieren, die sie für richtig halten und von denen keine Nacht der Erde sie abbringen könnte. In diesem Sinne habe er sämtliche Zeugen und auch den Schuhmann gleich bewertet. Der Schuhmann Broch bedauerte selbst, daß er keine Universitätsbildung genossen habe; aber daß er die für einen Schuhmann nötige Bildung besitze, das habe ihm seine vorgelegte Behörde attestiert. Der jener Verhandlung vorstehende Landgerichtsdirektor wollte ein Urteil darüber, ob das Plädoyer Schillers verlegend war, nicht abgeben, aber er erklärte, daß er selbst so nicht plädiert hätte. Er habe auch an eine Ordnungstrafe gedacht. Im Zuhörerraum hätten es einige Leute mit schicklichem Benehmen angenommen, wie ein Schuhmann auch einmal etwas gesagt bekam. Der anstehende Staatsanwalt erklärte, daß Rechtsanwalt Schiller weit darüber hinausgegangen sei, als was er zum Schutz seines Klienten sagen durfte. Das Schöffengericht verurteilte den bisher unbescholtenen Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe.

Die Allerliebste von Millionen Rauchern

Jasmatz Dubec

m. M. 2 1/2 m. G.

Packung mit dem Tabakblatt ges. gesch. Die Qualität ist ihr Kern.

Georg A. Jasmatz Act-Ges. Dresden Größte deutsche Cigarettenfabrik

Während unseres Saison-Räumungs-Verkaufes Lebensmittel zu billigen Preisen ::



- Blumenkohl grosse weisse Köpfe Kopf 12
- Tafelbirnen Pfund 20
- Tafeläpfel Pfund 25

Edel-Obst-Marmeladen!

- Aprikosen Pfd. 68 Erdbeer Pfd. 68 Himbeer . Pfd. 68
 - Johannisb. Pfd. 65 Apfel . Pfd. 48 Pflaumen Pfd. 48
 - Stachelb. Pfd. 55 Kirsch Pfd. 65 Gemischte Pfd. 28
- vorrätig in 3-Pfund-Eimern und in 1-Pfund-Gläsern.

Spezialität: Russischer Salat 1/2 Pfund 48

Extra-Angebot!

- Lebende Spiegelkarpfen Pfund 85
- Mettwurst Ia nach Braunsch. Art Pfund 95
- Knackwurst bek. Qualität . . . Pfund 85
- Leipziger Allerlei . . . 1/2 Dose 48
- Erbsen halbe gelbe Pfund 15
- Mischobst Pfund 35
- Gem. Zucker 5 Pfund 100
- Alkoholfreier Punsch 1/2 Flasche 45

Büchlinge Kiste 20 Stück 48 Kiste 50 Stück 1.10

- Holsteiner Zervelat- u. Salamiwurst Pfund 1.45
- Cassler Rippespeer Pfund 1.10
- Braunschweiger Delikatess-Brühwürstchen . . . Pfund 15

Feinste Inländer Matjes-Heringe Stück 18 2 Stück 25

Neue Malta-Kartoffeln 3 Pfund 25

- Universal-Kräuter-Bitter 1/2 Flasche 1.45
- Kunst-Rum 1/2 Flincho 1.10
- Feiner Arrak-Verschnitt 1/2 Flasche 1.80

Gratis-Kost-Proben

Spezial-Bouillon-Würfel

ca. 3000 Schleifen und Jabots zum Anschauen jetzt Stück 35 25 15

Maria-Antoinette-Kragens zum Anschauen jetzt Stück 1.65 1.25 95

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. Januar.

Geschichtskalender. 16. Januar 1500: Der englische Dichter Edmund Spenser in London gestorben (* 1552). 1794: Der englische Geschichtsschreiber Edward Gibbon in London gestorben (* 1737). 1811: Der Wienerhändler Johann Tietzson zu Pankowitz in Schlesien geboren (* 1808). 1844: Paul Singer in Berlin geboren (* 1911). 1900: Der Maler Heinrich v. Müllner in Stuttgart gestorben (* 1810). 1901: Der Maler Arnold Böcklin in Basel bei Florenz gestorben (* 1827).

Sonnenaufgang: 8,6, Sonnenuntergang 4,14. Monduntergang: 1,14 vorm., Mondaufgang: 10,40 vorm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 17. Januar. Stille, wolke, leichter Temperaturanstieg, zeitweise Schneefälle.

Aus dem Stadtparlament.

Das gute patriotische Herz für die Veteranen wurde in der gestrigen Sitzung in ausdrücklicher Weise zur Schau gestellt. Die bürgerlichen Herren hätten nicht einmal Gelegenheit dazu gehabt, wenn es nach dem Willen des Rates und der Finanzausschussmehrheit gegangen wäre, denn die Vorlage sollte in geheimer Sitzung verhandelt werden. Nicht weniger als eine halbe Million städtischer Gelder sollen zu einer Veteranenpende verwendet werden, weil — Wilhelm II. in diesem Jahre 25 Jahre an der Regierung ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Genosse Lehmann, die Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Bürgermeister Roth und Bizevorsitzer Tobias erklärten nun, nachdem Lehmann den hauptsächlichsten Inhalt der Vorlage bekanntgegeben habe, habe die geheime Verhandlung keinen Zweck mehr. Die Einsicht, daß die Vorlage öffentlich ganz gut verhandelt werden könnte, hielt aber nicht lange an; denn als sie nun daran war, zeigten die bürgerlichen Herren eine ärgerliche Gereiztheit über die von sozialdemokratischer Seite geübte Kritik. Vor allem war interessant, daß sie zugeben mußten, daß es sich um die Ehrengeldspende handelt. Auf die vom Genossen Seger angeführten Tatsachen, daß die Veteranenunterstützung Reichssache sei und daß bei einem 1 1/2-Milliarden-Militäretat soviel Mittel vorhanden sein müßten, daß die Veteranen davon unterstützt werden könnten, wußten die bürgerlichen Herren nichts anderes zu erwidern, als daß die Gemeinden einspringen müßten, weil das Reich seine Pflicht nicht erfüllt. Genosse Kolender hob besonders hervor, daß das Reich allerdings eingreifen müsse, wenn die Gemeinden ihm seine Aufgabe nicht abnehmen. Weiterhin verbierte schon die Art, wie die Veteranen unterstützt würden, eine Zustimmung zur Vorlage. Sehr oft spielte die Gesinnungsfrage eine Rolle dabei. Herr Tobias war aufrichtig genug, zu sagen, daß es sich um eine Jubiläumsgabe handle. Also, die Veteranen sind Jubiläumsgeldbesitzer! Bürgermeister Roth läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um seine rückständige, sozialistfeindliche Gesinnung zu zeigen. Auch gestern holte er sich mit seinen Ausführungen eine Zurückweisung, die er gut hätte voraussehen können. Er geriet außer mit unsern Parteigenossen auch noch mit den bürgerlichen Vertretern Klemm und Entke in Auseinandersetzung. Klemm verlangte, daß man die bedürftigen Veteranen ins Johannishospital aufnehmen möchte. Das gehe aus statutarischen und andern Gründen nicht, erwiderte Herr Roth. Die Ausführungen muß ich sehr bedauern, erklärte Herr Entke. Wenn wir sie dort aufnehmen, antwortete nun wieder Herr Roth, dann ziehen wir alles mögliche nach Leipzig. Wie er die Veteranen damit herabsetzte, schien Herrn Roth nicht zu dämmern. Auch auf die Schilderung von der trostlosen Lage der Veteranen, wie sie Genosse Frenzel zum besten gab, wußten die Herren nichts zu erwidern. Gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter wurde der Wilhelmsspende zugestimmt. Nun können die Veteranen die Almosen in Empfang nehmen.

Eine Debatte gab es auch bei der Vorlage über die städtische Bücherei. Genosse Seger verlangte, daß man die Reformen auch ganz durchführe, wenn man sich einmal auf die Wertpunkte stütze. Er beantragte die Einsetzung eines literarischen Beirats, der über die Bücheranschaffung in Gemeinschaft mit den Bibliothekaren entscheide. Dieser Antrag wurde vom Ratsvertreter wie vom Stadtv. Dr. Zund mit allgemeinem Nebensatz bekämpft. Die bürgerlichen Fraktionen stimmten den Antrag nieder. Warum? wissen sie selbst nicht. Offenbar nur, weil er von sozialdemokratischer Seite gestellt war.

Der „erstklassige“ Vertreter Dr. Struve machte sich zum Mundstück der Beschwerden über die Theaterverhältnisse. Er betonte aber, daß er die Theaterfrage, „wie sie in der Luft liege“, nicht behandeln wolle. Genosse Lange benutzte die Andeutung, um auszusprechen, daß die Defizits nur aufgebauft würden, um Stimmung zu machen. Trotz des Theaterbesuchs hätten sich die Klassenverhältnisse gebessert, weil der Freibilletttschwindel beseitigt sei. Als Stadtv. Bollerhoff noch die Beschäftigung einzelner Künstler in die Debatte ziehen wollte, winkte der Vorsitz sehr vernehmlich ab, womit die Theaterdebatte geschlossen ward.

Aus der Registrande sind die beiden Eingaben erwähnenswert, die sich auf die Sonntagsruhe und auf die Wohnungssamtvorlage beziehen. Auf die letztere werden wir eingehen, sobald sie im Wortlaut vorliegt.

Der öffentlichen folgte dann noch eine geheime Sitzung.

Die Jugendgerichte.

Wie in vielen andern Dingen, so ist Amerika auch auf dem Gebiete der Jugendpflege vorbildlich vorgegangen. Die europäischen Kulturländer hinken darin dem „wildem Westen“ noch beträchtlich hinteran. Namentlich hat auch der Ruf: Deutschland in der Welt voran! auf diesem Gebiete keine Geltung. Jetzt erst liegt dem deutschen Reichstage ein Gesetzentwurf vor, der das Strafverfahren gegen Kinder zum erstenmal gesetzlich regeln will. Die bisherigen deutschen Jugendgerichte sind durch ministerielle Verordnungen geschaffen worden. Das erste deutsche Jugendgericht wurde in Frankfurt a. M. errichtet. Außer einer Reihe großer preussischer Städte folgten auch andre Bundesstaaten diesem Beispiel. In Sachsen wurden die Jugendgerichte durch ministerielle Verordnung vom Jahre

1908 für das ganze Königreich errichtet. Ueber Einrichtung, Zweck und Bedeutung der Jugendgerichte hielt am Montag der Leipziger Jugendrichter, Herr Amtsgerichtsrat Gerke, in der Alten Handelsbörse einen interessanten Vortrag. Unter andern meinte er, die Reform des Verfahrens gegen Kinder werde auch durch das sehr beratene Gesetz nur einen vorläufigen Abschluß finden. Die 10jährige Erfahrung habe gezeigt, daß mit unserm geltenden Strafgesetze die Kriminalität der Kinder nicht vermindert werden könne. Es sei aber falsch, anzunehmen, die Verwahrlosung und Verwahrung der Jugend sei dem Strafgesetze geschuldet. Diese Erscheinung sei vielmehr darauf zurückzuführen, daß sich die Verhältnisse geändert hätten. (Nun, die sozialen Verhältnisse haben sich geändert.) Deutschland hat sich zum Industriestaat entwickelt, die großen Städte sind gewachsen, aus dieser Entwicklung erkläre sich das Wachstum der Kriminalität der Kinder. Schon vor 50 Jahren sei, zuerst von der Kirche, Jugendpflege eingerichtet worden. Jetzt hätten auch schon die deutschen Turner damit begonnen. In neuerer Zeit werde die Jugendpflege betrieben durch Pfadfinder, Wandervogel, durch den Bund Jung-Deutschland usw. Zu erwähnen sei auch die großartig angelegte Jugendpflege der Sozialdemokratie, die sich in ihrem Bildungswesen eine Zentrale für die Jugendpflege geschaffen hat. Der Redner ist offenbar bestrebt, unparteiisch über die verschiedenartigen Jugendbewegungen zu urteilen, aber ein richtiges Urteil über die deutschen Turner usw. hat er nicht.

Der Redner fuhr fort, bei allen Gebildeten bestehe die Einsicht, daß eine Reform auf dem Gebiete der Jugendstrafrechtspflege dringend notwendig sei, aber recht bunt seien die Meinungen darüber, wie den Jugendlichen geholfen werden könne. Unter den Jugendlichen würden drei Altersstufen unterschieden, die Strafmündigen unter 12 Jahren, die für Gesetzesverletzungen nicht bestraft werden können, die relativ Strafmündigen im Alter von 12 bis 18 Jahren, die nur dann bestraft werden, wenn sie die erforderliche Strafbareitsfähigkeit hatten, die aber nicht mit entehrenden Strafen, mit Zuchthaus oder Tod bestraft werden können. Als dritte Stufe kommen die Jugendlichen über 18 Jahren in Betracht, die wie Erwachsene behandelt werden. Immer wieder sei gefordert worden, das strafmündige Alter auf 14 Jahre heraufzusetzen. Durch diese Herabsetzung werde ein großer Teil jugendlicher der Strafe entzogen, seien doch von 50 000 jugendlichen Verurteilten im Jahre 1904 nicht weniger als 11 000 12—14 Jahre alt gewesen. Nach den Erfahrungen am Leipziger Jugendgericht sei der Prozentsatz noch höher zu bemessen. Auch das Alter von 14 Jahren könne nicht als unbedingt richtig bezeichnet werden, Ärzte und Psychologen verlangen das Strafmündigkeitsalter noch höher zu setzen, weil in diese Jahre die beginnende Geschlechtsreife fällt. Aus praktischen Gründen würde man wohl an den 14 Jahren festhalten müssen, weil die Jugend zu dieser Zeit aus der Schule entlassen werde und damit eine gewisse Selbständigkeit erlange. Viele Aufseiner habe die Vorschrift erfahren, nach der das Kind die Strafbareitsfähigkeit haben müsse. Das Bedenkliche an dieser Vorschrift sei, daß durch sie einseitig die intellektuelle Entwicklung bewertet werde, wodurch die Frage, ob er auch moralisch genügend reif sei, zu wenig Berücksichtigung finde. 1904 sei durch diese Vorschrift übrigens nur in vier Prozent der Fälle den Jugendlichen Schutz geworden, ein Beweis, daß diese Bestimmung überhaupt keinen ausreichenden Schutz biete. Große Schwierigkeiten bereite immer die Feststellung der Strafbareitsfähigkeit bei Schwachsinnigen. Als die allerwichtigste Neuerung, die angestrebt wird, bezeichnete der Redner das Bestreben, daß im Strafverfahren neben Strafen, auch auf Erziehungsmassregeln erkannt werden dürfe. Auch diese Anregung sei ausgegangen von Amerika. Es sei unbestreitbar festgestellt, daß ein Zusammenhang zwischen Verwahrlosung, schlechter Erziehung und Verbrechen bestehe. Umser geltendes Strafrecht erkenne keine Erziehungsmassregeln. Wegen geringer, auf Verstoß gegen Gebote, müsse oft auf schwere, oft auf Freiheitsstrafen erkannt werden. Wörtlich sagte der Redner: „Der Richter muß so entscheiden, auch wenn er einsieht, daß in dem Falle Erziehungsmassregeln besser sind als Strafe.“ Dieses System habe unbedingt etwas Hartes, sei Grausames an sich. Die Forderung, daß das reine Vergeltungsprinzip in den Verfahren gegen Kinder falle und an seiner Stelle Erziehungsmassregeln Platz greifen, sei berechtigt.

Bei den Reformbestrebungen seien drei Richtungen vertreten. Die eine Richtung wolle Erziehung, anstatt Strafe, die zweite wolle Erziehung und Strafe und die dritte Erziehung in der Strafe. Die erste Richtung sei unter den Reformern am weitesten verbreitet. Sie verlangt, die Bestrafung soll ausbleiben, wo Erziehung noch Erfolg verspricht. Wo aber gestraft wird, soll der Strafvollzug eine erzieherische Maßnahme sein. Nach dieser Theorie würden Kinder, die aus Mitleid oder aus Tätigkeitsdrang Polizeivorfällen übertraten, nur vom Richter vermahnt werden, ohne daß erst ein Verfahren eingeleitet wird. Kinder, die unter ihrer schlechten Erziehung und Umgebung litten, müßten aus dieser Umgebung entfernt werden. Auch bei den Kindern mit vererbterischer Anlage, die keinen sittlichen Halt haben und nur bestrebt sind, daß sie bei ihren Taten nicht erwischt werden, sei Strafe ergebnislos, auch hier könnten nur erzieherische Massregeln helfen. Ebenso sei es bei Kindern, die sich nicht lenken lassen, oder die straffällig werden, weil sie von ihren Eltern oder andern mißbraucht werden. Der Erfolg dieser erzieherischen Massregeln werde von der zweiten Richtung bestritten, deren Wortführer behaupten, die Vermengung von Strafe und Erziehung würde eine Prämie ausgesetzt. Die zweite Richtung fordere die Reform des Strafvollzugs, damit der Jugendliche keine Tat sühnen könne, ohne seine Gesundheit zu gefährden. Die dritte Richtung halte es für bedenklich, bei jugendlichen Rechtsbrechern deshalb auf Strafe zu verzichten, weil Erziehung besser sei.

Nach dieser Richtung könnten Jugendliche wegen geringfügiger Vergehen freigesprochen werden, weil der Staat kein Interesse an ihrer Bestrafung habe, nicht aber mit der Begründung, daß an Stelle der Strafe Erziehung einzutreten habe, denn sonst würden ja die Erziehungsanstalten zu Strafanstalten, und auf die schlechte Erziehung würde eine Prämie ausgesetzt. Von diesen drei Richtungen habe der Vortragsredner des deutschen Strafgesetzbuchs einen Mittelweg beschritten. Als Regel sei die Strafe vorgesehen, die Erziehung gelte nur nebenbei. Was ist nun geleistet worden?

Amerika habe seit etwa zehn Jahren in fast allen Staaten besondere Jugendgerichtshöfe. Dort ist gleich gesetzlich festgelegt, daß sie nicht der rächenden Rache, sondern der bessernden Fürsorge dienen. Die Berichte der amerikanischen Jugendgerichte seien denn zum Teil auch so überschüssig, daß man zunächst glaube, sie seien übertrieben. Auf die europäischen Staaten habe der Erfolg Amerikas großen Einfluß ausgeübt. Außer in Deutschland habe Amerika Nachahmer gefunden in Dänemark, in der Schweiz und in Norwegen. Besondere Beachtung verdienen der in Dänemark eingerichtete Vormundschaftsrat, ein Kollegium von Jugendrichtern und Polen, das über gestellte Strafanträge entscheidet. In Deutschland sind die Jugendgerichte nur ein Provisorium, errichtet auf ministeriellen Erlaß. Die angestrebten Reformen könnten durch die Jugendgerichte nicht verwirklicht werden, denn das geltende Recht stehe dem entgegen. Das wichtigste sei, daß der Jugendrichter zugleich Vormund sei und als solcher erzieherische Massregeln anordnen könne. Der Redner behandelte dann das Verfahren gegen die angeklagten Kinder. Schon bei Eröffnung des Verfahrens werde geprüft, ob sich etwa erzieherische Massregeln anordnen ließen. Die notwendigen Anstöße über die Kinder erzielten Schule, Polizei, Waisenhäuser usw. Ueber die Familienverhältnisse berichtet die Zentrale für Jugendfürsorge. Die Geschäftsräume des Jugendgerichts sind völlig getrennt von denen der ordentlichen Gerichte. Die Verhandlungen werden von allem entleert, was auf den Jugendlichen den Eindruck erwecken könnte, als sei er der Mittelpunkt einer großen Aktion. Alles werde diskret behandelt, es werde auch kein Terminzettel ausgehängt, um nicht Leute anzulocken, die nur zur

Befriedigung ihrer Neugierde nach dem Gericht kommen. Der Verhandlungssaal gleicht mehr einer Stube, es fehlt die Aufgebäng und die Schranke des Zuhörerraums, der übrigens sehr klein ist. Zwanglos sitzen an einzelnen Tischen Verteidiger, Sachverständige, Helfer der Jugendfürsorge und Vertreter der Presse. In Leipzig läßt sich nur ein Mann (Leipziger Volkszeitung) vertreten. Ich möchte an dieser Stelle gern der lokalen Presse das Zeugnis ausstellen, daß sie sachlich berichtet und meines Wissens noch nichts gebracht hat, was sich gegen die Bestrebungen des Jugendgerichts richtete. Ich bin dafür dankbar und sehe darin einen Beweis, daß die Jugendgerichte populär werden. Mit einer Betrachtung über den Gesetzentwurf, der jetzt dem Reichstag vorliegt, schloß der Referent seinen reichhaltigen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Die Verlockungen zu „Johndem Nebenverdienst“ sind bekanntlich sehr vorsichtig aufzunehmen. So hat der Inhaber des „Saxonia“-Verlags einer ganzen Reihe Personen durch ein Inserat 1.500 Mk. abgenommen, ohne ihnen etwas anderes dafür zu bieten, als ihnen anzugeben, wie sie sich durch Sammeln von Adressen Nebenverdienst verschaffen könnten. Der Angeklagte, Wilhelm Spenshahn, ist schon einmal wegen dergleichen Betrügereien vorbestraft. Er erhielt jetzt wieder vom Landgericht vier Monate Gefängnis.

Gegen die Schundliteratur. Der Volksbildungsverein in der pschälischen Fabrikstadt Pirna veranlaßte kürzlich eine Ausstellung gegen die Schundliteratur. Besondere Beachtung verdient eine hierbei durchgeführte positive Maßnahme in der Bekämpfung des Schundes. Es wurden nämlich von Leuten 17 000 Schundhefte im Werte von 2000 Mk. dem Verein abgeliefert und dafür um 2000 Mk. gute Bücher eingetauscht. Das recht teure Papier, auf dem die Schauerzählchen standen, wurde der Pirnaer Casanals als Feuerungsmaterial überreicht.

Polizeinachrichten.

Vermißt wird das Dienstmädchen Anna Reichstein, geboren am 17. November 1889 in Fleßen, das sich vorübergehend in L.-Sohlis, Beaumontstraße 46, bei Verwandten aufgehalten hat und seit dem 19. Januar 1913 verschwunden ist. Die Reichstein ist mittelgroß und kräftig, hat dunkelblondes Haar und gesundfarbiges Gesicht. Sie war bekleidet mit grüner Bluse, blauegestreiftem Rock, schwarzem Jackett, schwarzer Schürze, rosem Unterrock, welchem Hemd und trug schwarze Krimmerboa mit weißem Fell und rosem Schal.

20 Mark Belohnung setzt der Goldschmied Max Pannier, Painstraße 12, auf die Wiedererlangung des seinem Lehrlingen am 7. Januar abhanden gekommenen goldenen Gebisses aus.

20 Mark Belohnung setzt der Eigentümer auf die Wiedererlangung eines ihm aus dem Hofraum gestohlenen Fasses mit Leinwand aus. Das Fass war aus dunkelbraunem Holz, war gezeichnet T. & C. 16 und hatte rot angestrichene Böden.

700 Mk. Belohnung. Die auf die Ergreifung des beim Postamt in Bergen angestellten gewesenen Postkassiers Christian Gruel, der nach Unterschlagung von 16 000 Mk. flüchtig geworden ist, und die auf die Wiedererlangung des Geldes ausgesetzte Belohnung ist mittlerweile auf 700 Mk. erhöht worden. Gruel ist, wie nochmals angegeben werden soll, 40 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, von kräftiger Figur und hat blondes Haar und eben solchen Schnurrbart, den er sich vielleicht inzwischen hat abnehmen lassen. Als besondere Kennzeichen sind neuerdings angegeben: Einige rote Flecke (Narben) über der Nasenwurzel und dem linken Augenlid, Rängsbänder an der Innenseite des rechten Zeige- und Mittelfingers, die vielleicht verbunden sind und infolge Plattfußbildung wegenger, nach vorn neigender Gang. Gruel trägt ein Bruchband und spricht plattdeutschen Dialekt. Er soll stark trinken. Seine Photographie kann bei der Kriminalabteilung des Polizeiamtes besesehen werden.

Einbruchdiebstahl. Gestern nachmittag ist aus einer verschloßenen Wohnung in der Windmühlentstraße, während der Bewohner abwesend waren, ein Geldbetrag, bestehend aus lauter neugeprägten Münzen, sowie eine silberne Herren-Hemmontuhr mit Goldrand, Nr. 103138 und eine silberne Herren-Zylinderuhr, Nr. 20342, gestohlen worden. Die Diebe haben die Korridorflür mit einer Baulkammer aufgebrochen.

Selbstmordversuch. In der Eisenstraße schoß sich am Mittwoch ein 19 Jahre alter Wädergeselle mit einer Pistole in den Mund. Der Lebensüberdrüssige wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht.

Zinntrugdiebstahl. Schon wieder sind aus einem Gastlokal der inneren Stadt zwei altertümliche Zinntrüge mit der Jahreszahl 1794 und einem Kranz auf den Deckeln gestohlen worden. Nach der Art, wie der Dieb bei seinem Unternehmern vorgeht, ist anzunehmen, daß man es hier mit einem gewerbsmäßigen Zinntrugmarder zu tun hat, vor dem die Inhaber öffentlicher Lokale, die die Wände ihrer Gasträume mit alten Zinn- oder anderen Metallgegenständen schmücken, nicht eindringlich genug gewarnt werden können. Hinweis auf die Person des Täters oder dessen Wohnort bittet man der Kriminalpolizei mitzuteilen, jedoch unter Nennung des vollen Namens. Diskretion wird zugesichert.

Feuer. Durch Ueberheizen des Ofens gerieten in einer Wohnung in der Juliusstraße mehrere Wäschstücke in Brand. Die ausgebrachte Feuerwehrrauchtete nicht in Tätigkeit zu treten, da der Wohnungsinhaber inzwischen Herr des Feuers geworden war.

Verhaftungen. Der dreifache Vurich, der vor einer Reihe von Tagen eine Anzahl Eisenbahnwagen im Gesamtgewicht von 36 Tonnern am helllichten Tage vom Eisenburger Bahnhof von dort gebenden Arbeitern hat abfahren lassen, um sie dann zu Gelde zu machen, ist ermittelt worden. Es ist ein 27 Jahre alter Schlossergeselle aus Anasch.

Verhaftet wurde eine Diebin, die kleinen Kindern Geld auf der Straße weggenommen hat. Da sie bisher noch mehrere dergleichen Diebstähle verübt hat, als ihr bisher nachgewiesen worden sind, so werden Geschädigte ersucht, sich mit den in Betracht kommenden Kindern bei der Kriminalpolizei einzufinden, wo eine Photographie der Diebin ausliegt.

Aus der Umgebung.

Beucha. Aus dem Gemeinderat. In der ersten diesjährigen Sitzung wurden die neu- und wiedergewählten Gemeindevorsteher verpflichtet. Bei dieser Gelegenheit gab der Vorsitzende zu verstehen, daß innerhalb des Gemeinderates eine persönliche und Klassenpolitik nicht angebracht sei. Wir wollen hoffen, daß diese Worte allen bürgerlichen Vertretern in Zukunft immer im Gedächtnis bleiben. — Ueber den Bauplan zum Schulhausneubau wurde nicht definitiv beschlossen. Der Schulvorstand möchte die neue Schule am Dorfaustrag nach Jweinfurth bauen. Der Gemeinderat möchte sie mehr ins Zentrum des Ortes Beucha zu bauen. Ein geeigneter Platz ist dabeilbst ja auch noch vorhanden. Schon im Interesse der Gemeinden Kleinleuberg und Wolfshain ist es ein wichtiges Anliegen, die Schule innerhalb des Ortes Beucha zu bauen. Damit diese Schulkinder zu dem ohnehin schon längeren Weg nicht noch ganz Beucha durchwandern müssen. In dieser Sache soll um

eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Schulvorstand stattfanden. — Das Naturalisationsgesuch des Zigarrenarbeiters Rimböck soll befürwortet werden. Desgleichen das Schankkonzessionsgesuch der Frau verw. Dann wegen Uebertragung der Preiserlöse Kantine im Kirchbruch. — Das Gesuch des Hausbesizers Dufschke, seiner Keller an die Hauptklosterstraße anzuschließen, wird genehmigt. Jedoch übernimmt die Gemeinde keine Kosten.

Anauthain. In der Gemeindevorstandssitzung am 10. Januar wurden die neu- bzw. wiedergewählten Herren vom Vorstand begrüßt und auf ihre Pflichten als Gemeindevorstand hingewiesen. Als Vertrauensmann zur Land- und Forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wurde Herr Paul, und als dessen Stellvertreter Herr Arnold wiedergewählt. Zum Vorstandmitglied des Gemeindeverbandes für das Elektrizitätswerk L.-Land wurde Herr Direktor Altmeyer-Mittig, zum Stellvertreter der Gemeindevorstand Herr Cuthra wiedergewählt. Die Pappeln am Teiche und am Mühlgraben sollen zum Teil geköpft und die alten Pflaumenbäume auf der linken Seite am Hartmannsdorfer Wege beseitigt und durch neue ersetzt werden. Gleichzeitig wird die Straße um 1 m verbreitert. Sodann wurde über die Befestigung der Kläranlagen in Stahlblech, Quasnit und Händchen gesprochen. Hierbei gab Herr Kühn, Vertreter der II. Klasse, seine Erfahrungen zum besten und stellte zum Schluss den Antrag, die Vordämme zu setzen und die Zagerinne zu pflastern, die Befestigung aber noch ein paar Jahre zu verzögern. Das war selbst dem Vorstand zu stark.

Gerlshain. Aus dem Gemeinderat. In der ersten diesjährigen Gemeindevorstandssitzung wurden die neu- oder wiedergewählten Vertreter verpflichtet. Das Naturalisationsgesuch des Arbeiters Hermann Karl wurde einstimmig befürwortet. Als Vertrauensmann für die Land- und Forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wurde Ortsbesitzer Alfred Wintler und als dessen Stellvertreter Ortsbesitzer Arno Wintler gewählt. Der Gemeindevorstand teilt mit, daß die Gemeindeverwaltung aufgefördert ist, innerhalb drei Monaten ein Ortsbesetzungsprojekt an die Amtshauptmannschaft einzureichen. Dem Fluchtlinienplan des Herrn Reichard-Wurzen soll unter der Bedingung genehmigt werden, daß Herr Reichard die Herstellungskosten des Fußweges sowie des Schnittgerinnes bei der Gemeinde hinterlegt.

Nötha. Eine Explosion, die leicht größeren Schaden anrichtete, ereignete sich am Mittwoch im Verlebe der Dampfdruckwarenhandlung von Richard Scholle. Unter donnerähnlichem Knall sprang die Feuerkammer des Kessels auf. An den Wänden zum Schornstein liegen ebenfalls Steinmassen. Die Ursachen, die zur Explosion führten, konnten bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Daß dem Feuermann nichts passiert ist, ist dem Umstand zu danken, daß er auf kurze Zeit das Kesselhaus verlassen hatte. Der Betrieb wird nicht gestört, da ein Reservekessel vorhanden ist.

— Ein Zusammenstoß zwischen dem Koffenauto der Gewerkschaft Margarete in Espenhain und einem Lastkutsch aus Nötha erfolgte am Mittwoch abend gegen 6 Uhr. Der Zusammenstoß erfolgte an der gefährlichen Ecke Leipziger Straße, Markt, Grimmalcher Straße. Die Schuld soll dem Kutschfahrer treffen. Daß an der abschüssigen unüberblicklichen Straßeneinmündung bei dem starken Verkehr nicht schon viel mehr passiert ist, kann als ein Wunder bezeichnet werden.

Böhlig-Ohrenberg. In der Gemeindevorstandssitzung vom 10. Januar wurde das Ergebnis der Gemeindevorstandswahl bekanntgegeben und die Neugewählten eingeführt. — Die Rassenabschlüsse per Dezember 1912 betragen in der Gemeindevorstandssitzung 3528 Mt. und in der Sparkasse 5095,57 Mt. — Als Vertrauensmann für die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wurde Landwirt Nösch, als Stellvertreter Ortsbesitzer Franke gewählt. — Die Umfertigung der Schaltereinrichtung bei der Steuerentnahme wurde dem Glasermeister Göhrich für 350 Mt. übertragen. — Die Wahl der Ausschüsse ergab folgendes: In den Finanz- und Verfassungsausschuss wurden gewählt: Hinne, Schlobach, Franke, Niebe, Möhds und Genosse Trube. In den Bauausschuss wurden gewählt: Pflaume, Schirmer, Dantke, Vogt, Loth und Genosse Baumann sowie der Eindebaumeister Kent als Beirat. In den Sparfassenausschuss wurden gewählt: Pflaume, Hinne, Dantke und Genosse Trube; von der Einwohnervereinschaft wurde Schloffermeister Lann hinzugezogen. In den Armenausschuss wurden gewählt: Dölling, Niebe und die Genossen Baumann und Trube, während Pfarrrat Naumann und Dr. Vogel als Beiräte hinzugezogen werden müssen. In den Grundsteuerbereitschaft wurden gewählt: Franke, Dantke, Loth und Schirmer. In den Gesundheits- und Wohlfahrtsausschuss wurden gewählt: Pflaume, Vogt, Dölling, Vogt, Möhds und Genosse Baumann. (Dieser Ausschuss ist auch zugleich der Wasserwerksausschuss.) In den Schulvorstand wurde gewählt: Hinne, Schlobach, Möhds und Genosse Trube, außerdem gehört der Schuldirektor Bartisch dem Ausschuss an. In allen diesen Ausschüssen führt der Gemeindevorstand Meyer den Vorsitz. In die Volksbibliothek wurden Vogt, Dantke und Genosse Baumann gewählt. — Bei der Nahrungsmitteluntersuchung fanden keine Beanstandungen statt. — Verschiedene Finanzantragsvor schläge, wie Steuererlasse und Stundungen fanden keine Annahme. — Von der Genehmigung des Vertrags wegen des Dölliger Weges wurde Kenntnis genommen. — Ein Gesuch des Gesellschaftervereins wegen eines Beitrags zur Ausfertigung wurde der Konsequenz halber abgelehnt. — Man nahm davon Kenntnis, daß der Direktor der Bank für Grundbesitz, Voeters, wieder auf ein Jahr als Vertreter im Gemeinderat bestimmt wurde. — Dem Vorschlag des Wasserwerksausschusses, daß der Deutsche Turnverein für Entnahme des Wassers (durch Wasseruhr) einen Mindestbetrag von 50 Mark zu entrichten hat, wurde genehmigt mit der Bestimmung, daß der Mehrverbrauch über 50 Mt. zu bezahlen ist. — Ein Gesuch

des Gastwirts Wilhelm um Erweiterung der Schankräume wurde genehmigt. — Ein Gesuch von Franz Kust um Erbauung von vier Säulchen soll befürwortend weitergegeben werden. — Man nahm davon Kenntnis, daß der Kauf der Parzelle 100 (12340 Quadratmeter), neben der alten Post, die von der Gemeinde gekauft werden sollte, genehmigt worden sei. Ein Antrag, der Kirchengemeinde zu gestatten, auf diesem Areal eine Kirche zu errichten, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Das Areal soll aber Eigentum der politischen Gemeinde bleiben. Hierauf beschäftigte sich der Gemeinderat in 17-stündigen Beratungen mit dem neuen Bebauungsplan, wobei Regierungsbaumeister Kubowski Bericht erstattete.

Nötha. Der Bürgermeister von Nötha hat einen Geschäftsbericht für das Jahr 1912 herausgegeben, der in verschiedener Hinsicht nicht uninteressant ist. Nach dem Bericht wurden die Verwaltungsangelegenheiten der Stadt in 58 (1911 64) Sitzungen, einschließlich der Ausschüsse, erledigt. Das Bürgerrecht erwarben 86 Personen. Stimmberechtigte Bürger sind 112 (111), davon 202 (203) Anwohner und 230 (200) Unanwohner, vorhanden. In der Eisenbahnangelegenheit sind durch die Stadt für Landserwerb 176 000 Mt. Entschädigung gezahlt worden. Die Eisenbahn soll am 1. Mai 1913 in Betrieb genommen werden. In der Wasser- und Kanalarbeit der Stadt zeigt sich die nachteilige Politik des Bürgermeisters, denn die Grundstücksbesitzer von Krennditz haben gegen die Erbauung der Wasserleitung auf Krennditzer Acker Acker eingeleitet. Hätten die Stadtverordneten im Jahre 1910/11 die Erbauung gleich beschlossen, so wäre die Leitung heute im Betrieb und die Krennditzer hätten wegen der Kohlenfelder keine Schwierigkeiten machen können. Der Bürgermeister findet in seinem Bericht dazu kein Wort der Kritik. Die Landwirtschaft geht langsam aber stetig zurück. Der Bericht sagt: An landwirtschaftlich genutzten Flächen waren vorhanden: Getreide und Hülsenfrüchte 381 Hektar 98 Ar (384 Hektar 26 Ar), Hackfrüchte und Gemüse 140 Hektar 18 Ar (145 Hektar 78 Ar), Handelsgewächse 23 Hektar 6 Ar (22 Hektar), Futterpflanzen 37 Hektar 47 Ar (47 Hektar 77 Ar), Wiesen 80 Hektar 02 Ar (101 Hektar 10 Ar). Im Jahre 1907 wurden noch bebaut an Getreide und Hülsenfrüchte 355 Hektar 30 Ar, Hackfrüchte und Gemüse 154 Hektar 36 Ar, Futterpflanzen 58 Hektar 55 Ar und Wiesen 105 Hektar 47 Ar. Die Fleischzucht wird auch auf dem platten Lande verpflanzt. Die Schlachtungen sind von 2115 Stück im Jahre 1911 auf 1933 Stück im Jahre 1912 gefallen. Den Beständen scheint es trotz der Teuerung nicht schlecht zu gehen, denn das Staatstierensoll ist vom Jahre 1907, wo es 24318 Mt. betrug, auf 45447 Mt. im Jahre 1912 gestiegen. Rabenzeitel sind 1100 Stück ausgetragen worden, im Jahre 1907 nur 725 Stück. Pflanzungsbesuche wurden 58 Stück im Jahre 1912 gegen 38 im Jahre 1907 ausgeführt. Auch die Ein- und Auszahlungen an der Sparkasse spiegeln das wirtschaftliche Leben wieder. Es erfolgten bei 5098 (6110) Posten 635 770,50 Mt. (607 134,58 Mt.) Einlagen. Dagegen bei 3199 (3168) Posten 654 114,56 Mt. (598 278,53 Mt.) Rückzahlungen. Im Jahre 1912 sind demnach 85 000 Mt. mehr von der Sparkasse abgehoben worden als 1911. Dieses ist ein schlagender Beweis dafür, daß die Lebenshaltung sich verschlechtert hat.

Eilenburg. Stadtverordnetenversammlung vom 13. Januar. In der Sitzung erfolgten die Wahlen der Vorsteher und Schriftführer sowie die Wahlen zu den einzelnen Deputationen. Da die Zusammenfassung des Kollegiums nicht verändert ist, wurden auch Änderungen mit der Zusammensetzung der Deputationen nicht vorgenommen. Als Vorsteher wurde Stadtverordneter einmütig wiedergewählt. — Die Bewohner der Wilhelmstraße hatten ein Schreiben an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet, in dem beantragt wird, daß eine baldige Regulierung oder Verbreiterung der Wilhelmstraße in Angriff genommen werde. Die Notwendigkeit dieses Antrages wird allseitig anerkannt. Der Magistrat hat sich mit dieser Aufgabe befaßt und sind Verhandlungen schon im Gange. Ein anderes Schreiben beantragt, für bessere Lichtverhältnisse in der Kaiserstraße (Merkstraße) zu sorgen. Dessen Mangel abzuhelfen ist die Gas- und Wasserwerksdeputation beauftragt. — Die Gründung des Vereins zur Erbauung des Kanals Leipzig-Eilenburg-Torgau hat sich vollzogen und ist auch Eilenburg beigetreten. Es sollte nun noch die Zustimmung der Stadtverordneten eingeholt werden. Der Erste Bürgermeister begründet den Beitritt und sagt sehr große Hoffnungen auf das Zustandekommen des Kanals. Der Verein habe dann eine Beitragsleistung nicht unter 25 Mt. vorgezogen. Da Torgau 50 Mt. gezahlt hat, hielt auch der Magistrat diese Summe für Eilenburg für angemessen und bittet nun auch diese Beitragsleistung nachträglich zu bewilligen. Genosse Wirthardt spricht sich für den Verein aus, fragt aber hierbei an, wie es denn nun eigentlich mit dem Bahnprojekt der Ritterfelder Bahn stehe. Bürgermeister Belsan erwidert, daß der Stand der Dinge derselbe sei als vor zirka anderthalb Jahren. Die ganze Angelegenheit ist jetzt dem Landrat von Basse übertragen, und wird jedenfalls in nächster Zeit an die Landgemeinden herangetragen werden, um diese für den Bahnbau zu interessieren. Bekanntlich haben letztere ein Drittel der erforderlichen Kosten aufzubringen. Zuvor werde den Landgemeinden zur Orientierung eine kleine Darlegung des wirklichen Sachverhalts zugehen. Die nachträgliche Zustimmung zum Anschluß an den Verein wurde einstimmig erteilt. — Vor Beginn der Tagesordnung machte der Vorsteher bekannt, daß der Magistrat allen Beschlüssen beigetreten ist außer der Ablehnung der Subvention des Musikdirektors Pörsch. Der Antrag stände heute erneut in der nächsten öffentlichen Sitzung auf der Tagesordnung. Der Magistrat schien die Stadtverordneten richtig eingeschätzt zu haben; während in der vorigen Sitzung die Beihilfe aus städtischen Mitteln mit einer Stimme Majorität abgelehnt wurde, hielten heute nur zwei bürgerliche Stadtverordnete

ihren ablehnenden Standpunkt aufrecht, die andern waren vor ihrer eigenen Courage erschrocken und stimmten heute für Subvention des Musikdirektors Pörsch, die dann gegen acht Stimmen angenommen wurde.

Von Nah und Fern.

Schiffsunfälle.

London, 15. Januar. Auf dem in Stettin beheimateten deutschen Dampfer Werner Kunzmann, der gestern abend bei Goswick auf Grund geraten war, brach Feuer aus, das fünf Stunden wütete. Die Besatzung, welche kurz vorher bei niedrigem Wasserstand an Land gegangen war, konnte nicht wieder an Bord gelangen. — Wie aus Southshields gemeldet wird, ist die russische Biermafabrik California bei den St. Marks-Inseln, sechs Meilen vom Tyne entfernt, bei Nacht auf Grund geraten und sofort in Stücke gebrochen. Der Kapitän und sieben Mann wurden aus den Fluten gerettet, zehn Mann sind ertrunken.

Der Raubmörder Sternidel.

Frankfurt a. O., 16. Januar. Die Voruntersuchung gegen den Raubmörder Sternidel ist nunmehr eröffnet worden. Sie soll möglichst zu beschleunigt werden, daß die Verhandlung wegen der Muttat in Ortwig noch in dieser Schwurgerichtsperiode, die am 10. Februar beginnt, ihre Erledigung findet.

Unfall auf dem Telegraphenamt.

Stralsund, 16. Januar. Auf dem Fernsprechkamm wurden gestern zwei Beamtinnen durch Starkströme der elektrischen Ueberlandzentrale schwer verletzt; eine dritte Beamtin kam mit leichteren Verletzungen davon.

Ein fürsorglicher Gatte.

Hamburg, 16. Januar. Ein Teil der unterschlagenen Gelder des flüchtigen Notars Beder ist wieder aufgefunden worden. Der Notar hatte einer Dame ein Päckchen mit der Beschriftung übergeben, es seiner Frau zu schicken. Als die Dame von der Flucht Baders hörte, öffnete sie das Paket und fand darin Wertpapiere in Höhe von 155 000 Mt. Sie übergab das Paket der Staatsanwaltschaft.

Menschliche Bestie.

Prag, 16. Januar. Wegen eines häuslichen Zwistes ermordete der Tagelöhner Broz seine Frau und sein Kind durch Beiliebe, begoß, um einen Raubmord vorzutäuschen, die Leichen mit Petroleum und jündete sie an. Der Täter wurde verhaftet.

Schon wieder ein Unfall auf der Hamburger Vulkanwerft.

Infolge Brechens einer Stange stürzten fünf Schiffsbauer in den Holzraum des Imperator und erlitten erhebliche Verletzungen.

Muskunft in Rechtsfragen.

A. N. 22. 1. Nein, das bürgerliche Gesetzbuch läßt das nicht als Scheidungsgrund gelten.

Briefkasten der Redaktion.

Inserate, Abonnementsbestellungen sowie alle andern geschäftlichen Angelegenheiten sind nicht an die Redaktion, sondern nur an die Expedition der Leipziger Volkszeitung zu richten!

A. E. 6. Wir sind kein Detektivbureau, können Ihnen also auch über das Vorleben des Herrn Z. keine Mitteilung machen.

Abonnent Schönefeld 100. Sie sind verpflichtet, bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres dem Kinde Unterhalt zu gewähren. Das Recht und die Pflicht, für das Kind zu sorgen, es zu erziehen usw., steht der Mutter zu. Ohne Einverständnis der Mutter und des Vormunds können Sie also das Kind nicht nehmen.

30. A. P. Ohne Kenntnis der Umstände, die zur Ausweisung Veranlassung gaben, können wir keinen Rat geben.

101. S. 1. Nein. 2. Ja.

E. B., Magd. 1. Es genügt die Anwesenheit von Zeugen.

2. Nein. 3. Armenamt.

Feiner Mann. 1. Davin erteilen wir nicht Ratsschläge.

2. Uebertretung der Statuten.

M. B. An die Volksfürsorge, Hamburg 5, Beim Strohhause 32, 1.

G. 1. Schöffengericht. 2. Kleine Differenzen aller Art. 3. Berechnen gegen das Strafgesetz. 4. Nein.

P. S. W. 1. Ja, 2. Beim Vormundschaftsamt. 3. Ja.

Thüringer Schokoladenhaus (50 Verkaufsstellen). Geschäfte in Leipzig, Grimmaische Strasse, Ecke Augustusplatz (Königsbau), Wurzner Strasse 11 und Tauchaer Strasse 13, Ecke Mittelstr. Schokoladen- u. Zuckerwaren unerreicht preiswert. Ein Versuch u. Sie sind dauernder Kunde. Wiederverkäufer erhalten Engrospreise. Kontor Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, II.



Schluss-Tage :: Inventur-Ausverkauf

Die letzten 3 Tage :: Freitag, Sonnabend, Montag

Aussteuer-Verkauf.

- Stangenleinen u. Damast**
bewährte Qualität
Inventurpreis Bettbreite Meter **98** Kissenbreite Meter **65**
- Stangenleinen** Ia Qualität
Inventurpreis Bettbreite Meter **1.20** Kissenbreite Meter **78**
- Hemdentuche** kräftige Ware
sonst Meter 48 **jetzt 38** sonst Meter 28 **jetzt 22**
- Renforcé** vorzügl. Qualität für feine Wäsche sonst Meter 60 **jetzt 45**
- Bettuch-Dowlas** 160, 150 u. 130 cm breit **jetzt Meter 1.25, 98 78 65**
- Bettuch-Halbleinen** 160 u. 150 cm breit Meter 2.25, 1.55 **1.15**

- Bettbezüge** mit Kissen, weiss Stangenleinen, Damast und Linon Stück 7.45 6.45 5.45 **4.45**
- Bettbezüge** m. Kissen, bunt, gar, waschecht 4.45 3.45 **2.45**
- Kopfkissen** mit Hohlraum und gebogen **jetzt 1.18 und 95**
- Bettücher** aus Dowlas u. Halbleinen sonst 4.75 bis 1.65 **jetzt 3.75 bis 1.15**
- Bettücher** mit Hohlraum, Ia Dowlas und Haus-tuch, 150/225 Stück 2.85 und **2.35**
- Handtücher** Ia Halblein.-Drell, gesäumt und gebündert, 50/110 Dutzend 7.20 und **5.80**
- Wischtücher** gesäumt und gebündert Dutzend 4.25 3.95 3.25 **1.45**

- Kinder-Strümpfe**
bis zum Alter von 6 Jahr. in Wolle Paar **48**
in reiner Wolle Paar **68**
bis zum Alter von 12 Jahr. in Wolle Paar **68**
in reiner Wolle Paar **88**
- Herren-Socken**
Paar **78 68 33 28 und 18**

- Noch ca. **1500** Stück einzeln **Erstlingswäsche** Stück **48 bis 12**
- Gelogenheitsposten**
Tischwäsche **40%** unter Preis
Servietten
Decken nur die feinsten Qualitäten
Handtücher aus einer ersten Leinenfabrik



Reichsstrasse Wäsche-Fabrik Handelshof

Kismet.

Von Sepp Derter.

Kerim Aga.

Kerim Aga war ein Lastträger im Hafen von Saloniki, ein guter, behäbiger Alter, der jahraus jahrein seine Lasten von den Schiffen auf den Kai und vom Kai auf die Schiffe schlepte. Dabei war er Patriot. So oft die Türkei in Konflikt mit einer benachbarten Nation geriet, kam seine patriotische Seele in Brandung. Er rief dann seine Arbeitkollegen zum Kampfe auf. Sie luden kein Älterliches, kein Italiensches, kein griechisches Schiff aus, noch beluden sie ein solches.

Die türkische Regierung hatte für Kerim Agas tätigen Patriotismus wenig übrig. Er aber war patriotischer als die Regierung.

Da entbrannte der Krieg der Balkanstaaten gegen die Türkei, und die Griechen zogen in Saloniki ein. Die Freunde rieten Kerim Aga, schleunigst zu fliehen, da ihm die Griechen, deren Schiffe er am häufigsten boykottiert hatte, wohl nicht sehr grün sein würden.

Kerim Aga jedoch sagte: „Nein. Ich tat meine patriotische Pflicht. Allah und sein Prophet werden mich schützen.“

Die Griechen aber setzten Kerim Aga auf einen Esel, nahen ihm zwei blaue Pferde fesseln in die Hände und liehen ihn so von einem Trupp Soldaten durch die Straßen Salonikis führen, wobei er rufen mußte: „Baschajin Jonanistan!“ (Es lebe Griechenland!)

Kerim Aga schwang die Fahnen und schrie sich heiser.

Da begegnete ihm ein guter Freund. Der blieb stehen, schüttelte den Kopf und sprach:

„Schüttel dich nun Allah und sein Prophet? Warum löstest du nicht?“

Kerim Aga lächelte milde und erwiderte:

„Freund, siehe dich Allahs Schiduga. Es ist bestimmt, daß zwei Esel Griechenlands Ruhm verkünden.“

Und er schwang seine Fahne und rief:

„Es lebe Griechenland!“

Und der Esel, auf dem er ritt, schrie dazu:

„A-ha! A-ha!“

Der Narr.

Abul Pascha befehligte in der Schlacht bei Eile Burgas das vierte türkische Armeekorps.

In Friedenszeiten war Abul Pascha ein großer Kriegsmann. Bei Eile Burgas aber wurde er von den Bulgaren platt geschlagen. In strömendem Regen ritt er mit seinem Stabe über das Schlachtfeld zurück. Er sann nach.

Endlich sprach er einige Worte: „Der Krieg ist ein elendes Spiel, geziemlich nur für Vesten und Barbaren. Wer den Krieg etwas Glorreiches nennt, muß den Verlust verloren haben.“

Der Adjutant, an den Abul Pascha diese Worte richtete, schaute erkant und betrosen zu seinem Chef empor. Die Tausende, die auf dem weiten Schlachtfeld in ihren Wunden lagen und elend daran starben, hatten nichts von diesen Worten gehört. Abul Pascha aber wurde einige Tage nach der Schlacht in ein Irrenhaus gebracht.

„Kismet“, dachte er. „Es ist bestimmt, daß ich wegen des ersten vernünftigen Wortes in meinem Leben für einen Narren erklärt werde.“

Die Spanin.

Abdullah Effendi war bei der türkischen Gesandtschaft in Sofia attaché. In dem Kreise immer Offiziere, in dem er zu verkehren pflegte, lernte er die Spanzia kennen, ein junges, lippiges Weib, das von der Liebe lebte.

Abdullah Effendi war ein hübscher Mensch. Seine dunkeln Augen blinzelten aus einem bleichen Gesicht heraus. Der kleine, schwarze Schnurrbart stand ihm gut. Die Spanzia liebte Abdullah leidenschaftlich, heiß, mit der Glut des Weibes, das die Männer verachten gelernt hat, die mit Geld und Genuß die Liebe erkaufen, weil sie nicht schig sind, ihn mit der Liebe zu erwerben. Abdullah war jung und die Spanzia schön. Er ließ sich ihre Liebe gefallen.

Da kam der Krieg. Abdullah Effendi trat in sein Regiment zurück und stand bald gegen seine ehemaligen bulgarischen Freunde im Felde. Die Spanzia blieb auch dem Feinde ihres Vaterlandes treu und schrieb ihm glühende Liebesbriefe. Und, weil sie ein Weib war, schrieb sie in den Briefen auch über diesen und jenen stilleren Bekannten, der nun auch mit seinem Regiment ausgerückt sei und da und dort stehe. Mit großen Opfern sorgte sie dafür, daß die Briefe auch in Abdullahs Hände gelangten. Der las die Briefe und freute sich gleichgültig in die Tasche.

In der Schlacht bei Nikifisse wurde Abdullah verwundet und gefangen genommen.

Man fand die Briefe der Spanzia bei ihm. Sie wurde als Spionin angeklagt, verurteilt und erschossen.

Abdullah Effendi las im Hospital die Nachricht von dem Tode seiner Freundin.

„Kismet“, murmelte er vor sich hin. „Sie hätte mich auch nur gegen das Leben sollen.“

Jussuf.

Jussuf war ein anatolischer Bauer. Friedlich bestellte er mit seinem Weibe sein Feld und lebte arm, aber glücklich seine Tage dahin. Um die Welt und ihre Ereignisse kümmerte er sich nicht.

Eines Tages kamen Soldaten vor seine Hütte und forderten ihn auf mitzukommen. Er müsse in den Krieg ziehen. „Kismet“, dachte Jussuf, nahm Abschied von Weib und Kind und ging mit den Soldaten.

Man steckte Jussuf in einen schlechten Khatkang, gab ihm ein Gewehr in die Hand und hing ihm einen Kirtel mit Patronen um den Leib. So ausgerüstet setzte man ihn auf die Bahn, brachte ihn mit andern Bauern nach Konstantinopel und von da auf den Kriegsschauplatz.

Jussuf fand das Leben eines Kriegers sehr miserabel. Er mußte marschieren, hungern, Durst leiden und durste nur hier und da, in Schmutz und Dreck auf dem Boden liegend, kurzer Raft pflegen. Manchmal hörte er auch, weshalb eigentlich der Krieg sei, und vernahm wenig schmeichelhafte Bemerkungen über den Kalifen und die türkische Regierung überhaupt.

Eines Tages erscholl Kanonendonner. Die Abteilung, der Jussuf angehörte, marschierte dem Feinde entgegen. Nach kurzer Zeit schon schlugen Angeln in die Reihen der Türken und rissen gar manchen Menschen nieder, der nach vor wenigen Wochen für sich und die Seinen friedlich seinen Kofl baute.

So zu sterben — das gefiel Jussuf nicht und auch nicht seinen Kameraden. Sie verminderten unwillkürlich die Schnelligkeit ihres Anmarschs und wichen endlich zurück. Die Offiziere suchten sie vorwärts zu treiben:

„Vorwärts für Allah und seinen Kalifen!“

Jussuf dachte: „Allah — ernährt er mein Weib, wenn ich für ihn sterbe? Und sein Kalif? Der nahm mir an Steuern die Hälfte der Früchte meiner Arbeit und lebte davon in Freuden. Warum soll ich für den auch noch sterben, der von mir lebte?“

Als daher wieder ein Schrapnell in die Truppe schlug, begann Jussuf zu laufen, was ihn seine Beine tragen konnten. Natürlich nicht dem Feinde entgegen. Ein Offizier wollte ihn aufhalten.

Jussuf stieß ihn etwas ungelinde zurück und rannte weiter. Endlich verbara er sich hinter einem Hügel. Als aber der Kanonendonner näher kam, rannte er, wie von einer inneren Macht getrieben, wieder davon.

„Kismet“, sprach Jussuf vor sich hin. „Es scheint mir nicht bestimmt, für die Dummheit und Schlichtheit des Kalifen und seiner Regierung zu sterben.“

Die französische Kriegskasse bei Kowno.

Ende des Jahres 1912 stuteten die Reste der sogenannten „großen Armee“ in trostlosen Häusern, zerseht, zerhossen und halb verhungert von den russischen Schneefeldern zurück. Nur wenige der ein Jahr vorher zusammengegriffenen Soldaten sahen ihre Heimat wieder. Das bis Smolensk und Moskau gekommen und dort den Augen der Russen wie den Witterungsindizen entgangen war, bot hernach auf dem Rückzuge bei Wilna und Kowno ein vollenbendes Bild des Jammers.

Wilna und Kowno waren bereits beim Einmarsch Konzentrationpunkte, auf die dann auch die Ergänzungsabteilungen dirigiert wurden, mit denen Napoleon seinen Rückhalt zu sichern suchte, und in der Nähe Kownos spielte sich die Weilschlacht ab, auf die wir hier an der Hand von Aufzeichnungen eines lippischen Kontingentsoldaten (erschienen 1887 bis 1840 in der Wochenchrift Lippisches Magazin) kurz eingehen möchten. Zuvor über die Beteiligung Lippes und Schaumburg-Lippes am Napoleonischen Zuge gegen Rußland ein paar Worte.

Beide Staaten gehörten seit 1807 zum Rheinbunde, waren napoleonische Satrapien, und dafür, daß Napoleon ihnen Dynastien den Bestand garantierte, hatten sie die Verpflichtung übernommen, im Kriegsfall eine entsprechende Zahl Soldaten zu stellen. Ueber die Natur dieser Abmachungen hat die Parteipresse bereits hinreichend unterrichtet, und es sei nur gesagt, daß unsere „Patrioten“ wohl etwas daneben bauen, wenn sie bei jeder Gelegenheit das staatsmännische Geschick der damaligen Machthaber preisen, das doch schließlich nur auf die verständliche Sorge zusammenschrumpt, ihre Dynastie und damit ihre Pflichten zu retten. Der Kriegsausbruch war dann gleich im nächsten Jahre gegeben, als der spanische Feldzug begann. Etwa 1000 lippische und schaumburg-lippische Soldaten zogen aus — nur 50 davon sahen als geregelte Truppe schließlich die Heimat wieder — die andern waren erschossen, verwundet, der größte Teil durch Krankheiten dahingerafft, und eine Anzahl machte nach der Gefangennahme in Spanien eine elende Zeit der Fast auf brüchigen englischen Schiffen und in Schottland durch. Bei diesen trübseligen Erfahrungen der Bevölkerung ist es kein Wunder, daß wir in den Amtsblättern jeder Zeit hin und wieder auf offizielle Anzeigen stoßen, in denen die „Bravheit und Vaterlandsliebe“ derjenigen besonders gefeiert wird, die sich freiwillig zum Dienst meldeten.

Es versteht sich aber von selbst, daß derartige billige Ermahnungen in der Bevölkerung keinen Eindruck machten, da das Risiko des Soldatendienstes doch zu augenfällig war. Die jungen Burtschen hielten sich verdeckt, wichen über die Grenze oder logen, daß sich die Lippen bogen, nur um sich der Einleitung zu entziehen. Das Rekrutierungsgeschäft für die Teilnahme an den kriegerischen Operationen Napoleons im Jahre 1812 ging denn auch nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten vonstatten, aber schließlich war das lippische Bataillon dann doch wieder komplett, und es zog im Anzuge des Jahres 1812 gen Osten. Die weiteren Schicksale der Truppe auf dem Marsche bis zur russischen Grenze übergehen wir hier, nur sei nebenbei bemerkt, daß Genosse Eisen er wohl lert, wenn er in seiner in der Parteipresse abgedruckten Artikelserie über den Untergang der großen Armee, unter Beziehung auf Holzhausen's Sammelwerk, schreibt, daß die „Deutschen heiter und hochgemut nach Rußland zogen“. Gewiß gab es eine ganze Anzahl anhangloser Leute, denen das abwechslungsreiche Soldatenleben im Anzuge bei den guten Quartieren gefiel, denen der Gedanke, „die fegefechten Adler Napoleons bis ans Ende der Welt auszuflanzen“, im Rufe spukte; aber im übrigen waren doch wohl die zahlreichen Desertionen ein Beweis in anderer Richtung. Unser Gewährsmann, Sergeantmajor Dornheim aus Detmold, gehörte jedoch zu denen, die „hochgemut“ loszogen und die Schweißarbeiten der spanischen Kampagne vergessen hatten.

Ueber Kowno — etwa 50 Kilometer jenseits der russischen Grenze — kam das lippische Bataillon nicht hinaus, und da besonders läßliche Vorkommnisse nicht auf die Lipper eingewirkt hatten, so waren ihre Formationen geschlossen, und sie fanden von den ihnen entgegenkommenden demoralisierten, zerlumpten Russen vorteilhaft ab. Kurz vor Kowno elkten an der marschierenden Kolonne zwei von französischen Dragonern und polnischen Ulanen begleitete Russen vorüber, in deren einer Napoleon sah.

Am Abend des 13. Dezember langten die ersten Flüchtlinge in Kowno an. Am Spätabend drängten sich aber schon ungeheure Massen der retirierenden Armee durch die Straßen der Stadt, und zwar ganz regellos, alle Grade durcheinander. „Die vor Hunger halb wahnsinnigen Soldaten stürzten in das Magazin und stekten daselbst nachher in Brand.“ Dornheim erzählt eine Menge Einzelheiten, die beweisen, in wie unglücklich ausgemergelter Verfassung die Flüchtlinge antamen. Dabei waren ihnen die Kosaken auf den Fersen.

Gegen Mitternacht traf unter schwacher Bedeckung auf einigen Wagen die französische Kriegskasse ein. Die Geldsäcke und -säcken wurden auf dem Marktplatz zunächst abgeladen, da die Anwesenheit regulärer Truppen genügend Sicherheit zu bieten schien. Am andern Tage aber kamen bereits größere Kosakenhaufen heran, und da hielt man es doch für geraten, die Gelder weitertransportieren. Das lippische Bataillon diente als Bedeckung. Eine Kompanie begab sich in die Schanze jenseits der Stadt, die andern besetzten den Berg diesseits, über den die Straße führte und den also auch die Geldwagen passieren mußten. Alles, so sehr auch die ermatteten Pferde angegriffen wurden: sie konnten auf dem vereisten Wege bergan nicht weiter kommen, und es war vorauszusetzen, daß das schöne Geld den Russen in die Hände fallen würde. Doch lassen wir hier Dornheim in seiner anschaulichen Weise selber erzählen:

„Da der General (ein französischer Brigadegeneral) den Wunsch zu erkennen gegeben haben möchte, daß wir versuchen sollten, die unten stehenden Geldwagen zu retten, so erhielt ich vom Hauptmann Falkmann den Befehl, eine Anzahl Reute von seiner Kompanie auszusuchen und den Berg hinteranzuschicken. Ich kommandierte den Sergeanten Mittelten, die Soldaten Pehle, Brinkmann, Selger, Weitz und noch mehrere andre, deren Namen ich vergessen habe, die sofort hinterzogen, sich vor einen der Geldwagen spannten und sofort mit Wähe und Anstrengung, indem sie zogen, schoben und in die Speichen der Räder faheten, die Hüfde heranzöhrachten. Dieser eine Wagen war vorerst bei uns gefichert. Es wurden die Pferde wieder davor gespannt und derselbe mit der genannten Bedeckung auf der Straße, welche nach Gumbinnen führt, weitertransportiert. So gelang es uns, noch etwa zwei bis drei Geldwagen herauszuschaffen; indes näherten sich so viele Kosaken während dieser Arbeit, daß wir einhalten und auf unsere eigene Sicherheit bedacht sein mußten. Die noch unten stehenden Schätze wurden daher im Stich gelassen, und gleich fielen die Franzosen, glexig wie die Raben über das Ras, über sie her, erstiegen die Wagen, erbrachen die Deckel und warfen Säcken und Beutel hinaus. Da die vielen neben den

Wagen stehenden französischen Soldaten vor den herannahenden Kosaken keine Zeit hatten, sich friedlich in die auf die Erde geworfene Beute zu stellen, und jeder doch gern etwas haben wollte, so gab es Mord und Totschlag. Einer unserer Soldaten, ich glaube er hieß Schlichter und war aus Praltesfel gebürtig, ein Mann, groß und stark wie ein Hercules, der mit mehreren andern Lippern die Beute unten bei den Geldwagen hatte, geriet in einen solchen Zorn über die räuberischen Franzosen, daß er wie toll mit dem Erwehrsfolben dazwischenhing und mehrere niederstreckte. Der arme Schlichter aber hatte seinen Eifer, die Geldwagen zu schützen, zu weit getrieben. Er hatte sich, als wir schon fort waren, nebst seinen Kameraden so lange dabei aufgehalten und war mit ihnen und den Geldwagen den Kosaken in die Hände gefallen. Die Franzosen belamen bei dieser Gelegenheit zwar sehr viel Geld, indes die meisten mußten es den Kosaken nachher doch wieder auszahlen, weil sie sich zu sehr überladen hatten und nicht fortmarschieren konnten. Unsere Offiziere hatten mehrere Beutel mit Franskränken und Krantalen durch unsere Soldaten wegnehmen lassen, die unter uns alle verteilt wurden. Außerdem hatten auch der Sergeant Krugmeier aus Perlebed, der Soldat Ahrens aus Kresslissen, der Soldat Hoffmann aus Lippstadt und einige andre die Geldstände zu benutzen gewußt und für sich allein ganz ansehnliche Summen erbeutet.

Ein kümmerlicher Franzose, der kaum noch auf den Beinen stehen konnte, verbara einen ellenlangen Strumpf, der von Geld strotzte und durch dessen Maschen die Goldstücke recht einladend anguschauen waren, unter seinem Mantel. Dieser jämmerliche Kerl war unersätlich in seinem Durst nach dem Gelde, und mit der größten Begierde suchte er die Gold- und Silberstücke, die aus den Beuteln, um welche sich die Franzosen rissen und die oft von einem Drücker mit Messern durchschnitten wurden, herausgefallen waren, aus dem Schnee auf.

Die Gierigkeit dieses Franzosen verdroß mich. Ich rief unsern Soldaten Hilfer aus Detmold herbei, um dem Kerl das Geld abzunehmen zu lassen. Wir hatten den Strumpf schon am Ende gepakt, eben wollten wir ihn wegziehen — der Kerl konnte sich gegen uns verwasfnete ja nicht wehren, auch von den übrigen Franzosen hatte er keinen Widerstand zu erwarten —, als er ein solches Geschrei erhob, als wenn man ihn schlachten wollte. Falsches Mitleid betörte uns, wir liehen den Strumpf wieder fahren, um denselben nachher den Kosaken zu überlassen; denn der Franzose wurde bei unserm nachherigen Abzuge, wie wir aus der Entfernung sehen konnten, wie fast alle seine Kameraden, die sich mit Geld überladen hatten, von den Russen gepöcht und seiner schönen Gold- und Silberbeständen beraubt. Daß Hilfer und ich uns über unsre Dummheit nachher grimmig ärgerten, bedarf wohl keiner Versicherung.

Am allergrößten in dem Beutemachen war unser Sergeant Mittelten und die Soldaten Pehle aus Deringhausen, Selger und Weitz aus Lipperode. Ich habe schon erzählt, daß diese mit den ersten Geldwagen auf der Straße nach Gumbinnen vorausgegangen waren. Unterwegs, etwa eine Stunde nachher, hatten die Franzosen sie indes angefallen und ihren Geldwagen geplündert, bei welcher Gelegenheit aber unsre genannten Leute ein Köhchen erbeuteten, das 100 000 Frank in lauter doppelten Napoleonsdor enthielt, welche sie sich teilten und nachher auch behalten haben. Wie wir damals hörten, soll die französische Kriegskasse bei Kowno eine Summe von 20 Millionen Frank an Freund und Feind verloren haben.“

In einer andern Stelle seiner Berichte erzählt Dornheim noch, daß der Soldat Weitz mit seiner Beute wohl nicht weit gekommen sei. Er sei vermißt worden und habe sich auch später nicht wieder eingestellt, so daß angenommen werden könnte, daß er erschlagen worden sei.

Die Lipper zogen sich zunächst auf Königsberg und dann nach Danzig zurück, wo sie bis nach der Leipziger Schlacht mit den französischen Befehlsabteilungen eingeschlossen blieben und schwer gelitten haben. Denen, die von dem erbeuteten Gelde etwas bis dahin gerettet hatten, kamen die Vorräte dort freilich gut an. Den Belagerten wurde im November 1813 freier Abzug gewährt, der Feldzug war damit für das lippische Bataillon zu Ende. Dabei jedoch hatten sich die politischen Verhältnisse wieder geändert: die Regentin hatte es für geraten gehalten, schleunigst alle Beziehungen zu Napoleon abzubrechen und sich den Verbündeten anzuschließen, was dann allerdings für das Land wieder neue Ansehungen bedeutete. Die heimkehrenden Krieger — kaum ein Drittel der Ausgezogenen kehrte zurück — wurden alsbald in die Landwehrleitung gesetzt, und die Folge der umgekehrten politischen Verhältnisse war, daß die lippischen Soldaten nunmehr Plünderlause auf die bisherigen Waffen- und Kampfgenossen richteten, von denen sie sich eben erst verabschiedet hatten.

Kleines Feuilleton.

Der Groß-Schiffahrtsweg Berlin-Stettin.

Im Frühjahr wird eine Wasserstraße dem Verkehr übergeben werden, die unter den deutschen Kanälen eine besondere Stellung einnehmen dürfte. Schon der Name ist recht anspruchsvoll: Groß-Schiffahrtsweg. Dem neuen Kanal fällt die Aufgabe zu, die Hauptstadt des Deutschen Reichs, die bekanntlich inmitten eines dünnen Sandmeers liegt, dem wirklichen Meer näherzubringen. Freilich darf man sich keine allzu verwegenen Vorstellungen von der künftigen Hafenstadt Berlin machen. Der sogenannte Groß-Schiffahrtsweg Berlin-Stettin ist nämlich, korrekt angedrückt, nichts anderes als eine Wasserstraße zwischen dem Berliner Vorort Bismarcksee und Dohensaathen, einem Dörfchen der Mark, das an jener Stelle erbaut ist, wo seit Friedrich II. Zeiten der ehemalige Pionokanal in die hier schon sehr breite, flutliche Oder fällt. Von Dohensaathen bis Stettin, den bei weitem größeren Teil des Wegs, übernimmt der Strom die Aufgabe des Groß-Schiffahrtswegs, und er ist natürlich ohne weiteres instand, die größten Rähne auf seinem breiten Rücken zu tragen. Und mehr ist nicht notwendig. Denn wenn naive Gemüter glauben, daß in Zukunft große Ozeandampfer in den Berliner Humboldthafen einlaufen werden, so ist das ein sehr großer Irrtum.

Der Groß-Schiffahrtsweg soll nichts weiter tun, als den großen Overtänen die Durchfahrt bis nach Berlin gestatten. Während bisher nur Zillen bis zu 450 Tonnen Tragfähigkeit den Pionokanal passieren konnten, der die einzige Wasser Verbindung von Berlin her war, darf das Ladegewicht künftig 600 Tonnen betragen. Dieser Unterschied ist für die Kleinshiffahrt sehr wichtig, da er sehr viel Unladungen auf der Eisenbahn unnötig macht. Für das Auge des Laien aber wird der Verkehr auf den Berliner Wasserstraßen auch nach Fertigstellung des neuen Kanals nicht anders sein als jetzt.

Abgesehen von seinen geringen Dimensionen, genigte der Pionokanal, die bereits von Friedrich II. erbaute Verbindung zwischen Havel und Oder, den Ansprüchen des modernen Wasserverkehrs auch in anderer Beziehung nicht mehr. Der Lauf des Pionokanals von der Havel bis zur Oder ist nicht weniger als sechsgemal von Schleusen unterbrochen. Diese zahlreichen Anlagen waren notwendig, da einmal die Höhendifferenz, die der Kanal zwischen Ursprung und Mündung zu überwinden hat, recht groß ist — 36 m — und da ferner zur Zeit Friedrichs II. sehr kleine Schleusen mit sehr geringen Höhenunterschieden zwischen der oberen und der unteren Wasserleitung erbaut werden konnten. Auf der Teilschrede zwischen Arenzbrunn, wo der Groß-Schiffahrtsweg das Bett des

alten Kanals verläßt, bis Pieve, wo er wieder Saveln mündet, liegen allein 13 Schlenen. Um diese zu durchfahren, braucht ein Schiff 24 Stunden. Eine so außerordentliche Verlangsamung der Schifffahrt muß der neue Kanal natürlich vermeiden.

Das war nur möglich, indem man Schlenen von ganz ungewöhnlichen Dimensionen erbaute. Während jede der kleinen Zinnenschlenen ein Schiff vielleicht einen halben Meter zu heben oder zu senken vermag, überwindet eine einzige der Riesenschlenen des neuen Kanals gleich eine Höhenifferenz von neun Metern. Die gesamte Neigung von 30 Metern wird so mit nur viermaligem Durchschleusen erledigt, und hierzu braucht ein Schiff nicht mehr einen ganzen Tag, sondern nur 2½ Stunden. Alle vier Schlenen sind, um die gesamten Arbeiten zu vereinfachen und damit zu verbilligen, bei Pieve ganz dicht hintereinander angelegt. Auf dem kurzen Weg zwischen Höheninnow und Niederinnow werden also die Schiffe um 30 Meter gehoben oder gesenkt.

Die neuen Schlenen werden so breit sein, daß immer zwei Schiffe gleichzeitig in der Kammer zwischen der oberen und der unteren Wasserhaltung untergebracht werden können. Der Vorgang des Durchschleusens wird sich hier wie überall folgendermaßen abspielen: Wenn ein Schiff von oben nach unten geschafft werden soll, wird zuerst das obere Tor der höchsten Schlense geöffnet. Das Schiff fährt in die Kammer, und das obere Tor wird geschlossen. Nun wird durch Öffnen von großen Rohren das Wasser aus der Kammer nach allen Seiten geschloffen Kammer sowohl abgelassen, daß das Niveau und damit das Schiff sich um neun Meter senkt. Sobald das geschehen ist, öffnet sich das untere Tor, und das Schiff kann nun ohne weiteres aus der Kammer heraus in ein glattes Kanalfeld, die sogenannte Zwischenhaltung, und dieser Vorgang wiederholt sich dann noch zweimal. Darauf ist das Schiff um 30 Meter gesenkt und kann nun ohne weitere Umstände bis Stettin weiterfahren.

Bei der umgekehrten Fahrt bergauf werden an den Schlenenkammern immer zuerst die unteren Tore geöffnet, das Schiff fährt hinein, die Kammer wird wiederum allseitig geschlossen, und nun drückt man durch die großen Rohre so lange Wasser hinein, bis das Niveau in der Kammer um neun Meter gehoben ist. Darauf geht es in die Zwischenhaltung, die oberhalb der Schlense liegt, und ebenso die drei weiteren Stufen hinauf. Diese Schlenenanlage bei Pieve gehört zu den größten in Europa, und ganz ungeheure Räumlichkeiten aufgeführt werden, damit sie den Druck der Wassermengen bei den großen Höhenifferenzen aushalten können.

Wenn der Verkehr in dem Groß-Schiffahrtsweg sich sehr regen gestalten wird, dürfte dicht neben den Schlenen noch ein Schiffsbahnhof erbaut werden, wie es bereits bei Neuriedenburg im Zuge des Dortmund-Ems-Kanals eingerichtet ist. Ein solches Nebenwerk würde eine weitere bedeutende Zeiterparnis für die Schifffahrt auf dem neuen Kanal bedeuten. Denn hierbei fahren die Schiffe in einem großen Wassertrog, der sich in einem Fahrstuhl befindet, und überwinden in kurzer Zeit und in einem Zuge die gesamte Höhenifferenz. Doch bei den großen Kosten, die Einrichtung und Betrieb eines solchen Schiffahrtsweges verursachen, kann man erst an seine Erbauung denken, wenn die Frequenz auf dem Kanal eine gewisse Höhe erreicht hat.

Da man den größten Wert darauf gelegt hat, den Kanal zu einer Schnellverkehrsstraße zu gestalten, so hat man ihn nach Möglichkeit gerade gehalten. Hierbei ist man auch nicht vor sehr teuren Kunstbauten zurückgeschreckt. Ein solcher Kunstbau befindet sich besonders zwischen den Orten Velsitz und Wals. Hier durchläuft der Kanal eine Strecke von sehr durchlässigem Sand, und die Kanalsohle liegt hoch. Damit das hineingelassene Wasser nun nicht versickert, war es notwendig, es in einem undurchlässigen Bett, in einem richtigen Kanal zu führen, der aus Beton besteht. Man war in einer gewissen Sorge, ob dieser Bau auch dem gewaltigen Druck des Wassers genügenden Widerstand würde leisten können. Als das Wasser vor kurzem zum erstenmal eingelassen wurde, zeigte sich die Anlage als sehr verlässlich und vollkommen wasserdicht. Sie dürfte für künftige Kanalbauten in ähnlichem Terrain vorbildlich sein.

Die neue Wasserstraße mit ihrem stolzen Namen und ihren mächtigen Anlagen dient einem immerhin nur bescheidenen Zweck. Nach- und Aufwärts auf die Berliner Marktpreise wird sie erst zu zeigen haben. Als Augenmerk aber ist der Kanal in jedem Fall höchst beachtenswert.

Der dritte Dichterabend des Leipziger Schillervereins konnte als eine Mahnung an den Intendanten des Leipziger Stadttheaters aufgefaßt werden. Er erinnerte an eine Aufgabe, die die deutschen Bühnen noch nicht gelöst, ja kaum zu lösen versucht haben: die Bewältigung des gewichtigsten dramatischen Gedichts, das Henrik Ibsen hinterlassen hat, des Peer Gynt. Man kann mit absoluter Sicherheit schon heute sagen, daß die Gestalt des eposischen Phantasten Peer Gynt, der sein Leben vergeudet, in voller Größe weiter leben wird, wenn die lange Reihe von Ibsens sozialkritischen und symbolistischen Dramen schon längst verblüht ist. Deswegen, weil Ibsen, von gewissen Partien abgesehen, die gestaltende Kraft nie freier und stärker gestirmt ist als im Peer Gynt, in dem er mit dem Nationalgefühl seines Volkes abrechnet. Deswegen, weil hier eine Gestalt, die eine ganze Nation vertreten soll, zugleich so individuell gefaßt ist, daß sie eben auch rein als Persönlichkeit durchaus lebendig ist (mit Ausnahme natürlich des vierten Akts freilich, wo der Dichter immer wieder ins wühlmatmäßig Dazwischenredende verfällt). Nichts ist falscher als das hergebrachte Urteil, Peer Gynt sei zu norwegisch, als daß er im Ausland in die Breite wirken könnte. Das Gegenteil ist bis zu einem gewissen Grade richtig: er ist nicht norwegisch genug. Er wirkt durchaus überzeugend, ja zwingend, soweit Ibsen in der Ausformung des Typus Peer Gynt auf dem Boden der norwegischen Märchen- und Sagenüberlieferung bleibt. Namentlich wenn die Griechische Musik zu Hilfe genommen wird, wirkt Peer Gynts Abscheu ins Reich der Trolle und was damit zusammenhängt, durchaus als mit der ganzen Fabel verwachsen und daher überzeugend. Aber merkwürdigerweise wird die Ibsensche Phantastik sofort brüchig, sobald der Held den heimischen Boden verläßt und in fremden Ländern abenteuer. Denn dann kommt eine mit verstandesmäßigen Elementen verfehte Phantastik zu Worte, die in ihrer Willkür uns heute fremd geworden ist — sie erinnert etwas an Tied — und durchaus nicht mehr zu der Romantik paßt, in die Ibsen allmählich hineingewachsen war und die er hier endgültig überwand. Es bleibt als Hauptbedenken des Stückes bestehen, daß der Dichter noch breitenabender Schilderung von Peer Gynts Jugend für die Darstellung der Mannesjahre im vierten Akt nur eine stützenhafte Form fand, in der er, wie in Verlegenheit, auf alte, überlebte Formen der Romantik zurückgriff. Der letzte Akt, so große Schwierigkeiten er bietet, mündet dann wieder in die Welt der ersten Akte ein, bringt den starken, nicht bloß norwegischen, sondern allgemein europäischen Ausdruck für des Phantasten Neue und Erlösung.

Man ahnt daraus die Gefahren einer Aufführung des Peer Gynt. Es besteht die Gefahr, daß der Zuschauer im vierten Akt vollständig die Orientierung verliert und dann auch im fünften Akt nicht mehr mit kann. Eine Gefahr, die freilich zu überwinden ist, wie die Aufführungen der Kristianiaer Winternochte vor internationalen Publikum bewiesen, wo ausgerechnet Peer Gynt (allerdings zum Teil dank der nicht auszuscheidenden Griechischen Musik) am stärksten einschlug. Eine ähnliche Gefahr besteht natürlich, wenn das Stück rezitiert wird, und Agnes Symra, die gestern das Weidlich vortrug, erlag ihr denn auch. Sie trug, eine respektable Leistung, das große Werk stehend frei aus dem Gedächtnis vor, die einzelnen Rollen in den Urteilen spielend. Diese Form der darstellenden Rezitation, wie sie hier gewählt war, wirkte, nachdem erst die erste Abwekung überwunden war, überaus anregend, insofern als man eben immer die ganze Persönlichkeit der Künstlerin in Aktion und geistige Arbeit und körperlichen Ausdruck intensiv verknüpfte sah. Aber die Intensität des Gesamteindrucks ließ nach mit dem unglücklichen vierten Akt, der stark zusammengefallen gegeben wurde, und stieg nicht wieder an im letzten Akt, und hier ist dann zu fragen, ob das Verlangen lediglich von Ermüdung, ob nicht auch von einer oberflächlichen Auffassung der Katastrophe herrührt. Aber sei dem, wie ihm wolle, die Leistung als Ganzes er-

zwang sich Meisepf und wirkte schließlich, wie gesagt, wie eine Mahnung an unsere Theaterleiter, endlich mit einer Aufgabe anzubinden, die zu Unrecht als undankbar verschrien ist und, wenn Griegs Musik zu Hilfe genommen wird, auch reichen Lohn verspricht.

Neues Theater (Tristan und Isolde). — Als Frau Anna Bahr-Mildenburg in voriger Woche die Amneris in Verdis Aida sang, fielen als Hauptmerkmale ihrer Leistung ein außer- gewöhnlich eindringliches musikalisch-dramatisches Gestalten an den Höhepunkten, vollkommenes geistiges Beherrschen der Rolle und ein kluges Anpassen der gesanglichen Mittel für die Anforderungen der zwei letzten Akte auf. Auch die Hölde der Wiener Künstlerin erwies, daß Frau Bahr-Mildenburg sich den geistigen und seelischen Gehalt der Rolle nahezu restlos zu eigen gemacht und daß an intellektueller Ausbeutung der irischen Königsstochter demnach kaum noch etwas zu wünschen übrig bleibt. Gesang, Geste und Mimik verschmelzen zu einem Ganzen, in dem niemals leere Stellen bleiben. So war der erste Akt in Hinblick auf die Isolde-Partie fraglos hochinteressant; so wenig man sich mit all dem einverstanden erklären kann, wie es die Künstlerin macht. In mancher Hinsicht bietet sie fast zuviel an Bewegungen der Arme und Hände, die schließlich nicht so abwechslungsreich sind, daß man dies auf die Dauer nicht ermüdend fände. Sehr feil ist die Mimik der Sängerin; all die Uebergänge in den seelischen Emotionen, Hohn, Ironie, Schmerz und Liebeseifersucht spiegeln sich einprägsam in den Gesichtszügen dieser Hölde wider. Inwiefern hat man das Gefühl, als ob diese außerordentlich plastische Photographie der inneren Vorgänge beinahe etwas ins Nervös-Dekadente überginge und die irische Maid damit einen Stich ins Krampfische und Pathologische bekäme, wozu auch teilweise ihre Erscheinung und der Nachdruck, den sie auf die Zauberei in Hölde legt, beiträgt.

Was bei der Amneris in Aida angängig war, die stimmlichen Mittel für die späteren Akte aufzusparen, mußte in Wagners erstem Tristan-Akte freilich zu einem Dinge der Unmöglichkeit werden; hier hatte sich daher die Sängerin am Schluss des ersten Aktes stimmungsvoll abzugeben, und der zweite Akt erwies dann, daß das Organ völlig indisponiert geworden war. Die Stimme der Frau Bahr-Mildenburg hat eben ihre Blanzzeit seit langem hinter sich; man merkt ihr die Anstrengungen beim Singen deutlich an, und die Kraftstellen werden nur mit Mühe hervorgehoben und hervorgepreßt. Die Töne aber lassen den sinnlichen Wohlklang vermissen und sind meist erschütternd dünn und schwach. Wir weisen deshalb, daß Frau Bahr-Mildenburg, auch wenn sie ältern nicht indisponiert gewesen wäre, in den rein lyrischen Szenen des zweiten Aktes gesanglich erheblich Besseres zu geben imstande wäre, da sie auch als Amneris im letzten Akt verlagte. Alles in allem muß man also sagen, daß Frau Bahr-Mildenburg weit mehr durch ihre schauspielerischen und intellektuellen Qualitäten denn als Sängerin interessiert, daß ihre Bühnenercheinung in der Rolle nicht sehr vorzüglich wirkt und daß einige Stellen etwas Monotonies und Krampfisches an sich haben und wiederum manches, wie das zu häufige Auspreizen der Finger als ein Zuviel erscheint, dem man nicht immer Geschmack abgewinnen kann. Die rein-menschlichen Misse der stürmisch hastenden, stürmisch liebenden irischen Königsmaid standen zurück vor einer Erscheinung, die letzten Grundes etwas Unheimliches, etwas Verfeimtes an sich hatte. Ich bin bei der Hölde von Frau Anna Bahr-Mildenburg den Gedanken an ein Nachspiel in Callot-Doffmannscher Manier, an eine graue, mitternächtliche Gestalt, die die Sorge und das Verhängnis mit sich umherträgt, nicht recht losgeworden.

Neues Theater. Freitag, 7 Uhr: Agnos Hochzeit. Sonnabend, 7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag, 7 Uhr: Jibello. Montag, 7 Uhr: Undine (7. vollständige Opernvorstellung). — **Altes Theater.** Freitag, 8 Uhr: Magdalena. Sonnabend, 8 Uhr: Peterchens Mondfahrt (ermäßigte Preise). 8 Uhr: Die fünf Frankfurter. Sonntag, 8 Uhr: Peterchens Mondfahrt (ermäßigte Preise). 1/8 Uhr: Die Generaldeke (Erfassung). Montag, 8 Uhr: Die Generaldeke. — **Operetten-Theater.** Freitag, 8 Uhr: Vereinsvorstellung (Alt-Wien). Sonnabend, 8 Uhr: Der Frauenreifer. Sonntag, 1/8 Uhr: Vorstellung für den Ortsverband deutscher Gewerkschaften Leipzig-West (Wiener Blut). 1/8 Uhr: Don Cesar. Montag: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Alt-Wien).

Das russische Ballet (Balletspiele am 22. und 24. Jan. im Neuen Theater) wird in einer Personalstärke von etwa 30 bis 40 Personen hierherkommen. Für das Leipziger Ballet sind folgende Tanznummern vorgesehen: Thamar (Choreographisches Drama), Die Sphindin (Romantischer Traum), Carneval (Pantomimisches Ballet), Kleopatra (Choreographisches Drama), Der Geist der Rose (Choreographisches Bild), Polowener Nationaltänze. Grillparzers Jüdin von Toledo wird am Mittwoch im Alten Theater in einer Neuinszenierung des Intendanten in Szene gehen.

Leipziger Schauspielhaus. Freitag, 8 Uhr: Hinter Mauern. Sonnabend, 1/4 Uhr: Der gelige König (halbe Preise). 1/8 Uhr: Die im Schatten leben (Erfassung). Sonntag, 11 Uhr: Matinee für die Unteren Postbeamten (Der gelige König). 1/4 Uhr: Der gelige König (halbe Preise). 1/8 Uhr: Die im Schatten leben. Montag, 8 Uhr: Der guttische Jrad.

Baltischer-Theater. Freitag: Zwischen zwei Herzen. Sonnabend, Sonntag, nachmittags: Schneewittchen, abends: Der Zauberkünstler. Montag: Hier Meier, wer dort?

Konzerte. Freitag, 8 Uhr, im Feuersaal: Viederabend von Franz Federhof-Waller. — Sonnabend, 1/8 Uhr, im Kaufhaus: Vieder- und Duettabend von Hertha Dehmsow und Helmar Krieger. — Sonntag, 11 Uhr, im Kaufhaus: Matinee Ignaz Friedmann; 7 Uhr, im Kaufhaus: vierter Kammermusikabend des Böhmischen Streichquartetts (mit Severin Eisenberger).

lk. Wie schützt man Rohrleitungen gegen das Einfrieren? Mit Einsetzen der Frostperiode beginnen alljährlich in regelmäßiger Wiederkehr die Klagen über eingefrorene Gas- und Wasserleitungsrohre. Wird nicht allabendlich die Wasserleitung abgestellt, so tritt nicht selten der Fall ein, daß das Wasser in freiliegenden Rohren friert und das Eis, das ja einen größeren Raum einnimmt als das Wasser, die Rohrwandungen sprengt. Das Ausfließen eines Rohres gibt zu Ueberschwemmungen und andern leidigen Störungen Anlaß; die Reparatur ist außerdem mit nicht geringen Kosten verknüpft, so daß vorzügliche Hausbesitzer bei solchen Schäden vorbeugen suchen. Ein einfaches Mittel, die Wasserleitung gegen Frost zu schützen, besteht darin, die freiliegenden Rohre zunächst mit einer etwa fingerdicken Schicht von Stroh, Sägespänen oder Gerberlöse zu bedecken und auf diese Schicht ungebleichten Kalk zu packen, der wiederum von einer Lage Stroh oder Lohse umhüllt wird. Des besseren Aussehens wegen umwickelt man das Ganze mit einem Stück Leinwand und schneit es fest zusammen. Die erste Lage dient lediglich zum Schutz der Rohre gegen die unmittelbare Ver- rührung mit dem ungebleichten Kalk, der die Metalloberfläche zu sehr angreifen würde. Da der ungebleichte Kalk unter Luftabluß Feuchtigkeit absorbiert und sich auf Grund der bekannten chemischen Reaktion erwärmt, so wird die Temperatur der in der Packung zurückbleibenden Luft lange Zeit über dem Gefrierpunkt gehalten, so daß die Wasserleitung nicht mehr einfrieren kann. Diese gegen Kälte schützende Umkleidung der Rohre muß jedoch im Frühjahr wieder entfernt werden, weil sie bei eintretender Wärme leicht zu faulen anfängt.

Eine Umkleidung mit Kieselgurmasse oder Anisuloriererde bietet ebenfalls einen guten Schutz gegen das Einfrieren der Rohrleitungen. Aus Kieselgur, Lehm, Kuhhaaren und Voggenmehl wird durch Zu- satz von Wasser eine plastische Masse gebildet, die in blin- nen Schichten auf das Rohr aufgebracht wird, wobei jede Schicht zuerst getrocknet sein muß. Ueber diese Rohrbedeckung werden Streifen aus ganz billigem Antkoff gelegt und die ganze Bandagie-

rung mit einer Mischung von Leer und Kalk bestrichen. Dieser Mantelzug entspricht vollkommen der Isolierung der Warmwasser- rohre von Zentralheizungsanlagen gegen Wärmeverluste. Um das Einfrieren der Toiletenspülkästen im Winter zu verhüten, wird empfohlen, dem Wasser der Spülkästen etwas Glycerin zuzusetzen, das den Gefrierpunkt niedriger hält.

Eine ebenso gefürchtete Gefahr für Rohrleitungen ist das Einfrieren von Gasleitungen. Das Steinkohlengas, das mehr oder weniger wasserhaltig ist, hat beim Verlassen des Gasometers eine Temperatur von etwa 10 Grad Celsius; wird es wesentlich abgekühlt unter diese Temperatur, so wird sich das Wasser an den abgekühlten Rohrwandungen niederschlagen. Diese Abkühlung erfolgt am intensivsten an den Stellen, wo die Leitung aus einem verhältnismäßig warmen Gebäude tritt. Eine ganz billige Vor- richtung zur Verhütung des Einfrierens besteht in der Einschaltung eines drei- bis viermal weiteren Rohrstücks in die Leitung an der Stelle, wo sie aus der Erde oder der Hauswand ins Freie führt. Für dieses erweiterte Rohrstück genügt in der Regel eine Länge von 20 bis 30 Zentimeter. Das im Gas enthaltene Wasser wird sich an den Wänden der erweiterten Rohrstrecke niederschlagen, und bei starkem Frost wird auch die Eisbildung in Gestalt allmählich an- wachsenden Meiß vor sich gehen, während die weiterführende eigene Rohrleitung frei bleibt. Das eingeschaltete weite Rohrstück soll um- stände sein, die ganze Eisbildung in sich aufzunehmen, ohne daß eine Verstopfung der Gasleitung eintritt.

Die ältesten Herbarien. Wenn man auf den ältesten Ursprung der Herbarien zurückgehen wollte, müßte man wahrscheinlich die Zeiten des alten Ägypten zurückrufen, oder man kann vielleicht sagen, daß der Mensch Sammlungen von Pflanzen so früh angelegt haben wird, als er überhaupt um die Pflanzenwelt seiner Umgebung sich zu kümmern begann. Ohne Zweifel hat dabei zunächst die Nahrung, dann die Einsicht eines gewissen Nutzens und dann erst der Schönheitsginst und eigentlicher Wissensdurst den Trieb dazu gegeben. Dagegen besteht keine Sicherheit in dem Punkt, ob medizini- sche Pflanzen in erster Linie die Aufmerksamkeit und den Sammel- eifer des Menschen erregt haben. An dem Buch der Weisheit Salomo- nis ist schon von der Kenntnis der Beschaffenheit der Pflanzen und von den Tugenden der Wurzeln die Rede, und das läßt darauf schließen, daß die Verwendung von Pflanzenstoffen zur Arznei jedenfalls ein sehr früher Beweggrund zum Einsammeln von Pflanzen gewesen ist. Die Anlage eines eigentlichen Herbariums ist nun freilich noch etwas Besonderes, das vielleicht schon einen gewissen Grad von wirklicher Wissenschaft voraussetzt. Immerhin aber liegen die ältesten Beispiele von Herbarien weiter zurück als die Begründung der botanischen Wissenschaft als solcher, falls als ihr Schöpfer erst Linne anerkannt wird. Schon einige führende Geister des Altertums, die über Pflanzen geschrieben und auch manche Gesele zu ihrer Unterscheidung entwickelt haben, werden dazu wohl nur durch ein mehr oder weniger planmäßiges Botani- sieren gelangt sein. Als Beispiel ist namentlich Theophrast, ein Schüler des Aristoteles, zu nennen, der zuerst von einer Trennung zentripetalen und zentrifugalen Blütenstände sprach. Ein weiterer Förderer war der berühmte Albertus Magnus. Das erste gedruckte Buch über Pflanzen war nach den Untersuchungen von Dr. Agnes Arber das lateinische Werk, das den Titel Buch über die Eigen- schaften der Dinge führte und am Ende des dreizehnten Jahr- hunderts von Bartholomäus Anglicus verfaßt worden war. Dies Buch, das freilich nur zu einem Teil von Pflanzen handelt, wurde im Jahre 1470 gedruckt. Als das zweitälteste botanische Werk, das im Druck erschien, ist Das Buch der Natur von Konrad von Megen- burg zu nennen. Es wurde 1475 angelegt und zeichnete sich vor dem älteren Werk durch die durch die Abbildungen aus, unter denen sich viele Holzschritte verschiedener Pflanzen finden. Das Buch von Bartholomäus wurde erst 20 Jahre später von einem Holländer gleichfalls mit Holzschritten ausgestattet. Ein drittes „Herbarium“ aus fast derselben Zeit wurde von Apulejus Plato- nius herausgegeben und namentlich in England bis auf die neueste Zeit in hoher Schätzung gehalten. Die erste Auflage, eine bibliogra- phische Kostbarkeit ersten Rangs, stammt von 1480 und war mit rohen Nachbildungen der ursprünglichen Zeichnungen illustriert, die der Verfasser in seiner Handschrift gegeben hatte. Uebrigens sind von diesem Werk auch jetzt noch vier handschriftliche Kopien er- halten, und zwar mit farbigen Illustrationen. Der Botaniker Wayne hat jedoch die Behauptung aufgestellt, daß diese farbigen Pflanzenbilder nicht von Apulejus selbst entworfen, sondern nach griechisch-römischen Zeichnungen verfertigt worden sind. Im Jahre 1485 erschien dann ein deutsches Buch, das den Namen „Herbarium“ führt und einige Jahre später eine Erweiterung auf die Beschrei- bung auch von Tieren und Steinen empfing. Die Abbildungen in diesem Buch sind besonders merkwürdig und zeugen von einer großen Unvollkommenheit in der Beobachtung. —

Ein neues Verfahren zum Kalfang. Der Kalf ist mehr und mehr zu einem kostbaren Fisch geworden, und es besteht daher ein gesteigertes Interesse daran, seine Fortpflanzung zu fördern und die Mittel zu seinem Fang zu verbessern. Die alte Stadt Comacchio südlich von der Pomündung ist der Mittelpunkt des bedeutendsten Kalfangs in Europa, der sich an diesem Teil der italienischen Küste nordwärts bis nach den Lagunen von Venedig hinaus erstreckt. In den Monaten Februar bis April wird der Eintritt der aus dem Adriatischen Meer kommenden Kalbrut in die Lagunen mit jedem Mittel gefördert. Im Mai werden dann die Verbindungskanäle nach dem Meer hin durch Schiffsbanten gesperrt, um die Brut in den Lagunen zurückzuhalten. Der ganze Sommer vergeht mit der Bervollständigung dieser Sperrungen zu wahren Labyrinth, in denen dann im Herbst die Kalf, die nunmehr zum Meer zurückwan- deren wollen, gefangen werden. In Dänemark ist jetzt ein neues Verfahren zur Aufzucht und zum Fang von Kalen eingerichtet wor- den, dem Professor Hentling in den Mitteilungen des Deutschen Seefischereivereins eine eingehende Beschreibung widmet, die sich da- durch rechtfertigt, daß dabei die natürlichen Lebensgewohnheiten des Kalfs besonders scharfsinnig und auf verhältnismäßig einfache Weise ausgenutzt worden sind. Der Platz ist eine künstlich kleine Lagune in der Nähe der dänischen Stadt Auklöbing, die am Fjeldord unweit seiner Einmündung in das Kattegat gelegen ist. Diese durch einen Damm angebaute Lagune ist nur durch eine Doppelschleuse mit dem Fjord verbunden und enthält ein schwach salzhaltiges Wasser. Um die Bewässerung dieser Fläche in geeigneter Weise zu sichern, ist je ein Windmotor zum Anpumpen von Seewasser und Süßwasser ange- stellt worden. Der so geschaffene Teich hat etwa zwei Fuß Wasser- tiefe, ist reichlich mit Pflanzen durchwachsen und umschließt noch einige kleine Inseln. Die in den ersten Monaten des Jahres an der Küste eintreffende Kalbrut wird an der Schleuse der Lagune durch eine rigne Vorrichtung eingefangen. Das Schlenstentor wird geöffnet und ein torbartig durchbrochener Holzkasten, der mit See- gras gefüllt ist, hinabgelassen. Die Kalbrut wird nun durch das aus dem Inneren der Lagune fließende Süßwasser in diesen Kasten gelockt und darin durch das Seegrass festgehalten. Einmal täglich wird das Seegrass herausgenommen. Die darin enthaltene Kalbrut hat sogar in dem nicht besonders günstigen Jahre 1912 die anschau- liche Zahl von fast 100 000 Stück erreicht. Diese Brut wird nun in die Lagune eingeleitet. Die erwachsenen Windmotoren treten dann in ihre eigentliche Tätigkeit ein, wenn Kalf für den Markt gefangen werden sollen. Die erwachsenen Kalf streben nämlich ebenso stark nach dem Salzwasser wie die Kalbrut nach dem Süßwasser. Infolge- dessen werden Fangkästen aufgestellt und diese durch den einen Motor mit Seewasser vollgepumpt. Durch eine Oeffnung am Boden fließt das Seewasser in die Lagune ein und lockt die erwachsenen Kalf an, die nun durch die Löcher des Fangkastens in diesen hineinschwimmen und dort in kleinen Garnreusen festgehalten werden. Selbstver- ständlich werden die Kalf während des Wachtums in der Lagune künstlich gefüttert, und zwar mit Abfällen des übrigen Fischfangs. Der Kalfang hat sich an dieser Stelle seit dem Jahre 1908 auf nahezu den sechsfachen Betrag gehoben. —

Reichstag.

91. Sitzung, Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratsstisch: Dr. Deibredt.

Der Etat des Innern. Dritter Tag.

Abg. Frhr. v. Gamp (Reichsp.): Namen meiner Freunde habe ich zunächst meine einstimmige Entzifferung über das Auftreten des Abg. Wetterle in Frankfurt ausgedrückt. (Bravo!) Ein solcher Mann sollte selbst einsehen, daß für ihn im deutschen Reichstag kein Platz ist. (Bravo!)

Die hässliche Art, mit der die Sozialdemokratie die deutsche Sozialpolitik in den Stand setzt, ist bekannt. Die Verschönerung der Angehörigen, die Ausdehnung der Krankenversicherung auf das ganze Land scheint Herr Fischer verschlafen zu haben. Es ist einmütiger Wunsch der bürgerlichen Parteien, daß dem Volke erst einmal Zeit gelassen wird, sich in diese neuen Gesetze einzuleben. Außer großen Problemen steht nur noch die Arbeitslosenversicherung an. Aber sie läßt sich nicht als Zwangsversicherung einführen. Auf dem Lande trägt heute der Arbeitgeber durch die langfristigen Kontrakte allein die Kosten vorübergehender Arbeitslosigkeit. Die gelehrten Industriearbeiter stehen sich heute viel besser als die Handwerker und Bauern. (Sehr richtig! rechts.) Sie können sich viel besser ernähren und haben auch nicht die Sorge um die Zukunft, weil ein tüchtiger Arbeiter heute überall Arbeit findet. (Sehr richtig! rechts, Lachen bei den Soz.) - Gegen den Terror der Sozialdemokraten, der Arbeitswillige an Arbeit verhindert, muß der Staat einschreiten. Dazu ist vor allem ein Verbot des Streikpostenstehens notwendig. Industrie und Handelsstand fordern jetzt einmütig einen solchen Schutz der Arbeitswilligen. Auf die Dauer kann sich auch kein Staatssekretär diesem einmütigen Rufe der gewerbetreibenden Kreise entziehen. Der Staatssekretär hat sich seinerzeit auch nur gegen ein Ausnahmegericht erklärt. Auf das Wort lege ich gar keinen Wert, nennen Sie es doch anders. Hoffentlich findet der Staatssekretär einen Weg, der es auch den Freisinnigen ermöglicht, solchen Maßnahmen zuzustimmen. Die Verdrängung des Abg. Fischer gegen das Reichsgericht weise ich als politische Brunnenvergiftung zurück. Redner klagt über die Schäden, die dem kleinen Kaufmann durch die Konsumvereine und Warenhäuser zugefügt werden. Herr Müller-Meinungen hat das preussische Wahlrecht kritisiert. Die süddeutschen Herren sollten doch erst die preussischen Verhältnisse kennen lernen, ehe sie darüber sprechen. Nach einem Worte Wislitzki sah sie wie eine Wolldecke, die anfangs etwas kratzt, in der man sich aber sehr bald recht wohl fühlt. (Zustimmung rechts.)

Abg. Jrl (Zentr.): Auch wir mißbilligen das Auftreten Wetterle's, falls die Zeitungen richtig darüber berichtet haben. Dr. Wetterle ist nicht Mitglied des Zentrums. Das könnte auch Herr Müller-Meinungen wissen, der sich weit besser mit seinem Parteifreund Blumenthal beschäftigt hätte. (Sehr laut! im Zentr.) Der Redner klagt, daß es dem selbständigen Mittelstand so schlecht geht. Der Reichstag hat oft etwas für ihn tun wollen, aber die Regierung vertreibt ihn immer nur mit schwebenden Erwägungen. Was den Schutz der Arbeitswilligen anlangt, so wollen wir keine Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter. Streiks können durchaus berechtigt sein. Aber wir verlangen auch, daß diejenigen, die arbeiten wollen, nicht durch Gewalt daran gehindert sind. (Bravo! im Zentr.) Mit dem Schlagwort „Justizhaushalt“ werden die Arbeiter nur ertzt geföhrt. Man soll die Streitereien zwischen Arbeitern nicht zu ernst nehmen, aber unhaltbar ist der Zustand, daß ein Arbeiter an der Arbeit verhindert, oder ein Streik infamisiert wird, weil Arbeiter sich aus prinzipiellen Gründen nicht einer bestimmten Gewerkschaft anschließen wollen. (Sehr richtig! im Zentr.) Auch das Handwerk muß auf gesetzgeberischem Schutze dastehen. Aus diesem Grunde haben wir im vorigen Jahre für die konservative Resolution betr. den Schutz der Arbeitswilligen gestimmt. Diesmal ist die Resolution nicht ganz glücklich geföhrt, denn es ist schwer, festzustellen, was im einzelnen Falle Streikpostenstehen ist. - Redner wendet sich zum Schluß gegen die Beamtenkonsumvereine und verlangt die endliche Einführung des zweiten Teils des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen. (Bravo! im Zentr.)

Staatssekretär Dr. Deibredt: Ich will mich heute auf Ausführungen zur Sozialpolitik beschränken. Meine Rede über das Koalitionsrecht hatte lediglich den Zweck, an der geschichtlichen Entwicklung der Gesetzgebung und der Funktion der Grenzen des Koalitions- und Vereinsrechts festzulegen. Meine juristischen Ausführungen sind bis jetzt nicht widerlegt. Auf die Konsequenzen einzugehen, die sich aus meinen Ausführungen für das Handeln bestimmter Ressorts ergeben könnten, war nicht meine Absicht. Auch wie die Grundzüge in den einzelnen Ressorts angewendet werden, habe ich nicht zu vertreten, dies geschieht vielmehr unter der Verantwortung der betreffenden Ressorts. Deshalb ist der Vorwurf des Abg. Fischer, durch meine Ausführungen sei das Koalitionsrecht vernichtet worden, unbegründet. Ständig werden Versuche gemacht, das Koalitionsrecht über seine Grenzen hinaus zu erweitern; die Regierung wird dadurch in eine Kampfstellung gedrängt und aus ihrer dauernden Abwehr dieser Versuche wird der Anschein einer Unfreundlichkeit erweckt, die gar nicht besteht. Die weitgehenden Konsequenzen, die Herr Dr. Müller-Meinungen aus meinen Bemerkungen über die Einzeltitel, die nur den Geltungsbereich des § 1 des Reichsvereinsgesetzes nach allen Richtungen festlegen sollten, gezogen hat, lehne ich ausdrücklich ab. Herr Dr. Müller wollte Aufklärungen über den Inhalt unserer Verhandlungen mit der Kurie. Ueber diplomatische Verhandlungen ohne Zustimmung des andern Teils Mittelungen zu machen, ist nicht üblich. Es genügt aber auch, was ich schon mitgeteilt habe: daß wir in Rom zugunsten der christlichen Gewerkschaften gewirkt haben, und zwar vor der Kurie, und daß dieses den Willen der Kurie erkennen läßt, den katholischen Arbeitern den Beitritt zu den Gewerkschaften nicht zu verbieten, und daß namentlich das Fortbestehen der christlichen Gewerkschaften gesichert ist.

Graf Westarp forderte einen erhöhten Schutz der Arbeitswilligen. Das, was ich im vorigen Jahre gesagt habe, ist auch heute noch meine Meinung, auch die der beteiligten Ressorts und insbesondere des Reichsanlagers. Alle Forderungen zum Schutz der Arbeitswilligen gipfeln in dem Ruf nach einem Verbot des Streikpostenstehens. Ich wiederhole noch einmal, daß ich dieses Verbot für ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Unruhe halte, die ich mit Ihnen anerkenne. Der Terrorismus gegen Arbeitswillige wird nur zum kleinen Teile durch Streikposten ausgeübt. Er geschieht vielmehr

durch Leute beim Spazierengehen, durch Frauen, durch Kinder, er wird ausgeübt in den Werkstätten, in den gemeinsamen Waschküchen, in den Konsumvereinen, Kafen und Restaurationen. Eine juristisch einwandfreie Formulierung des Streikpostenstehens zu finden, dürfte überaus schwer sein. Die Bekämpfung der belagerten Erscheinungen kann nur durch eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über Beleidigung, Nötigung, Körperverletzung usw. gefunden werden. In der Ausarbeitung solcher Bestimmungen sind wir begriffen. Ich halte es aber nicht für angebracht, sie losgelöst von der allgemeinen Strafrechtsreform, hier zu verhandeln. Dazu kommt, daß das geltende Recht tatsächlich bisher ausgereicht hat. So sind im Ruhrrevier etwa 2000 Anlagen erhoben worden (Recht. hört, hört! bei den Soz.), und es hat sich in vielen Fällen um Ausstellungen von streikenden Bergleuten gegen Arbeitswillige gehandelt, während nur eine geringe Zahl von Ausschreitungen Arbeitswilliger zur Kenntnis der Behörde gelangt sind. (Recht. hört, hört! bei den Soz.) Ein großer Teil der Beurteilungen richtet sich gegen Augenblicke, die niemals zu Streikposten verwendet werden, gegen Frauen, die ebenfalls nicht Streikposten stehen, sondern die Praktikanten des Arbeiterheeres sind. (Große Heiterkeit.) Auch Widerstand gegen Beamte und Militär wurde hervorgerufen durch den Schutz, den Polizei und Militär den Arbeitswilligen angedeihen lassen mußten. Durch ein gesetzliches Streikpostenverbot einzugreifen, halte ich für unwirksam; aber gerade die Vorgänge im Ruhrrevier beweisen, daß ein erhöhter Schutz der Arbeitswilligen notwendig ist. (Recht. Zustimmung rechts und im Zentr.) Sie (zu den Soz.) haben keinen Anlaß, über schornaderische Tendenzen zu klagen, wenn wir diesen Nebelständen unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Wenn der Ruf nach Beschränkung der Koalitionsfreiheit immer stärker in diesem Hause ertönt, tragen Sie allein die Schuld. Niemand wird angefochten, der seine Rechte in einer Weise ausübt, daß die Rechte anderer nicht verletzt werden. Sorgen Sie dafür und Sie können es bei Ihrer

wunderbaren Disziplin,

daß bei den Streiks die Freiheit anderer nicht angefaßt wird, so wird kein Mensch in diesem Hause auf den Gedanken kommen, eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu fordern. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ich war darauf geföhrt, daß der Abg. Fischer der Regierung den Vorwurf mangelnden sozialen Verständnisses machen würde, war aber auf die Begründung gespannt. Und ich muß sagen, die Begründung hat mich enttäuscht. Wenn man aus seinen Ausführungen die pikantesten Momente aushebt, die sich aus dem Umstand ergeben, daß ihm ein Teil einer Korrespondenz zwischen mir und dem Minister des Innern in Preußen auf den Tisch gelangt war, so bleibt wenig übrig. Wesentlich auf diese Korrespondenz, die einen ganz andern Gegenstand behandelte, bant der Abg. Fischer die Behauptung auf, das Reichsamt des Innern sei unfähig, irgendeine Aktion auf sozialpolitischem Gebiete zustande zu bringen wegen seiner Abhängigkeit von Preußen. Im übrigen wies er zum Beweis für seine Behauptung der sozialpolitischen Unfruchtbarkeit im wesentlichen auf 6 Punkte hin, auf die ich kurz eingehen will. Die Ordnung der Arbeitsverhältnisse auf dem Gebiete der Binnenverkehrsfahrt noch nicht erfolgt ist, ist richtig. Wegen der großen Verschiedenartigkeit der Verhältnisse auf den einzelnen Stromgebieten ist eine generelle Regelung kaum möglich. Ueber spezielle Vorschriften für das Stromgebiet des Rheins, wo zweifellos Mißstände bestehen, haben Verhandlungen mit den interessierten Kreisen stattgefunden, das Material wird gegenwärtig verarbeitet. Was die Deimarbeit betrifft, so muß die Bildung von Fachauschüssen zweckmäßig von den Bundesstaaten angeregt werden. Soweit mir Anträge zugegangen sind, z. B. aus der Konfektionsindustrie in Berlin, habe ich sie sofort dem betreffenden Bundesstaat übergeben. Der preussische Handelsminister wird voraussichtlich in Kurzem mit einer Reihe solcher Anträge an den Bundesrat herantreten. Ich nehme an, daß als erster der Antrag von Berlin hoffentlich in positivem Sinne entschieden werden wird. Die Ausführungsbedingungen für Fachauschüsse sind in Arbeit. Für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit der Zigarrenhandarbeit sind Anordnungen in Vorbereitung. Weiter sind Vorbereitungen getroffen für eine ausgedehntere Regelung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. - In der Beschränkung der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien sind wir an die Grenze des Möglichen gegangen und können in Rücksicht auf die Gewohnheiten des Publikums und die Bedürfnisse der Betriebe jedenfalls zurzeit nicht weitergehen. Dabei sind die Vorschriften eingehend, so wird sich von selbst die Möglichkeit und der Drang ergeben, weitere Einschränkungen vorzunehmen. Ein Gesetzesentwurf betr. Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe liegt beim Bundesrat. Die Verhältnisse der Arbeiter in der schweren Eisenindustrie sind erst vor Kurzem durch die Verordnung von 1908 geregelt. Es wäre vorzuziehen, an der Verordnung jetzt schon etwas zu ändern. Die an uns gelangten Wünsche in dieser Richtung werden geprüft werden. Ferner ist wieder beklagt worden, daß so wenig Bundesratsverordnungen auf Grund des § 120 e der G.-D. erlassen worden sind. Das liegt, wie schon im vorigen Jahre betont, daran, daß ein großer Teil der zu regelnden Fragen bereits geregelt ist. Wir haben auf dem Gebiete der Sozialpolitik eine rege Tätigkeit entfaltet, so daß eine gewisse Ruhe notwendig ist, wenn auch der Abg. noch laßt. Wir haben die Krankenversicherung auf weitere Kreise ausgedehnt, es besteht Unfall-, Invalidenversicherung, Versorgung der Hinterbliebenen. Wo soll auf dem Gebiete der Versicherung der Arbeiter noch etwas herkommen? Natürlich werden sich im Laufe der Jahre Erweiterungen ergeben. Aber daß wir auf dem großen Gebiete der Versicherungs-gesetzgebung vorläufig einen Schluß machen, ist selbstverständlich. Dazu kommt, daß wir über die Arbeiterversicherung schon hinausgegangen sind durch das Angestelltenversicherungsgesetz.

Die Zahl der Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter ist ebenfalls immer mehr erweitert. Bei erwachsenen Arbeitern haben wir allerdings nur den sanitären Maximalarbeitszeitgesetz eingeföhrt, einen allgemeinen gesetzlichen Maximalarbeitszeitgesetz abgelehnt. Das muß der Vereinbarung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern vorbehalten bleiben. Auf jeden Fall ist es falsch, die Zahl der Verordnungen auf Grund des § 120 e als Maßstab für unsere Fürsorge für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter anzunehmen. Neben dem Bundesrat können die Landeszentralbehörden Verfügungen erlassen, es können Polizeiverordnungen erlassen werden. Beides ist in erheblichem Umfange geschehen. Auch ist die Möglichkeit gegeben und benützt, bei Erzielung von Konzessionen für gesundheitsgefährliche Betriebe Vorsorge für die Gesundheit der Arbeiter zu treffen. Wenn gestern besonders auf die chemische Industrie hingewiesen wurde, so möchte ich betonen, daß jeder Wunsch zu einer generellen Regelung dieser Materie an

der großen Verschiedenheit der Betriebe scheitert. Es gibt chemische Betriebe, die ziemlich ungefährlich sind, wie Stearinfabriken usw. Trotzdem werden wir die Verhältnisse der besonders gefährlichen Zweige der chemischen Industrie nach wie vor prüfen. Also wir haben in der weiteren Entwicklung unserer sozialpolitischen Aufgaben nichts unterlassen. Ich möchte darauf hinweisen, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus Anlaß der letzten Präsidentschaftswahl das Programm der neuen Fortschrittspartei, das sich besonders auszeichnet durch umfassende Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet, dadurch erkennen läßt, was auf diesem Gebiete in den Vereinigten Staaten alles noch nicht geschehen ist. Da wird z. B. gefordert bessere Volksschulbildung, Verbot der Kinderarbeit, Verbot der Nachtarbeit für Frauen usw. usw., eine große Reihe von Forderungen, die bei uns erfüllt oder deren Regelung in Angriff genommen ist. Daraus ergibt sich, daß auf dem Gebiete der Fürsorge für die Arbeiter in dem republikanischen Nordamerika, dem klassischen Lande der individuellen Freiheit, sehr vieles noch nicht geschehen ist, was wir in Deutschland mit unsern angeblich rückständigen Verfassungen bereits geschafft haben. Ferner stelle ich fest, daß unsere ganze sozialpolitische Gesetzgebung aus der Initiative der Reichsregierung hervorgegangen ist (Lachen bei den Soz.), und daß es eine Reihe von Jahren gedauert hat, bis Sie (zu den Soz.) sich entschlossen haben, für solche Gesetze zu stimmen. (Erneutes Lachen bei den Soz.) Dieser Vergleich mit den Vereinigten Staaten sollte in uns allen das Bewußtsein stärken, daß wir mit unsern heimischen Verhältnissen durchaus zufrieden sein können. Im Anschluß daran will ich, ohne mich hier im Hause auf eine Kritik an dem Verhalten eines Mitgliedes dieses Hauses einzulassen, doch all denen danken, die ihrer Abneigung gegen das Treiben des Abg. Wetterle Ausdruck gegeben haben. (Recht. Bravo! rechts.)

Abg. v. Gräfe (konf.): Wir schließen uns der allgemeinen Entzifferung über das Treiben des Abg. Wetterle an. (Bravo!) - Der Redner wendet sich dann den Wünschen des Mittelstands zu. Dem Verlangen der Bäckergesellen nach Beistimmung der Nachtarbeit stehen wir, rein menschlich betrachtet, sympathisch gegenüber. Aber um Großbäckereien würden in Stande sein, ohne Nachtarbeit des Morgens frische Ware zu liefern, der Mittelstand also hätte den Schaden davon, und deshalb müssen wir die Forderung ablehnen. Für die Sozialgesetzgebung hat zunächst der alte Kaiser und dann in diesem Hause meine Partei die Initiative ergriffen. (Große Heiterkeit links.) Aber Gegenstand der sozialen Fürsorge dürfen nicht nur die Arbeiter sein, sondern vor allem der so sehr gefährdete Mittelstand. Für ihn erwarten wir von der Regierung nicht nur Erwägungen, sondern eine rettende Tat. (Bravo! rechts.)

Abg. Doormann (Sp.): Wenn die Volksfürsorge der freien Gewerkschaften nur die staatliche Zwangsversicherung ergänzen soll, können wir nichts dagegen haben. Ein sehr erheblicher Teil meiner Freunde wünscht, daß der Bundesrat die Unfallversicherung auf geübliche Berufskrankheiten ausdehnen möchte.

Abg. Schwabach (nat.-lib.) hebt die Fürsorge seiner Partei für den Mittelstand hervor und wünscht, daß das Reichsvereinsgesetz den vaterlands- und königstreuen Pittaren gegenüber loyal gehandelt werde.

Abg. Kurzawa (Pole) führt Beschwerde über die Handhabung des Vereinsgesetzes in den polnischen Provinzen Preußens.

Abg. Dr. Werner-Giesen (Antif.) bringt wörtliche Wünsche vor und beklagt den Einfluß des Judentums, der bis in die höchsten Stufen reicht. Kempinsky bezieht Rabbiner Kacheln, Wertheim und ebenso die Synagoge in der Jasauerstraße konnten sich des höchsten Besuches erfreuen. Ich bedaure das tief im Interesse des deutschen Volkes, der dem deutschen Volke so viele große Männer geliefert hat, z. B. Wislitzki und Zepplern. (Große Heiterkeit.) Auch ein sehr hoher Stelle sind Leute, die die Interessen des Mittelstands mit sich führen. (Präsident Raempf rief diesen Ausdruck aus.) Die Warenhäuser verkaufen gegen das Gesetz wider den unlauteren Wettbewerb und müssen deshalb verboten werden. (Große Heiterkeit.) Auf den Abg. Wetterle sollte wegen seiner deutschfeindlichen Agitation ein Dommerwetterle niedergehen. (Heiterkeit.) Auch die Freisinnigen haben bei den Handelsverträgen die Interessen des Auslands vertreten. (Lärm links.)

Präsident Raempf ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Werner ruft zum Schluß der Sozialdemokratie den Terrorismus bei den Landtagswahlen und die Abweichung des Etats vor. (Lachen bei den Soz., Beifall rechts.)

Das Haus vertagt sich.

Abg. Müller-Meinungen (Sp.) stellt in persönlicher Bemerkung gegenüber dem Abg. Jrl fest, daß Wetterle Mitglied der eifäßtichen Zentrumsparlei ist. (Hört, hört!)

Nächste Sitzung: Donnerstag, 1 Uhr. Weiterberatung.

Aus den Reichstagskommissionen.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte am Dienstag die Beratung über die Vermehrung der kleinen Banknoten fort. Genosse Ledebour bekämpfte das Verlangen der Regierung, sie zu erwächtigen, ohne an eine Höchstgrenze gebunden zu sein, kleine Banknoten in beliebiger Summe auszugeben. Es sei zu befürchten, daß im Falle einer Krise das Publikum massenhaft die Noten gegen Bargeld umzutauschen trachte, was zu einer Erschütterung des Geldverkehrs und zum Zwangskurs für Banknoten führen könne. Die Bindung auf eine gewisse Summe habe mindestens den Wert, daß vorfichtiger mit der Ausgabe von Banknoten verfahren werde. Auch die Sozialdemokraten hegen gegen das jetzige Reichsbankpräsidium nicht das geringste Mißtrauen, aber man solle Entscheidungen so bedeutender Natur nicht durch Personenfragen beeinflusst fallen. Genosse D o s h legte diesen Darlegungen hinzu, daß es unstrittig wünschenswert sei, wenn im Verkehr das Papiergegeld eine weit höhere Rolle als bisher spiele. Bedenklich sei aber die Verbindung der Notenvermehrung mit Rüstungsvorbereitungen. Es scheint eben doch, daß die Regierung den Geldbestand nur erhöhen wolle, um ihn im Kriegsfall zu benützen zu können. Die Ausgabe der Noten müsse daher begrenzt werden. Weiter wünsche er, daß der Industrie, die Gold verarbeitet, der Bezug von gemünztem Golde nicht erschwert wird, weil sie sonst mit hohen Kosten sich anderwärts Gold verschaffen müßte. Der konservative Graf Westarp erklärte, daß seine Parteifreunde für die unbegrenzte Ausgabe von Banknoten eintreten. Gleichzeitig wünschten sie aber ein Depositionsgesetz, um der Kredit speculation entgegenzuarbeiten. Gegen das geforderte Depositionsgesetz wendeten sich sowohl die Regierungsvertreter, wie die Redner aller anderen Parteien mit dem begründeten Hinweis, unlauntere Manöver im Bankwesen könnten durch Gesetze nicht wirk-

MAGGI Würze ist einzig! (Advertisement for Maggi seasoning with images of a product tin and a glass dish with a spoon.)

jam belämpft werden. Für die Sozialdemokratie erklärte Genosse Ledebour, sie würde jedem gelegentlichen Vorgehen zustimmen, das die ungeliebte Spekulation trübt, wenn es möglich wäre und berechtigte wirtschaftliche Interessen nicht geschädigt werden. Aber alle bisherigen Erfahrungen warnen vor der Erfüllung des Verlangens der Konservativen. Abg. Passche forderte härtere Ausprägung von Silbergeld neben vermehrter Banknotenausgabe. Ein großer Metallschmelzer sei die beste Sicherung für das Wirtschaftsleben und für den Kriegsfall. Reichsbankpräsident v. Havenstein wies darauf hin, daß in keinem Lande der Welt die Ausgabe kleiner Noten an eine Grenze gebunden sei; Oesterreich habe die Begrenzung versucht, habe sie aber wieder aufgeben müssen. Die Regierung könne unmöglich im Voraus sagen, welcher Notenbedarf in nächster Zukunft vorhanden sein werde. Staatssekretär Delbrück fügte dem hinzu, daß die Kommission, falls sie an der im Jahre 1906 vereinbarten Bindung festhalten wolle, die Grenze sehr hoch legen müsse. Im übrigen bekämpfe er die erwähnte Vereinbarung, die eine staatsrechtliche Anomalie sei. Der Vereinbarung zwischen Regierung und Budgetkommission fehle doch jede rechtliche Grundlage.

Wegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde darauf beschlossen, die Regierung zu ermächtigen, kleine Banknoten in unbegrenzter Höhe ausgeben zu können. Sodann wurde die Debatte über die Organisation des Reichsamt des Innern wieder aufgenommen. Graf Westarp meinte, an sozialpolitischen Gesetzen sei Ueberfluß statt Mangel. Er wüßte kein schnelleres Tempo. Neugierig sei er, welche Folgerungen die Sozialdemokraten aus der Schilderung Delbrücks über die deutsche Staatsmaschinerie ziehen werden. Staatssekretär Delbrück tat sehr erstaunt darüber, daß seine Schilderung der selbstverständlichen Tatsachen Aufsehen erregt habe. Die, unstrittig komplizierte deutsche Staatsmaschinerie arbeite übrigens gar nicht schlecht. Genosse Ledebour erklärte, daß der heutige staatsrechtliche Zustand in Deutschland einfach unhaltbar geworden ist und eine Aenderung eintreten müsse. Er für seine Person trete für die Befestigung der Bundesstaaten und für Schaffung des deutschen Einheitsstaates ein mit parlamentarischer Regierung auf demokratischer Grundlage. Daß ein Bundesstaat (Preußen) die Reichsgeschicung nach Gutdünken beeinflussen, ja hemmen könne, sei ebenso schädlich wie unhaltbar. Hieran wurde die allgemeine Debatte geschlossen.

Das Zentrum brachte eine Resolution ein, den Reichskanzler zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, der durch die sogenannte Naturalisation herbeigeführten künstlichen Verteuerung des Kaffees entgegenzuwirken. Bei der sehr lebhaften Debatte über diese Resolution gab Genosse Wolfenbühler seinen Erfassungen darüber Ausdruck, daß gerade die Partei, die vornehmlich dazu beigetragen hat, den Kaffee durch die Zoll- und Steuererhebung zu verteuern, jetzt der Verteuerung steuern will. Der Kaffeezoll habe direkt dazu geführt, daß Staaten wie Sao Paulo, die viel Kaffee ausführen, zu Repräsentanten gegen Deutschland gesparten seien. Die Aufhebung des Kaffeezolls würde sofort zu einer wesentlichen Verbilligung führen. Diese Forderung war den bürgerlichen Vertretern recht unangenehm. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Das Petroleummonopol.

Die Kommission zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfes über das Petroleummonopol hielt Dienstag ihre erste Sitzung ab. Ent-

sprechend einem Antrage der Zentrumsglieder und des Vorsitzenden der Kommission, Genossen Durrm, erteilte der Vertreter der Staatsregierung zunächst Auskunft über die folgenden drei Fragen:

1. Kann sich Deutschland unter Ausschluß der Standard Oil Company ausreichend mit gutem und billigem Leuchtöl versorgen? Die Antwort lautete: Deutscher Bedarf ist 8 Prozent der Weltproduktion. Für uns in Betracht kommen als Produktions- und Lieferungsländer nur der Westen der Vereinigten Staaten, Mexiko, Südamerika und Russland, Galizien und Rumänien. Zu beachten sind nur die Mengen, die ausgeführt werden und davon wieder nur der Teil, der nach Westeuropa geht. Nach Westeuropa werden heute ausgeführt aus Russland 220 000 Tonnen, aus Rumänien 100 000 Tonnen und aus Galizien 200 000 Tonnen. Davon gehen jetzt nach Deutschland aus Russland 20 000 Tonnen, aus Rumänien 25 000 Tonnen und aus Oesterreich 120 000 Tonnen. Für das Reichsmonopol würden nun zur Verfügung aus Galizien auf Grund von Vorverträgen garantiert 75 000 Tonnen, aus Rumänien und Russland etwa 1/3 der obigen Ausfuhr nach Westeuropa mit 220 000 Tonnen. Die mögliche Gesamtlieferung Osteuropas an das Reichsmonopol beträgt also 300—350 000 Tonnen. Vom Westen und Süden Amerikas liegen zahlreiche Angebote vor für Lieferung an das Reichsmonopol von leistungsfähigen, kapitalstarken Gesellschaften. Diese Angebote belaufen sich auf 700 000 Tonnen insgesamt. Somit ergäbe sich zur Versorgung des deutschen Marktes ein außerhalb der Standard Oil Company zur Verfügung stehendes Quantum von 1 000 000 bis 1 100 000 Tonnen Leuchtöl. Da der deutsche Bedarf zwischen 750—800 000 Tonnen jährlich sich bewegt, so wäre die gestellte Frage mit „Ja“ zu beantworten. Außerdem wäre eine Qualitätsverbesserung und eine Verteuerung des Leuchtöles ausgeschlossen.

2. Was ist von der Reichsregierung bisher geschehen, um den Bedarf sicher zu stellen?

Die Antwort hierauf lautete: Die Regierung hat jetzt schon eine Reihe von Verträgen abgeschlossen, wodurch ein Bedarf von 375 000 Tonnen gesichert ist. Zu diesen vertraglich gesicherten 375 000 Tonnen kommen noch, aus Oesterreich und Deutschland rund sichere 100 000 Tonnen, so daß 475 000 Tonnen garantiert wären und noch 350 000 Tonnen zu decken blieben. Für diese liegen aber Angebote bis zu 550 000 Tonnen vor, so daß ihre Deckung keine Schwierigkeiten bereite, wenn das Gesetz einmal beschlossen sei. Die Regierung habe deshalb noch nicht für den ganzen Bedarf abgeschlossen, weil sie der Standard Oil Company Gelegenheit geben wolle, sich an der Versorgung Deutschlands auch weiterhin zu beteiligen. Um die gute Qualität zu garantieren, seien in die Verträge genaue Vorschriften aufgenommen.

Die Preise würden sich auf Grund der Angebote wie folgt stellen: Der Einkaufspreis pro Tonne Rohöl frei Hamburg auf 85 M. pro Tonne, das ist 68 Pfg. pro Liter. Dazu kämen dann die Ausgaben für den Zoll (6 Pfg. pro Liter) und das Verteilungsgeschäft im Inland, so daß das Liter Petroleum zu den Selbstkosten bis zum Tank auf 15—15 1/2 Pfg. kommen würde; ab Strahntankwagen um 1 Pfennig höher, also auf 16—16 1/2 Pfg. Diese Ziffern stellen die Selbstkosten dar. Dazu käme ein Gewinn von 1 1/2 Pfg. pro Liter, falls die geplante Monopolgesellschaft den Vertrieb übernimmt; das Liter stellt sich dann frei Haus des Detailisten auf 17 1/2—18 Pfg. Zugeschlagen 2—2 1/2 Pfg. Verdienst

für den Detailisten macht einen Ladenpreis für den Konsumenten von 20—20 1/2 Pfg. pro Liter. Diese Preise seien nicht höher als die jetzigen Preise der deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, der Verkaufsgesellschaft der Standard Oil Company, um zu werden in der Zukunft — die zwei ersten Jahre ausgenommen — nicht höher werden. Dafür, daß die Produzenten-Gesellschaften ihre Lieferungsverträge einhalten, seien durch unabhängige Banken die nötigen Garantien gegeben.

3. Werden die Produktions- und Marktverhältnisse auch in der Zukunft so sein, daß die Versorgung Deutschlands sichergestellt ist? Die Antwort lag dahin: Wenn man alle Erfindungen und Wahrscheinlichkeiten in der Entwicklung des Weltmarktes, die zu einer Erleichterung oder einer Erschwerung der Versorgung des deutschen Marktes mit Petroleum führen können, gegeneinander abwäge, dann ergäbe sich als Schluß, daß die Versorgung in der Zukunft leichter möglich sein werde als heute.

Nach dem Referate entspann sich eine Aussprache über die Regierungserklärungen. Von allen Seiten wurden weitere Ausführungen gewünscht, ganz besonders wollte man die Verträge in ihrem Vorlaute und wenigstens den Hauptinhalt der Verhandlungen der Reichsregierung mit der Standard Oil Company kennen lernen. Jedoch äußerte der Staatssekretär Kühn gegen die Entschiedenheit der Verträge schwere Bedenken, weil bei einem Scheitern der Gesetzesvorlage die amerikanischen Ansehler der Standard Oil Company gegenüber bloßgestellt und dadurch der Einfluss und die Macht des Trustes noch vermehrt würden. Wieviel die Regierung die für die Beurteilung der Frage nötigen Aufschlüsse über die Verträge und Vertragsbedingungen gibt, wird sich in der nächsten Sitzung am Freitag zeigen, in der der Bericht der Regierung gedruckt vorgelegt wird.

Aus der Frauenbewegung.

Kommunales Wahlrecht für Frauen.

Nicht in Deutschland, aber in Island sind Frauen als Stadtverordnete erfolgreich tätig. Sie haben auch in der Schulverwaltung und der Armenverwaltung Sitz und Stimme. Obwohl ihre Tätigkeit dort erst von kurzer Dauer ist, errangen sie sich doch bereits die Anerkennung als hervorragende Mitarbeiter, deren Sachkenntnis und Eifer befruchtend und anregend auf viele Männer wirkt. Allem Anscheine nach werden dort die Frauen bald die volle politische Gleichberechtigung, das aktive und passive Wahlrecht zur gesetzgebenden Körperschaft erringen. Und in Deutschland? Je nun, da bleibt alles beim Alten!

Küchensettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Freitag:

- Speisenkarte I (Johannistag): Kartoffelsuppe mit Schinkenfleisch.
- Speisenkarte II (Festtag): Saure Kartoffel-Suppe mit Rahm.
- Speisenkarte III (Festtag): Reis und Spargel mit Rindfleisch.
- Speisenkarte IV (Festtag): Reis und Spargel mit Rindfleisch.
- Speisenkarte V (Wochenende): Reis und Spargel mit Rindfleisch.
- Speisenkarte VI (Festtag): Gulasch mit Nudeln und Rindfleisch.
- Speisenkarte VII (Wochenende): Gulasch mit Nudeln und Rindfleisch.
- Speisenkarte VIII (Wochenende): Reis und Spargel mit Rindfleisch.

Schuh-Baer



Grosser Saison-Ausverkauf

Radikale Räumung des Winterlagers

Die Preisermässigung ist eine ganz enorme

Beachten Sie die Preise in meinen 5 Schaufenstern

Beginn: Freitag, den 17. Januar 1913

L.-Lindenau, Gundorfer Strasse 12

Ehe

Sie Möbel kaufen, überzeugen Sie sich in den Leipziger

Möbel-Hallen

Carl Max Raschig

Zandauer Straße 82 (Battenberg), pt. Lu. II. Et. Fernspr. 7848.

Zweiggeschäft

Rastheimstr. 61, pt. bis IV. Et.

Anerkannt billige Bezugsquelle für solide, gediegene Möbel-Ausstattungen von 200—3000, evtl. entgegenkommende Zahlungsweise. Beschäftigung jederzeit gern gestattet. Freie Lieferung nach all. Bahnhöfen. Preislisten gratis u. franko. Langjähr. Garantie für gute Haltbarkeit. Bekaupte Möbel werden bis zur Lieferung in mein. trockn. Lagerräumen kostenlos aufbewahrt.

Nur noch bis Sonnabend

dauert unser

grosser Inventur-Ausverkauf.

Verkaufen Sie nicht die selten günstige Gelegenheit, Ihren Bedarf an Schuhwaren jetzt bei uns zu decken. Filzschuhe und Winterwaren zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Schuhhaus Emil Keller

Inh.: Helene verw. Keller

L.-Thonberg, nur Reichenhainer Str. 10 gegenüber der Hohenzollernstraße.

Spielwaren, Gelegenheitsgeschenke zu Christbescherungen

Verlosungs-Artikel, Scherz-Artikel

Humor- und Witzbücher-Mützen

Billigste Bezugsquelle

Heinrich Lintzmeyer, Eisenstr. 30

Achtung! Kein Laden. Katalog gratis u. franko. Fernruf 4706

Schuhwaren - Enghardt

Südplatz 2 Eingang Körnerstr. Billige Preise. Grosser Auswahl.

Erste Lindenauer Handschuhfabrik

Morseburger Str. 82 O. Papesch Morseburger Str. 82

Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke, sämtl. Herrenartikel

Volkszeitung liegt auf. 3558*

Zigarren, Zigaretten

Grosses Lager in Pfeifen u. sämtlichen Ersatzteilen. Spezial. alle Schreyffabrik

Gust. Müller, Lindenau, Kaiserstr. 42.

Rheumatismus, Hexenschuss.

Berufung, Schmerzen aller Art durch rheumatische (sogen. Hexen-) Schüsse. Sämtliche Arzneien 50 Pfg. u. 1 M. in Apotheken ab. geg. 50 Pfg. frei v. Zuzug. - Laborat. - Göttingen - Remmelen. In Leipzig: Engel-Apothek. 200. - - - - -

Alle Herren können sich hoch-eleg. u. f. bill. kleiden. Haus u. w. ger. Anz., Frack., Hos., Wint.-Pal., Gesellsch.-Anz. a. leichw.

Monatsgarderobe Schaul

Grosse Fleischergasse 10

Goldne Krone, im Hause der städtischen Speiseanstalt.

Es empfiehlt sich, kleine Inserate auf **Postanweisungen** zu schreiben. Das Porto beträgt für Beträge bis 5 Mark nur 10 Pfg

Salz! (0048) Salz! Aufgepaßt!

Lacht euch nicht täuschen, jeder Herr, der gern elegant-gekleidet gehen will und nicht kann wie er will, wende sich an das erdnen, billige

Monatsgarderobenhaus

14 Markt. Steinweg 14 dort bekommt er die billigen Herrensachen auf Seide gearbeitet: Anzug 4 M., Hobe 1 A., Jackett 1.50, Mäntel 4.50.

Für Mutters Liebling

empfehlen der **Baby-Bazar** eine fam. Art. f. gr. d. Auswah. bei bill. Preisen.

Bottfodern u. fert. Bott. v. bill. d. best.

Paul Prinsky, Lindenau

Gundorfer Strasse. 12977

Hasenklein 2 Stück 20 Beyer, Wildhdlg. Silberstr. 4, Reichenhainer Str. 31.

Jeden Freitag **frischen Schellfisch**

Obst- und Gemüsehändler **G. Wendschuh**

Kronprinzstraße 12 Ecke Brandvorwerkstraße.

1 Mdl. Knickeier 60 Pfg.

Eierhandlung Topfstrasse 4.

Wilde Kaninchen

Wildhandl. Kolonnadenstr. 27.

Uhren Goldwaren

Optische Artikel

Eigene Werkstatt für sämtliche Reparaturen zu bekannt billigen Preisen.

Edgar Illguth

Uhrmacher, Reitzenh. Str. 21.

R. Neugebauer

akad. geb. (nicht appr.) Prakt. (fr. an Dr. W. Schwabes Polikl.), beh. u. homöop. u. Lohthellverf.

Geschlechts-, Haut-, Blas-, Ner., Mag., Darmid., Infektions-, Rührrenntarax

Wohn. Rheum., Nerven-, Gicht

Ergeben erweisen:

Zweit. Barsend der Bronschüre:

Der Weissfluss der Frauen

seine Ursachen u. s. schnellste u. erfolgreichste Bekämpfung. 3. bez. in geschl. Verf. gen. 1.10.4 nach ausw. 1.80.4 in Briefm. 20jähr. Erfahrg., vorz. Erfolg. Klostergasse 2/4, im Haus. Sprng.: 10-2, 5-8, Sonnt. 10-1. Elektrische Lichtbäder 8 1/2 - 12, 2-8, Sonntag 9-1, Damen wochentags 10-12, 3-6

müssen an die **Inferate** Expedition, nicht aber an die Redaktion gerichtet werden.

Zahn-Atelier

Leipzig Königsstr. 4 Tel. 9838

Schmerzlos - Zahnziehen Zahnarzt sowie Plomben unter Garantie

Sprechstunde 9-12, 2-7 Sonntags 9-1

B. Massloff

Centrale für Herren- und Knabenbekleidung, G. m. b. H. Verkauf mit 10 Prozent Nutzen



Homböpathische Central-Apotheke Dr. Wilmar Schwabe, Leipzig, Querstrasse 5. Telefon 31.

Marien-Apotheke Schützenstr. am Krystallpalast

Mohren-Apotheke Spez. Gicht, Rheuma.

Salomonis-Apotheke, Grimalleschestr. 17.

Sedan-Apotheke, Lothringstr. Ecke Friedr.-Karlstr.

Körner-Apotheke Paul Wild, L. Kl.-Zoochocher.

Sophien-Apotheke Plagwitz, gegenüber Felsenkeller.

Marien-Bad Eisenbahnstr. 66. Konradstr. 25.

Helios Licht- & Kurbad Lindenbad

Bäckerleien, Konditoreien

E. Becker, Go., Friedrichstr. 11. 21.

Alfred Bayer, Co., Bornaischestr. 87.

Anton Büttner, Kochstr. 18.

A. Cleves, 2. Zweinm. u. Einm. 64.

August Dunkel, Röh. Eyrbauerstr. 21.

Karl Franke, M. S. 1. u. 2. 31.

A. Gödler, Obere Münsterstr. 9.

Edwin Kabisch, Busenstr. 2.

R. Roggenbrot, Landstr. 3. Schwarzbrot, 10% Rabatt R. Elze, Oststr. 16.

Aug. Kruznitsky, Bernhardtstr. 20.

Reinh. Kummer, Dieksauerstr. 38.

Bruno Lange, Morseburgerstr. 79.

H. Lisehke, Döhlitz, Gießerstr. 7.

Paul Mühlhölzer, Ost. S. 1. u. 2. 7.

Paul Nerger, Marianeustr. 46.

H. Pankrath, Gutsmuthstr. 48.

M. Pätzler, St. 1. u. 2. 18.

F. Preller, E. u. Hamburgerstr. 37.

Rob. Reiter, Körnerstr. 2.

Fritz Rieger, St. 1. u. 2. 23.

Ernst Schönthal, Kochstr. 134.

K. Schröter, Lind., Gieserstr. 2.

Arthur Schwendler, Körnerstr. 13.

Emil Thomas, Aug. Wörthstr. 8.

Emil Salomon, Eutritzsch, Döllitzscher Str. 60.

Lieferant garantiert reines Roggenbrot m. Vollgewicht. Tel. 5868.

A. Schwendler, Barneck Str. 18.

R. Müller, Lind., Gundorfstr. 80.

Rudolf Vogelgesang, Baumstr. 11.

K. Wiesenbitter, Ost. S. 1. u. 2. 61.

Max Zwickmann, Mühlstr. 11. 1. u. 2. 18.

Beerdigungsanst. u. Sargm.

Arnold, vorm. Fuchs, Bogalaweg 28.

Bretschneider, Co., Busenstr. 31.

Erscheint 3 mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Der Arbeiterschaft bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

W. Staudt, Vdk. Bügel 21. Eplth. 91. Ernst Wolf, Brandvorwerkstr. 41. L. Thonberg, Reitzenh. Str. 18.

Buchhandlungen H. Roßberger, Bayersche Str. 64.

Butterhandlungen E. Bachmann, Ostheim 4.

Buttercentralie Lütznerstr. 53 Gerbersstraße 36

Dilliers Milchwirtschaft Otto Ferkert, Kronprinzstr. 11.

L. Hartkopf, Comeniusstraße 5.

J. Hohmann, Emilienstr. 52.

Otto Krause, Wurzenerstr. 2.

Geschwister Forst, Plauenstr. 3/5.

Reinholtz, Richard, Kreuzstr. 53.

J. Oswald, Volk., Ludwigstr. 99.

M. Schludt, Co., Pogauerstr. 20.

Otto Stöcker, Südstr. 30.

Traubenbutter "Hasse", Lindenau.

P. Wächter, Dufourstr. 24.

Bürsten, Seilw. & Pinsel

Döring Toilettenartikel, Hainstr. 26.

A. Hoffmeister, Co., Pegauerstr. 14.

Kurt Lorenz, Wurzenerstr. 62.

Louis Lips, Salegäbchen 1.

F. W. Wiegler, Glasfabrikweg 24.

Cacao, Schokol., Kaffee u. Tee

Selma Altmann, St. 1. u. 2. 1. Kreuzstr. 9.

Werner Bosse, Banische Gasse und Kropfenstr. 4.

Cacao-Haus Bayer 10 Stadtgeschäfte.

Martha Höncke, Reitzenhainstr. 12.

Alb. Gärtner, Eisenbahnstr. 128b.

J. Grzywatz, Zeltzer Str. 31.

H. Hörnik, Co., Lindenthalerstr. 26.

J. Klodiva, Lind., Frankfurterstr. 47.

Otto Körner, Wurzenerstr. 137.

Martha Kunz, Nürnberger Str. 33.

F. Lederer, Eisenbahnstr. 44 u. 82.

Martha Lehmann, Lindenaustr. 61.

A. Lippold, Fa. Alexander, Lindenaustr. 3.

Frau M. Matthes, Co., Lindenaustr. 38.

Otto Pfeiffer, Brandvorwerkstr. 33.

J. Schäfer Nachf., Kirchstr. 95.

Minna Schorch, L. Gundorfstr. 13b.

E. Schütz, Eisenstr. 1.

M. Thierbach, Karl-Heine-Str. 113.

L. Winter, Lind. Hellmuthstr. 13.

Zimmermann, Lindenaustr. 18.

Cigarrenhandlungen

Albert Arnold, Torgauerstr. 74.

P. Bormann, Dietrich Nachf., Kreuzstr. 38.

A. Förster, Ent., Wilhelmstr. 14.

Felix Hecht, Kirchstr. 78, Eckh. Conr.-Str.

Max Hillbert, Kurprinzstr. 8.

W. Jahn, Wurzenerstr. 189 Schlachtw.

K. Schubert, Ang., Molkauerstr. 48.

Anton Schuster, Auenstr. 30.

Ellisabeth Tanner, Jahnstr. 41.

M.A. Wimmer, Julius-E. Wurzenerstr.

Carl Wurl, Körnerstr. 64.

Drogen, Farben

Albert Behrens, Wallwitzstr. 4.

F. Diarowsky, Nachf., Zschoch. Str. 46.

Kolonialwaren.

Carola-Drogerie Gundorfstr. 38.

10 % Rabatt.

Drogerie z. gold. Höhe, St. Privat- u. Gebrauchs.

Fortuna-Drogerie, G. Pariser Str. 15.

Carl Fritzsche, Mück., Wolfstr. 2.

H. Hentzschel, Kolonial Drogerie Chem.

Lind., Gundorfstr. 24.

Richard Heindl, Dufourstr. 44.

Kaiser-Dg. Janetzky, L. Kaiser 14b.

Florus Kirmse, Spitzstr. 11.

Krätzel & Baumann, G. A. u. H. St. 30.

A. Krieger, L., Seewitz u. 9/10.

Markus-Drogerie, Rd. Dresden. Str. 67.

Marien-Drogerie, Plagwitz.

Karl Heinestr. 75.

M. Naumann, Windmühlenstr. 42.

Nicolai-Drogerie, Kreuzstr. 48.

E. Oßbricht, Nachf., am. Kämpfstr. 11.

Promenaden-Drog. Promenadenstr. 14.

A. Schumann, Edlholzerstr. 2.

Schiller-Drogerie, Co., Jahnstr. 13.

G. Sell, Vg., Kirchstr. 43, Ecke Raben.

M. Springer, N. L., Gundf. Str. 37.

Spezial-Drogerie, Lindenaustr. 11.

Bernh. Stöckel, Lind. Markt.

Otto Strobel, Schleußig, S. 1. Markt.

Carl Wiedner, St. 1. Markt.

O. Winter, Nachf., Eisenbahnstr. 10.

Eisen- und Stahlwaren

A. Forner, Leutzsch, Hauptstr. 12.

Fedor Groß, L., Josefstr. 33.

Hannstein & Kirchhof, Brühl 22.

E. Heinicke, Eisenbahnstr. 98.

Aug. Hoppe, L., Kuhnstr. 23.

Paul Glad, Gut. bürgerl. Mittagstisch

Otto Hartmann, Nürnbergerstr. 10

Katharinekeller, im 2. u. 3. Etage

Karl Legel, Querstr. 11.

Ernst Lindner, Langestr. 19.

Gelegenheitskäufe

Emilienstr. 34

A. Pasold, Nürnbergerstr. 37. 1. Etage.

Grammoph., Sprachmaschinen.

Centrale f. Hausmusik, Tauch. Str. 11.

Rich. Wormuth, Nürnbergerstr. 181.

Gesundheitspflege

Nutricia Krone-Str. 83.

und Liebigstr. 1.

empfehlen die rühmlichst bekannte

Bäckhaus-Kindermilch

Yoghurt-Milch zur Kar.

Für Unberührte Ausnahmepreise.

H. Löwe, Sophienstr. 22.

Reform-Schönwaren

Sanitas Petersteinweg 18.

Gummiwaren

Anna Kahle, Dresdenstr. 60, 1.

Carl Klose, Hainstraße 10.

Otto Richter, Südstr. 26.

Sanitas Petersteinweg 18.

Moritz Wünsche, Universitätsstr. 11

gegenüber Postamt.

Haarpflegemittel

Lindenaues Haarhaus, Gundorfstr. 14.

G. E. Berger, Schwannstr. 2. u. 3. Etage.

Haus- und Küchengeräte

F. Hagemann, Eisenbahnstr. 23.

Fenslerglas, Spiegelglas, G. Gleisberg.

Reichenbergerstr. 79.

Paul Mothes, Co., Bornaischestr. 35.

Königsplatz 2.

F. Otto Müller, Kirchenstr. 12.

W. Pistor, Windmühlensstr. 1-3

33 Pfg. Artikel Kolonialwaren

Anna Stamm, Zeltzerstr. 36.

Ludwig Wünsche, Wurzenerstr. 71.

Herren-Garderobe

Geyer & Schöbe, Co., Damstr. 17.

Otto Hedrich, vorm. G. A. Baumann.

Zschochstr. 24.

Hinkel, Dresden Straße 58.

P. Hahnemann, Kirch-u. Elisabethstr. 8.

Hugo Hündert, Co., Eisenstr. 31.

H. Klau, Leu., E. West-u. Schwylstr.

G. Lerehe, Sell., Ostheimstr. 4.

P. Ludwig, M. S. 1. u. 2. 1. Etage.

Clemens Lux, L., Josefst. 31.

Osw. Mahling, L., Auenstr. 24.

Oskar Mann, Herberstr. 18.

C. W. Möbius Nachf., Nürnberg. Str. 43.

E. Müller, Lindenau, Siemerstr. 2.

Naumann, Sonnens. 9. Drogen.

A. Nowak, L., Jordanstr. 12.

F. A. Odenwald, L. Sp. 1. u. 2. 119.

L. v. Pfeiffer, Antonstr. 23.

Alfred Pfitzner, Täubchenweg 43a.

Max Richter, L., Merseb. Str. 103.

Max Richter, Hospitalstr. 24.

Th. M. Richter, St. Leipzigerstr. 9.

O. Rüdiger, Co., Elisabethstr. 9.

R. Schaal, Südstr. 40, Ecke Fichtestr.

Alma Schaarberg, Sophienstr. 5.

August Schlag, Wurzener Str. 40.

R. Schmidt, Eisb. 138. E. Torgauer.

Karl Schumann, Sell., Edlholzerstr. 23.

Abba Schünke, Dufourstr. 31.

G. Sell, Vg., Kirchstr. 43, Ecke Raben.

P. Simon, Hamburgerstr. 40.

J. Thomas, Mahlsaum-Bräuweg 1.

Mehlhändlung, Kolonialwaren.

Thomasmühle, Ranst. Stw. 21.

Aug. Thierchen, Böhlitz-Ehrenbg.

Anna Franz, Dresdenstr. 68.

Alfr. Uhlmann, Baumstr. 1.

Ernst Veltzer, Schl., Jahnstr. 28.

Paul Vögler, Sell., Wurzenerstr. 164.

Felix Voigt, L., Reuterstr. 61.

F. Walke, G. 1. u. 2. 1. u. 2. 1. u. 2. 1. u. 2.

Ernst Weiske, Eisenbahnstr. 127.

Carl Winkler, L., Morseburgerstr. 49.

B. Würfel, Ang., Nohrstr. 16.

Kranken-Bedarfs-Artikel

Reformhaus Kl.-Zschocher.

O. Schuster, Dieskau-Ecke Bornaischestr.

Sanitas, Petersteinweg 18.

Sault-Bas-Saxonia 10. Leipzigerstr. 80.

Thalya Plagwitz, Leuchardtstr.

Thalya, Thp., St. 1. u. 2. 1. u. 2. 1. u. 2.

L. Voigt, Eisenbahnstr. 60.

Anger, Breitestr., Holzstr. 16.

Schönfeld, Leipziger Str. 127.

J. Weidlich, Kochstr. 39

Wiedner Nachf., Südplatz 7, Molk.

Bedarfsart. P. Peters, Gerberstr. 19.

E. Zenker, Portitzerstr. 4.

Julius Zergel, Riebeckstr. 17.

Musik-Instrumente

Koellik, Berlin Str. 11. Spree. A. u. R. 1.

O. Pleischmann, Gundorfstr. 39.

O. Pöller & Co., Auenstr. 17.

P. Scheibe, L., Morseburgerstr. 41.

A. Zuleger, Königsplatz 6.

Obst, Grünwaren

Clara Arnold, Nikolaistr. 18.

H. Berger, An. Hallischenstr. 56, Delk.

Martha Biedermann, Pl. Zschoch. Str. 57.

A. Bley, Dufourstr. 83.

Gust. Brade, Zeltzer Str. 37b.

F. Cisar, Grandorfstr. 27, S. 1. u. 2.

B. Danke, St. 1. u. 2. 1. u. 2. 1. u. 2.

Karl Dehne, Siemerstr. 1.

Louis Dietel, Wurzenerstr. 28.

R. Dittmar, Ang., Ungenstr. 16.

R. Falt, Albertstr. 108, S. 1. u. 2.

Moritz Finna, Borgstr. 41.

Max Frenzel, Zweinm. u

